

## Editorial

von Karlheinz Weißmann

Im April 1992 veröffentlichte Panajotis Kondylis in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Artikel über „Die Schattenseiten der Menschenrechte“. Der Text gehörte zu mehreren Stellungnahmen, die er nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus abgegeben hatte. Aber im Grunde entwickelte Kondylis nur einige Positionen aus der Zeit vor der „Wende“ weiter: etwa die, daß das bürgerliche Zeitalter längst beendet sei, auch wenn man dessen politische Begriffe noch benutze. Diese seien aber nur mehr Herrschaftsmittel der neuen Klasse, und deren Antiquiertheit verhindere, die tatsächlichen Probleme zu erkennen und zu lösen.

Kondylis hat niemals an das „Ende der Geschichte“ geglaubt, so wenig wie an das Ende der Politik. Für ihn ging es nur um Gestaltwandel. Darüber wollte er aufklären. Sein Interesse galt den großen historischen Prozessen, und die wurden seiner Meinung nach von ganz anderen Kräften bestimmt als der Wählermeinung, dem Sicherheitsbedürfnis des Späteuropäers oder den „Ideen von 1789“. Deren Wirklichkeitsferne war auch das Thema des eingangs erwähnten Textes. Allerdings fügte Kondylis hinzu, daß der „mensenrechtliche Universalismus“ erst im Kalten Krieg zur wirkungsvollen Ideologie des Westens werden konnte, weil er sich so gut als Gegenpol zu der des Ostens eignete. Mit dem Sieg stand der Westen dann vor den heiklen Folgen seiner Behauptung einer universalen Ethik, insofern diese nicht mehr nur als Postulat – dessen Realisierung man auf den Sanktnimmerleinstag verschieben konnte – betrachtet wurde, sondern als Programm, das vor allem materielle Umsetzung verhieß. Das „explosive Potential“ zeigte sich aber nicht nur daran, daß die Berufung auf universale Normen faktisch der Durchsetzung partikularer Interessen diene. Hinzu kam, daß sich der Westen zunehmend Begehrlichkeiten derjenigen ausgesetzt sah, die ihn beim Wort nehmen wollten, entweder indem sie Leistungen vor Ort verlangten oder indem sie sich in jene Gegenden aufmachten, wo die tatsächliche Geltung der Menschenrechte bereits gewährleistet war und Aufnahme und Teilhabe forderten mit der einzigen Begründung, daß sie eben Menschen seien. Kondylis endete mit dem behutsamen Rat, daß es besser sei, „über diese Entwicklungen nachzudenken als es nicht zu tun“. Der Rat wurde nicht beherzigt. Das erklärt, warum die großen politischen Veränderungen der letzten Jahre ohne echte intellektuelle Resonanz blieben. Während die einen immer noch altes Denken kultivieren, haben sich die anderen den veränderten Umständen schnell anbequemt und behaupten fröhlich das Gegenteil dessen, was sie eben noch für wahr gehalten haben. Ein tieferes Eindringen in die Probleme ist hier kaum zu erwarten. Deshalb wüßte man gerne, was der schon 1998 verstorbene Kondylis zu der neuen Lage zu sagen hätte.

Manche haben seine Texte immer als Palimpseste betrachtet und zwischen den Zeilen gelesen. Kondylis war ein Meister darin, Formulierungen in der Schwebe zu halten, den Leser bis an die Schwelle der notwendigen Konsequenz zu führen und dann seinem eigenen Nachdenken zu überlassen. Das war aus seiner Sicht das äußerste, was man wagen durfte. Und dabei boten ihm eine linke Vergangenheit, finanzielle Unabhängigkeit und fremde Nationalität einen erheblichen Schutz. In einer unserer letzten Unterhaltungen sprach ich ihn auf diesen Spielraum an, dessen Vorhandensein er gar nicht bestritt; dann sagte ich noch, daß er bei seinen Auffassungen als Deutscher längst in dem Ruf stehen würde, Faschist zu sein, was er nur mit einem spöttischen „So?!“ quittierte.

# Autorenportrait Panajotis Kondylis

von Adolph Przybyszewski

„Zu jeder Zeit liefert die Ideologie der Sieger den Besiegten einen Rahmen zur Interpretation der Wirklichkeit, ihre Niederlage wird gewissermaßen mit der Übernahme des Siegerstandpunktes besiegelt.“ Was sich liest, als stammte es aus der ersten von Fichtes *Reden an die deutsche Nation*, die dieser im Winter 1807/08 in Sorge um die geistige Lage im französisch okkupierten Berlin hielt, hat im Jahr 1998 ein bedeutender europäischer Skeptiker geschrieben: der Philosoph Panajotis Kondylis. Dieser Denker, der seine meisten Bücher in deutscher Sprache verfaßt hat, wurde am 17. August 1943 als Sproß einer griechischen Familie von Militärs und Politikern geboren, die während des Zweiten Weltkriegs auch in den Kampf gegen die deutsche Besatzung involviert war. Er studierte zunächst Philosophie und Klassische Philologie in Athen, wo er als Marxist unter der griechischen Militärjunta zum Dissidenten wurde; Kondylis wechselte sodann nach Deutschland, um neben der Philosophie die Politikwissenschaften und Geschichte zu belegen, bis er 1977 mit einer philosophiehistorischen Arbeit in Heidelberg promoviert wurde. Dort fand er auch seine zweite Heimat: Abwechselnd lebte er fortan in Griechenland und am Neckar; in Athen ist Panajotis Kondylis schließlich am 11. Juli 1998 knapp fünfundfünfzigjährig überraschend verstorben.

Da er vermögend genug war, um nicht auf Brotarbeit in den Mühlen des akademischen Mittelbaus und der Lehrstühle angewiesen zu sein, blieben ihm Verbiegungen und karriereförderliche Zugeständnisse an die Moden des Zeitgeistes erspart: Er konnte die Freiheit des ‚Privatgelehrten‘ kultivieren, um ein solitäres Werk hervorzubringen. Errang Kondylis anfangs als Außenseiter des akademischen Betriebs wenig Aufmerksamkeit, werden seine Arbeiten inzwischen längst auch von den Geistes- und Sozialwissenschaften an den Universitäten wahrgenommen und ausgebeutet. Sowohl in Deutschland als auch in Griechenland veröffentlichte er zahlreiche, teils dickleibige Monographien, die ein Spektrum vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart, von der philosophiegeschichtlichen Spezialstudie bis zur Epochenanalyse und politischen Diagnostik umfassen, wovon mindestens seine Deutung der europäischen Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, die Studie über den ‚Konservatismus‘, seine Analyse der Theorie des Krieges bei Clausewitz, Marx, Engels und

Lenin wie auch seine Geschichte der neuzeitlichen Metaphysikkritik als Standardwerke gelten. Darüber hinaus hat er sich in erstaunlichem Maß als Übersetzer und Kulturmittler betätigt: Neben Schriften von Machiavelli, Chamfort, Montesquieu, Lichtenberg, Rivarol, Karl Marx und Carl Schmitt, um nur einige zu nennen, übertrug er auch ein heute so abgelegenes scheinendes Buch wie James Burnhams frühe Analyse der Technokratie als *Revolution der Manager* ins Griechische. Die eigenen Arbeiten übersetzte er selbst in seine Muttersprache beziehungsweise ins Deutsche. Kondylis nahm außerdem mit zahlreichen Essays und Aufsätzen lebhaften Anteil an aktuellen Debatten in deutschsprachigen und griechischen Zeitungen und Zeitschriften.

James Burnham: *The Managerial Revolution*, New York 1941.

Die Bedeutung seines Werkes geht jedoch über die akademischen und allgemein anerkannten Erträge etwa für eine europäische Geistesgeschichte hinaus: Sie ist vor allem in seiner klärenden Begriffsarbeit, seinem Denkstil sowie dem wachen Gespür für das Politische in Geschichte und Gegenwart zu sehen. Kondylis ging es zeitlebens um das Wesen des ‚Sozialen‘, um das ‚Politische‘, um das Wesen der ‚Macht‘ als das Menschliche schlechthin. Dabei suchte er Anschluß an klassisch gewordene ‚realistische‘ Denker wie Thukydides, Machiavelli, Hobbes, Marx und Nietzsche, übernahm aber auch wesentliche Akzente aus den Debatten der Zwischenkriegszeit, die sich etwa mit Namen wie Carl Schmitt, Ernst Cassirer und Karl Mannheim verbinden. Während Westdeutschland im Schatten nord-amerikanischer Atomraketen schlummerte, hat der Grieche damit einen auf konkrete Lagen und deren Eskalationsmöglichkeiten bezogenen Denkstil, einen politischen Analysemodus wachgehalten, der hier in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter einer offziösen Kompromiß- und Konsensrhetorik endgültig verschüttet zu werden drohte. Als einer der „bedeutendsten Erben und Vollstrecker“ der deutschen philosophischen Tradition (Gustav Seibt) schien Kondylis deren fleischgewordene Synthese mit jenem auf die Antike gegründeten ‚Griechentum‘ zu bilden, auf das man hierzulande von Hölderlin bis Heidegger stets fixiert war.

Sein erstes deutsches Buch, eine über 700 Seiten umfassende gekürzte Variante seiner Dissertation, ist in souveränem Zugriff auf die Quellen der Analyse des frühen Denkwegs von Hölderlin, Schelling und Hegel gewidmet, der Entstehung der Dialektik, deren Ursprung er in Hölderlins Vereinigungsphilosophie erkannte. Schon hier verhandelte Kondylis in systematischer Hinsicht exemplarisch das Problem der Beziehungen zwischen Geist und Sinnlichkeit, der Lust an der Macht auch in der intellektuellen Welt. Die dabei entwickelte methodische Leitfrage, „wie sich ein systematisches Denken als Rationalisierung einer Grundhaltung und -entscheidung allmählich herauskristallisiert, und zwar im Bestreben, Gegenpositionen argumentativ zu besiegen“, bleibt auch für die folgenden Arbeiten zentral. In seiner großen Studie über die Aufklärung entfaltet Kondylis 1981 eine „Entdeckung“ seines ersten Buches: die „Rehabilitierung der Sinnlichkeit“ als wichtiges Anliegen jener Epoche. Ein beachtenswertes Ergebnis war in diesem Rahmen auch seine weiterführende Diskussion des nur scheinbar strikt antagonistischen Begriffspaars Rationalismus/Irrationalismus, die den irrationalen Urgrund jedes rationalen Systems herausstellt: Rationalismus ist für ihn nur „die zweckmäßige, formallogisch einwandfreie Verwendung der argumentativen Mittel, die das Denken zur Verfügung stellt, zur Untermauerung einer Grundhaltung“; diese Grundhaltungen beziehungsweise -entscheidungen selbst liegen „jenseits logischer Begründung“, müßten also „ihrem Wesen nach als mystisch bezeichnet werden“. Rationales Denken ist demnach, mit einfachen Worten, das methodisch schlüssige Entfalten eines Vorurteils zum begründeten Urteil. In solchen Grundentscheidungen haben auch die ‚Werte‘ ihre Basis, das heißt eine rationale Letztbegründung moralischer Normen scheint nicht möglich; Kondylis’ früh an ‚klassischen‘ Texten erarbeiteter Reflexionsstand erweist sich auch hierin späteren, insbesondere im angelsächsischen Raum mit anderem Instrumentarium vorangetriebenen Arbeiten als ebenbürtig.

Gebhard Geiger: *Ideology, indoctrination and non-cognitive foundations of beliefs of legitimacy*, in: Irenäus Eibl-Eibesfeldt und Frank Kemp Salter (Hrsg.): *Indoctrinability, Warfare, Ideology. Evolutionary and Anthropological Perspectives*, Oxford 1996.

Die bis dahin nur am Rande zweier materialreicher Studien in der Begriffsarbeit enthaltene philosophische Anthropologie bündelte und syste-

Jeroen Buve: *Macht und Sein. Metaphysik als Kritik oder die Grenzen der Kondylischen Skepsis*, Cuxhaven 1991.

Panajotis Kondylis: *Wissenschaft, Macht und Entscheidung*, in: Herbert Stachowiak (Hrsg.): *Pragmatik. Handbuch für Pragmatik*, Bd 5, Hamburg 1995.

Karl Mannheim: *Wissenschaftssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, Berlin und Neuwied 1964.

matisierte er in einem seiner schmaleren Bücher, das zur Programmschrift der eigenen skeptischen Theoriebildung wurde: *Macht und Entscheidung* (1984) stellt die „Herausbildung der Weltbilder und die Wertfrage“ im allgemeinen auf den Prüfstand. Weltbilder sind für Kondylis grundsätzlich polemisch aufgebaut; sie beruhen auf Akten der Entscheidung im Sinne einer Komplexitätsreduktion, denen das einzelne Subjekt nicht nur seine Welt, sondern auch „seine Identität und konkrete Sehweise“ verdankt. Jeder dieser vorbegrifflichen und begrifflichen Akte der Sonderung ist für ihn bereits Machtanspruch, denn das Subjekt verbindet „den Sinn der Welt mit der eigenen Stellung in ihr“, also stets in der sozialen Relation zu anderen. Dabei ist dies keineswegs auf krisenhafte Zustände beschränkt, sondern eine grundlegende Operation menschlicher Existenz. Auch das „geistige Leben“ gehorche, so Kondylis, „den gleichen Gesetzen wie alle anderen Erscheinungen des sozialen Lebens“ und verschränke sich demgemäß ebenso „mit dem Selbsterhaltungstrieb und -bestreben, mit dem Machtanspruch und -kampf“. Es war symptomatisch, daß dieses Buch bei seinem Erscheinen nur wenig besprochen und damit öffentlich kaum zur Kenntnis gebracht wurde.

Kondylis, der sein Modell konsequent auch auf die Wissenschaften mit ihren abstrakten, mathematisierten, auf Werturteilsfreiheit gestützten Verfahren anwandte und darin dieselben polemisch-agonalen Prinzipien erkennen wollte, vertrat damit pragmatische Tendenzen der Wissenschaftstheorie; deren Wurzeln reichen in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück und sind etwa schon in Karl Mannheims wissenschaftssoziologischer Abhandlung über „Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen“ von 1929 zu finden. Solche heute von manchen noch immer als Zumutung empfundenen Einsichten waren bei den avancierteren Intellektuellen der deutschen Zwischenkriegszeit, als „Ausnahmestände“ fast die Regel schienen, bereits einmal Gewißheit, keineswegs nur in Alfred Baeumlers Nietzsche-Deutung oder bei Carl Schmitt, also bei den „Schmuddelkindern“, mit denen man bekanntlich nicht spielen darf. „Im Grunde freilich ist die einzige Gewähr der rechten Einsicht, Stellung gewählt zu haben“, propagierte etwa Walter Benjamin 1927 in *Denkbilder – Moskau* die „Entschiedenheit“ als Ergebnis einer den vorbewußten Akt einholenden „Entscheidung“. Dies gilt ebenso für ein auf konkrete Lagen bezogenes Denken, das, folgt man Bertolt Brecht, einerseits Situationen kannte, in denen höchste Einsätze, das „Einverständnis“ mit dem Sterben gefordert war, andererseits solche, die den „Neinsager“ mit der Forderung auf den Plan riefen, „in jeder neuen Lage neu nachzudenken“.

Freilich distanziert sich der von Marx herkommende Kondylis auf einer sachlichen Ebene vom „militanten Dezisionismus“ Carl Schmitts ebenso wie von seinen „normativistischen“ Gegnern: Man müsse um der theoretischen Neugier willen die These ernst nehmen, „Welt und Mensch seien an sich sinnlos“. Von daher sind auch Kondylis' politische Ausführungen zur geistigen Selbstaufgabe durch „Übernahme des Siegerstandpunktes“ nicht etwa speziell auf die heutigen Deutschen gemünzt. Wer von diesen würde im übrigen denn eine „Ideologie der Sieger“ als solche erkennen und dann auch noch als Problem verstehen wollen? Der Grieche zielt vielmehr mit seinem „deskriptiven Dezisionismus“ auf allgemeine Befunde und gibt ein vom Spiel der Kräfte dieser Welt losgelöstes Erkenntnisinteresse vor: Er operiert scheinbar leidenschaftslos mit dem klinisch kalten Licht der Sezierung, die allein das Wirkungsgefüge sozialer – geistesgeschichtlicher, historischer sowie politischer – Konstellationen bloßlegen will. Dabei gestattet sich Kondylis allenfalls ein verhaltenes Pathos der Erkenntnis, wenn er als Credo formuliert: „Ich finde es aufregend und spannend, daß auf diesem Planeten die Materie oder die Energie, wie man will, zum Bewußtsein von sich selbst gekommen ist, daß es Wesen gibt, die in ihrem Machterweiterungsstreben den ‚Geist‘ in der ganzen Vielfalt seiner Formen und seiner erstaunlichen Spiele erzeugen und sich am liebsten mit Hilfe von Glaubenssätzen und Theorien gegenseitig vernichten“. Normativistische Einwände wischt Kondylis beiseite als Äußerungen einer auf Nestwärme erpichten, erkenntnisfeindlichen Empfindsamkeit einerseits, als selbst im Kampf um Macht instrumentalisierte



Als die Linke noch wußte,  
wo der Feind steht; Auf-  
kleber aus den achtziger  
Jahren

geistige Waffen andererseits: Er will beharrlich das *Factum brutum*, die „Tatsachen“, die formalen Strukturen politischer, mithin sozialer Prozesse in den Blick rücken, um mit dem „Takt des Urteils“, so seine von Clausewitz stammende Lieblingswendung, möglichst verlässliche Grundlagen für eine „zukunftsorientierte Lagebeschreibung“ zu gewinnen. Kondylis, der in seiner auf drei Bände angelegten, durch den frühen Tod Fragment gebliebenen Sozialontologie *Das Politische und der Mensch* (1999) die Erträge seiner bisherigen Arbeit zu einer großen Synthese zusammenführen und seinen machtbezogenen Ansatz weiter ausbauen wollte, läßt freilich manche Fragen offen und hat bisweilen eine reduktionistische Tendenz: Wo er sich etwa dazu versteigt, „daß jede theoretische Position als Gegenposition“ entstehe, beschneidet er das Denken auf reine Re-Actio, die jede freie Actio negiert. Da von seiner theoretischen Gesamtschau, die auf die unterhintergehbaren Kategorien und Konstanten sozialen Seins von der menschlichen Urhorde an zielte, nur der erste Band vorliegt, muß aber offen bleiben, worauf das ganze Unternehmen letztlich zusteuerte.

Mit zwei großen Studien über den *Konservativismus* (1990) und den *Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform* (1991), die bereits wesentliche Bausteine seiner später in Angriff genommenen systematischen Sozialontologie enthalten, leitete Kondylis auch seine intensive Beschäftigung mit den globalisierten Dimensionen heutiger Politik ein. In ihnen zeigt sich der Wert einer gründlichen und kritischen Schulung an den Originaltexten von Marx und Engels: Kondylis' ideenhistorische Analysen, die auf idealtypische formale Denkstrukturen und -figuren ausgerichtet sind, verlieren nie die Bodenhaftung, sondern bleiben sozialgeschichtlich verortet, damit im besten Sinn konkret. Diese beiden Studien beschreiben zwei folgenreiche historische Übergänge oder Brüche in Europa: Der Konservativismus wird begrifflich der alteuropäischen, ständisch geprägten Adelswelt zugeschlagen, deren Untergang in die liberale Moderne mündete. Diese wiederum ist als Epoche der Bürgerlichkeit von einer massendemokratischen Postmoderne abgelöst worden, in der eine „analytisch-kombinatorische“ Denkfigur zur Vorherrschaft kommt und weltweit ausgreift: Die unter dem Signum einer „synthetisch-harmonisierenden“ Denkfigur stehende bürgerlich-liberale Moderne hatte in Kondylis' Augen grundsätzlich die Tendenz, eine Harmonisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter übergeordneten Kategorien, etwa dem Staat, anzustreben; die massendemokratischen Lebensformen basierten hingegen auf atomisierten, fast beliebig kombinierbaren, prinzipiell gleichberechtigten Elementen, deren kleinster gemeinsamer Nenner das Produzieren und vor allem das Konsumieren ist.

Aus diesen Arbeiten heraus entwickelte sich Kondylis zu einem veritablen Theoretiker der „Globalisierung“: Deren Gestalt und Ideologie versuchte er in den 1990er Jahren in dem schlanken, aber gewichtigen Buch *Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg* und in zahlreichen Essays zu umreißen, deren wichtigste 2001 in dem Sammelband *Das Politische im 20. Jahrhundert* zusammengefaßt wurden. Ihm geht es dabei weiterhin vor allem um eine „mehr oder weniger sachgerechte Erfassung des Charakters jener Triebkräfte und jener geschichtlich aktiven Subjekte, die durch ihr Wirken und ihre Begegnungen die Vielfalt der Ereignisse ins Leben rufen und somit den Bereich möglichen Handelns abstecken“. Zukunft ist dabei nur als „Form und Möglichkeit, nicht als Inhalt und Ereignis erkennbar“. Die gegenwärtig zum Schlagwort verkommene Globalisierung via Technik und Wirtschaft steht in einer Kontinuität diverser

Formen planetarischer Politik, die sich mit der Neuzeit entfaltete, von den frühneuzeitlichen Entdeckungsreisen, Eroberungszügen und dem Ausbau des Kolonialhandels an bis zur industriellen und liberalen Revolution im 19. Jahrhundert, die mit dem Liberalismus den klassischen Imperialismus hervorbrachte. Schließlich trieben die Wirkungen des liberalen Kapitalismus der so verfaßten Gesellschaften auch im Inneren jenen Vermassungsvorgang voran, den Kondylis als Transformationsprozeß des bürgerlich-liberalen Systems in eine moderne Massendemokratie beschrieben hat.

Der sich damit durchsetzende Topos „Wohlstand für alle“ entspricht einer gesellschaftlichen Verfaßtheit mit fortschreitender „Demokratisierung“ und sozialer Mobilität, und dieser wiederum einer individualistischen, egalitären und wertpluralistischen, tendenziell hedonistischen Ideologie, die ihren Begriff im Ideologem der „Selbstverwirklichung“ der 1968er-Generation gefunden hat. Der Kommunismus als scheinbarer Antagonismus zum „Westen“ hat in seinen Wirkungen dafür gesorgt, daß sich der massendemokratische Anspruch auf Bedürfnisbefriedigung und Konsumzugang weltweit durchsetzen konnte, normativ widergespiegelt in den „Menschenrechten“ und der Würde jedes einzelnen Menschen, indem er eine eigene Interpretation der Menschenrechte im „antiimperialistischen Befreiungskampf“ einsetzte, verbreitete und dadurch „den Westen“ im Kampf um politischen Einfluß zu Überbietungsreaktionen herausforderte. „Das Auftreten der unteren Schichten der Weltgesellschaft auf der internationalen Bühne wird daher immer selbstbewußter und die Grenze zwischen den Subjekten und Objekten planetarischer Politik immer flüssiger. Diese dramatische und epochemachende Wandlung springt ins Auge, wenn man sich den Stellenwert mancher asiatischer oder arabischer Staaten in der planetarischen Politik vor fünfzig Jahren im Vergleich zu heute vergegenwärtigt“. Hier entstehe tatsächlich „zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte eine wahre Weltgesellschaft, die zwar durch erhebliche faktische Ungleichheiten und Ungleichartigkeiten gekennzeichnet ist, doch sich andererseits zur prinzipiellen Gleichheit ihrer Mitglieder bekennt und ihnen dieselben Rechte zuerkennt“; sie ist zwar nicht realiter vollkommen umgesetzt, verwirklicht, aber sie ist stets als Anspruch, als propagiertes Faktum präsent, an dem sich alle politisch Agierenden bewußt oder unwillkürlich ausrichten. Damit wird, nach dem vorläufigen Ende des Kommunismus, jedoch keineswegs die liberale Utopie der befriedeten Weltgesellschaft evoziert: Kondylis ist, wie Armin Mohler treffend zugespitzt hat, ein „Anti-Fukuyama“, das heißt, er sieht mit der Auflösung der bipolaren Welt des Kalten Kriegs nicht etwa ein „Ende der Geschichte“ gekommen, da der Mensch als *animal sociale* stets den idealtypischen Handlungsoptionen von Konkurrenz, Konflikt und Kooperation, der Definition von Freund, Neutralem und Feind nicht entkommen kann. Allenfalls sieht er einen Formenwandel geschichtlicher Aktionen; im Gegensatz zu Francis Fukuyama, aber auch zu Carl Schmitt, ist für Kondylis das Ende der Staatlichkeit beziehungsweise der Nationalstaaten nicht ausgemacht: Erscheine die Nation diesem oder jenem Kollektiv überholt, müsse es sich „erweitern und sich für eine andere Form von politischer Einheit entscheiden“; da Kollektive aber „ohnehin immer im Spiel bleiben“, sei auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, „daß dieses oder jenes Kollektiv die Nation und die entsprechende Organisationsform als das beste Mittel begreift, um seine Interessen geltend zu machen“. In Frage gestellt werden dürfe also nicht, ob „die Nation“ schlechthin überleben könne, sondern „ob diese oder jene bestehende Nation die Bedingungen der überlebensfähigen Einheit im planetarischen Zeitalter erfüllt oder nicht“. Es sei auch nicht die kulturelle Differenz als solche, die jenen *clash of civilizations* verursache, wie ihn der auf Kulturkreise fixierte Samuel Huntington annimmt; es ist vielmehr der „Verteilungskampf“, der „sich in bestimmten Lagen als Kulturkampf verkleiden“ muß. Kondylis, der Huntington eine „Unterschätzung des Nationalen“ vorwirft, geht also von konkreten, historisch gewachsenen Kollektiven als Handlungsträgern aus, das heißt den bestehenden Völkern und Staaten.

Vor dem Hintergrund der Begrenztheit der Ressourcen und des globalen Bevölkerungswachstums könne sich das „westliche“ Ordnungskon-

Armin Mohler: *Kondylis – der Anti-Fukuyama. Anläßlich seines Buches über die „Planetarische Politik“*, in: *Criticón* 136.

Francis Fukuyama: *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs* 72.

zept, das auf der Annahme einer bei allen Menschen gleichen „Würde“ basiert und eng mit materiellen Glücksversprechen verbunden ist, „in einen Auslöser von Unordnung verwandeln“. Nach der Ökonomisierung des Politischen im 20. Jahrhundert scheint auch künftig eine „Biologisierung“ der Konflikte und damit der Politik möglich: „Engpässe würden zur Instabilität und dauerhafte Krisen zu Zuständen führen, in denen sich die Ökonomisierung des Politischen zu einer Identifizierung der Politik mit der Verteilung von knapp gewordenen (auch ökologischen) Gütern steigern würde. Reduziert sich das Politische aber in Zeiten höchster Not auf die Güterverteilung, so muß eine Biologisierung desselben in doppelter Hinsicht eintreten: nicht nur wäre das (direkte oder indirekte) Ziel des politischen Kampfes ein biologisches, nämlich das Überleben in mehr oder weniger engerem Sinne, sondern auch die Unterscheidungsmerkmale, die dabei als Gruppierungskriterien dienen würden, wären höchstwahrscheinlich biologischer Natur, nachdem die traditionellen ideologischen und sozialen Unterscheidungen über den menschenrechtlichen Universalismus hinfällig geworden wären“. Was in der Globalisierungsanalyse von Panajotis Kondylis am Ende aufleuchtet, ist wiederum eine Haltung, die wir aus der Zwischenkriegszeit von marxistischer wie nationalrevolutionärer Seite her kennen: „Wenn das 20. Jahrhundert die kommunistische Utopie entlarvt hat, dann wird das 21. Jahrhundert die Abschaffung des Liberalismus bedeuten. Doch niemand weiß, welche konkreten Ereignisse diese großen Tendenzen im Hinblick auf das 21. Jahrhundert einleiten werden, das meines Erachtens das erschütterndste und tragischste Zeitalter in der Geschichte der Menschheit werden wird“.

Angesichts solcher Perspektiven rechnet Kondylis mit den traditionellen politischen „Lagern“ insbesondere in der deutschen Provinz ab. Die „Linke“ habe sich „zum Schlußlicht oder zum Rottenschließer des Amerikanismus gewandelt“, sie schöpfe „nicht mehr aus einer lebendigen marxistischen Tradition, nämlich der ausnahmslosen Verherrlichung des freiheitlichen Gedankenguts“. Sie, die einst den „nationalen Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes“ bejubelten, verdammten „heute ‚alle nationalen Bewegungen‘, anstatt den Imperialismus anzuprangern, und machen sich für die Interpretation der Wirklichkeit die Parolen der Sieger zu eigen: die Globalisierung durch den internationalen Markt und durch die ‚Menschenrechte‘“. Die „Rechte“ wiederum suhle sich in „provinziellem Tiefsinn“ und bleibe in Deutschland – ebenso übrigens wie die „Linke“ – „auf die eigene nationale Vergangenheit fixiert“: Man betreibt „linken“ beziehungsweise „rechten“ Historismus und verliert die entscheidenden Fragen aus dem Blick. „Die strategische Frage lautet: Werden die wichtigsten europäischen Nationen durch Konsens oder durch gegenseitige oder einseitige Zugeständnisse eine handlungsfähige politische Einheit bilden, die in der Weltkonkurrenz bestehen kann, oder wird sich zu diesem Zweck die faktische Hegemonie einer Nation als notwendig erweisen – was an sich wünschenswerter wäre als der gemeinsame Untergang aller?“

Der Gewinn von Kondylis' an Hybris grenzender Attitüde eines zum Erdengewimmel nachgerade planetarisch distanzierenden Beobachters ist eine intellektuelle Freiheit und Rücksichtslosigkeit, der standgehalten sein will. Als persönlicher Ermächtigungsversuch des Philosophen steht sein Werk ganz in der Tradition stoischer Denkübungen, geistiger Kneipp-Kuren, die die Widerstandskraft des gefährdeten – weil mit Einsicht geschlagenen – Intellekts erhöhen sollen, wie wir es etwa auch von der fatalistischen Monumentalperspektive des sensiblen Geschichtsdeuters Oswald Spengler oder den ins Imperiale gewendeten Schmerz-Etüden des Literaten Ernst Jünger kennen. Da Kondylis aber seine individuelle Freiheit für unbefangene philosophische und politische Analysen gerade der aktuellen restdeutschen beziehungsweise europäischen Zustände und Befindlichkeiten nutzte, ist ihr Wert auch für eine nüchterne, grundlegende Beurteilung der Lage „unserer“ im eigenen Geviert höchst bedrohten Horde evident: freilich allein für jene, die willens und fähig sind, sich über eine trostlose Eintagsfliegenexistenz hinaus als dauerhafteres, geschichtlich gewachsenes Kollektiv mit eigenen Interessen zu definieren und wahrzunehmen.

#### Bibliographie:

*Die Entstehung der Dialektik. Eine Analyse der geistigen Entwicklung von Hölderlin, Schelling und Hegel bis 1802*, Stuttgart 1979.

*Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus*, Stuttgart 1981.

*Macht und Entscheidung. Die Herausbildung der Weltbilder und die Wertfrage*, Stuttgart 1984.

*Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986.

*Marx und die griechische Antike. Zwei Studien*, Heidelberg 1987.

*Theorie des Krieges. Clausewitz – Marx – Engels – Lenin*, Stuttgart 1988.

*Die neuzeitliche Metaphysikkritik*, Stuttgart 1990.

*Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensformen. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne*, Weinheim 1991.

*Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg*, Berlin 1992.

*Montesquieu und der Geist der Gesetze*, Berlin 1996.

*Das Politische und der Mensch. Grundzüge der Sozialontologie*, Bd 1: *Soziale Beziehung, Verstehen, Rationalität*, aus dem Nachlaß hrsg. von Falk Horst, Berlin 1999.

*Das Politische im 20. Jahrhundert. Von den Utopien zur Globalisierung*, Heidelberg 2001.

Eine umfassende, auch die Sekundärliteratur über Kondylis enthaltende Bibliographie hat Bernd A. Laska zusammengestellt und im Netz unter der Adresse [www.lsr-projekt.de/kondybib.html](http://www.lsr-projekt.de/kondybib.html) verfügbar gemacht.

# Lob der Krise

von Karlheinz Weißmann\*

Wir hatten eine „Staatskrise“. Wolfgang Schäuble stellte es fest und niemand widersprach. Vorher war schon die Rede von einer „Krise der Demokratie“ in bezug auf das eigenartige Zusammenspiel von Bundeskanzler, Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht bei der Fingierung von Mißtrauensantrag im Parlament und vorzeitig anberaumter Neuwahl. Über Wochen hinweg wurde diskutiert, ob es nun ein Zeichen politischer Reife sei, die Spielregeln der Verfassung zu umgehen, oder ob hier die Grundordnung in Frage gestellt werde. Was den Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis zu der Bemerkung veranlaßte, daß er „die offensichtlich so fragil geeinte Nation nicht in einer wirklichen Krise erleben“ wolle.

Das alles ist bemerkenswert, weil die Vorstellung, daß der Staat oder die Demokratie in eine Krise geraten könnten, bis vor kurzem kaum vorstellbar schien, bestenfalls ein Rest historischer Erinnerung: in der Vergangenheit hatte es Staatskrisen gegeben, zerstörerische sogar wie im Fall der Weimarer Republik, aber das schien ein fernes Gerücht wie der Untergang Roms, ohne Bezug auf die Gegenwart. Womit nicht gesagt sein soll, daß es überhaupt an Krisenwahrnehmung mangelte. Seit den sechziger Jahren hatten wir Krisen der Gesellschaft, des Bildungs-, des Parteien- und des Rentensystems, hinter der man schließlich die demographische Krise ausmachte, sowie eine das ganze dauernd begleitende Krise des Arbeitsmarkts, außerdem noch diverse sexuelle und ökologische Krisen.

Das Gerede über die Krise hat uns stumpf gemacht gegenüber dem alarmierenden Charakter jeder Krisendiagnose und ein eher diffuses Gefühl hinterlassen. Auch der Begriff der Krise wurde unscharf, und genau das sollte nicht passieren, denn das zugrundeliegende griechische Wort *krisis* wird von einem Verb abgeleitet, das soviel wie „scheiden“, „entscheiden“, „auswählen“, „richten“ oder „beurteilen“ heißen kann. Die Spannweite der Bedeutungen ist dementsprechend groß: Für Aristoteles war nur derjenige Vollbürger, der in der Polis am Richten (*krisis*) und am Regieren (*arche*) teilnahm; im Sinne von „göttlichem Gericht“ wird *krisis* in der *Septuaginta*, dann im Neuen Testament und bei den frühchristli-

\* Textfassung eines Vortrages, den Dr. Karlheinz Weißmann am 3. Dezember 2005 im Rahmen des 10. Berliner Kollegs des Instituts für Staatspolitik hielt.

Reinhart Koselleck: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, zuletzt Frankfurt a.M. 1997.



chen Autoren verwendet. Daneben spielte der Begriff eine Rolle für die Medizin, die damit gleichermaßen den zur Entscheidung über Gesundheit oder Tod treibenden Krankheitsverlauf wie auch die Entscheidung des Arztes über die anzuwendende Therapie belegte.

Obwohl die Philosophie seit der Antike das Bild des „Großen Menschen“ für Staat oder Gesellschaft kannte, wurde erst im 17. Jahrhundert das medizinische Verständnis der Krise auf den politischen Bereich übertragen. So erschien im Vorfeld des englischen Bürgerkriegs ein Pamphlet mit dem Titel *This is the Chrysis of Parliaments; we shall know by this if Parliaments live or die*. Solche Vorstellung von der Krise als Entscheidungsvorgang im Hinblick auf politisches Sein oder Nichtsein kann für länger nur in Großbritannien und Frankreich nachgewiesen werden. Hier verband sich der Terminus auch mit einer neuen geschichtsphilosophischen Anschauung. Krise tendierte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts dazu, ein „Dauerbegriff für Geschichte schlechthin“ (Reinhart Koselleck) zu werden, und zwar gerade deshalb, weil die Partei der *philosophes* danach strebte, die Geschichte in der Utopie aufzuheben.

Das späte Auftreten des Wortes Krise in dem uns vertrauten Sinn darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Krisenzustände immer zur Geschichte der Menschheit gehörten, daß sie über lange Zeiträume sogar latent waren. Was damit gemeint ist, kann man sich vergegenwärtigen an der Lebenslage von Wildbeutern, die ohne Vorratshaltung von der Hand in den Mund lebten, ohne Möglichkeit, das Jagd- oder Fundglück zu sichern, gar nicht zu reden von der Gefahr, in die jeder Beutezug brachte. Ähnliches gilt für die agrarischen Gemeinschaften mit ihrem permanenten Risiko der Mißernte oder des Wetterumschlags. Der Dichter Gorch Fock vermerkte noch Anfang des letzten Jahrhunderts über den Friedhof der Finkenwärder Fischergemeinde: „Wenn ein Finkenwärder Seefahrer an Land stirbt, so schreibt man es auf den Leichenstein, weil es so selten vorkommt. Was auf der See lebt, stirbt auch auf der See und braucht keinen Kranz und keinen Stein.“

Der Behauptung, daß die vormodernen Gesellschaften „Risikogesellschaften“ waren, scheint die Tatsache entgegenzustehen, daß sie ein erstaunliches Maß an Stabilität aufwiesen. Der Grund dafür lag in der Fähigkeit, das Zusammenleben der Menschen, instinktarmer und insofern verhaltensunsicherer Wesen, über „Außenhalte“ (Arnold Gehlen), vor allem Institutionen, auf Dauer zu bringen und so die Krisenbewältigung zu steuern. Man gab sich kaum der Täuschung hin, die Krisen oder ihre Ursachen ganz abstellen zu können, aber die Krise wurde auf verschiedenen Wegen gebannt.

Das gelang bis zu einem gewissen Grad sogar bei den großen, nicht alltäglichen oder periodisch wiederkehrenden Krisen – Invasionen, Glaubens- oder Dynastiewechsel, Seuchen, und wahrscheinlich hat *homo sapiens sapiens* eine dieser großen Krisen vor siebzigtausend Jahren nur knapp, mit einem Bestand von tausend bis zweitausend Individuen, überlebt. Ein Grund für diese Widerstandsfähigkeit lag wohl darin, daß die Krise nicht in der uns bekannten Weise zum Gegenstand der Reflexion wurde. Der Auszug Israels aus Ägypten zeigt mit dem politischen und religiösen Konflikt, der ökologischen Katastrophe und Pandemie alle Züge einer umfassenden Krise. Aber nichts davon wurde als innerweltlicher Vorgang begriffen, und noch im 17. Jahrhundert vermerkte ein Prediger: „Die Sucht der Pestilentz / wie vns die Heylige Schrifft lehret / ist / die Hand Gottes / ein Ruth Gottes / ein Schwerd seines Grimmens / ein Donner vnd Blitz deß Zorn Gottes“.

Erst in dem Maß, in dem die Geschichte nicht mehr als göttliches, sondern als ein von Menschen und anonymen Mächten bestimmtes Schauspiel erschien, bekam der Begriff der Krise seine moderne Bedeutung und begann mit der „Krise des europäischen Geistes“ (Paul Hazard) das systematische Nachdenken über die Krise. Dabei erhöhte die Mehrdeutigkeit des Wortes seine Eignung für alle Formen der politischen Argumentation. Die französischen Aufklärer verwendeten den Begriff, um ihre Bürgerkriegsposition so zu überhöhen, daß der Untergang des *Ancien Régime* unvermeidbar, ihre eigene Position unbesiegbar, aber auch unantastbar

Paul Hazard: *Die Krise des europäischen Geistes*, zuletzt Hamburg 1965.

erschien. Wenn Rousseau für die Zukunft einen „Zustand der Krise“ vorhersagte, in dem der Absolutismus untergehen werde, dann machte er also nur explizit, was auch ohne sein Zutun eintreten würde. Er handelte aber gleichzeitig als Agent der Krise, indem er die Situation zuspitzte, deren Umschlag in eine neue Lage zuletzt und in jedem Fall bevorstand. Der Angloamerikaner Thomas Paine gründete 1776, zu Beginn des Unabhängigkeitskriegs der dreizehn Kolonien, eine Zeitschrift mit dem Titel *The Crisis*, in der er für seine radikaldemokratischen Positionen warb, die er mit der Vorstellung verband, daß es sich bei der Krise nur um einen Übergang handle, eine mehr oder weniger notwendige Unterbrechung des Fortschritts, der letztlich durch die Krise befördert werde.

Dagegen verwendete Edmund Burke, als die Revolution in Frankreich begann, den Terminus Krise in einem negativen Sinn, um jene Prozesse zu charakterisieren, die die ganze bekannte Ordnung zu beseitigen drohten. Ähnlich argumentierte auch Friedrich Gentz, wenn er von der Französischen Revolution sprach, als „der größten und fürchterlichsten Krisis ..., welche die gesellschaftliche Verfassung von Europa seit mehreren Jahrhunderten erfuhr“. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verbreitete sich die Auffassung, daß 1789 ein Vorgang einsetzte, der die gesamte gesellschaftliche, kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Struktur erfaßte und insofern eine totale Krise auslöste.

„Das Bürgertum hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt. Das Bürgertum, wo es zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Es hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘. Es hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Es hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlervorbenen Freiheiten die *eine* gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Es hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Das Bürgertum hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Es hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in seine bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Das Bürgertum hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt. ... Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit der Bewegung zeichnet die bürgerliche Epoche vor allen früheren aus. Alle eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Der Text stammt nicht von einem Konservativen, sondern aus dem *Kommunistischen Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels, es wurde für unsere Zwecke lediglich „Bourgeoisie“ durch „Bürgertum“ ersetzt. Marx und Engels erwarteten übrigens eine noch „gewaltigere Krise“ als diejenige, deren Zeugen sie schon waren, bevor das bessere Morgen zum Durchbruch kommen würde. Ihre Auffassung hing mit einer dialektischen Betrachtung der Geschichte zusammen, der zufolge die Krise – wie Hegel gelehrt hatte – als notwendiger Durchgang zu einer höheren Stufe der Entwicklung betrachtet werden mußte.

Nach und nach gewann diese Anschauung und mit ihr der Marxismus den größeren Teil der europäischen Linken. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Marx in ambivalenter Perspektive auf seine eigene Zeit sah: „Es gibt eine große Tatsa-

Reinhart Koselleck und Paul Widmer (Hrsg.): *Niederergang. Studien zu einem geschichtlichen Thema*, Stuttgart 1980.

*Staatskrise; Umschlag eines von Heinrich Brüning 1932 herausgegebenen Sammelbandes*



che, die für das 19. Jahrhundert charakteristisch ist und die keine Partei ableugnen kann. Auf der einen Seite sind industrielle und wissenschaftliche Kräfte zum Leben erwacht, wie sie keine frühere Geschichteperiode je ahnen konnte. Auf der anderen Seite machen sich Anzeichen eines Verfalls bemerkbar, der die vielgenannten Schrecken aus den letzten Zeiten des römischen Reiches in Schatten stellt.“

Der Historiker Jacob Burckhardt, ein Mann, der anders als Marx mit jeder Faser am alten Europa hing, hätte dieser Diagnose vorbehaltlos zugestimmt, indes die Wahrscheinlichkeit des Niedergangs für größer gehalten. Burckhardts Geschichtspessimismus war nicht konsequent, aber sein Blick auf die „große Krise“, unbestochen durch utopische Erwartungen. In seinen *Weltgeschichtlichen Betrachtungen* entwickelte er eine Krisensystematik, die man deshalb noch immer als lehrreich auffassen kann. Burckhardt vertrat vor allem die Ansicht, daß „echte Krisen“ ein sehr seltenes Phänomen seien. Der Dramatik eines sozialen, ökonomischen oder kulturellen Geschehens, das von den Zeitgenossen als Krise wahrgenommen werde, entspreche häufig nicht seine tatsächliche historische Bedeutung. Nur Vorgängen wie der Völkerwanderung oder den Turbulenzen seiner eigenen Zeit wollte Burckhardt den Rang „echter“ Krisen zugestehen, weil sie tatsächlich alles Bestehende umwälzten. Davon verschieden seien die Normalkriege, politischen Machtwechsel oder technischen Neuerungen wie die Erfindung der Eisenbahn, die man vielleicht als „sekundäre Krisen“ bezeichnen kann. Es handele sich dabei vor allem um „beschleunigte Prozesse“ im Unterschied zu jenen allmählichen Entwicklungen, die sonst die Geschichte kennzeichnen.

Weiter müsse von der „gescheiterten Krise“ gesprochen werden, vor allem bedingt durch Verschleppung des Ausbruchs, unerwartetes Versagen der angreifenden Kräfte, Ausscheiden der Anführer zur Unzeit oder dadurch, daß das „Lebensalter“ eines Volkes, einer Kultur den Umbruch nicht mehr zuläßt; Beispiele könnten die lange Fortdauer des byzantinischen oder chinesischen Reiches sein, trotz innerer Erstarrung und äußerer Bedrohung. Die Krise erscheint merkwürdig auf Dauer gestellt, ohne daß die ihr innewohnende Tendenz zur Entscheidung stark genug werden kann.

Im Kern war auch Burckhardts Krisenbegriff der medizinische. Er nannte die Krise ein „Fieber“, eine „Aushilfe der Natur“. Es wirken sich seiner Meinung nach Vitalkräfte aus und führen zur Zerstörung des Altersschwachen und zum Aufstieg des Lebenskräftigen. Vom „Trost mit einem höheren Weltplan u. dergl.“ hielt er bekanntlich wenig und hoffte insofern auch nicht auf einen krisenfreien Endzustand des Menschengeschlechts. Vieles von dem, was er in den *Betrachtungen* sagte, zeigte seine Furcht vor der „echten Krise“, die er miterleben mußte. Zu erwarten stehen deshalb seine Erwägungen dazu, wie man eine Krise „abschneiden“ könne, aber außer einem cursorischen Hinweis auf Bismarcks Reichseignung findet sich wenig. Große Aufhalter sind rar, und in der „echten Krise“ steht kein Napoleon parat, Kanonen auf den Stufen des Konvents zu postieren und mit Kartätschen zu laden.

Die Zurückhaltung Burckhardts an diesem Punkt erklärt sich auch daraus, daß er den Ausbruch einer Krise im Grunde als Ergebnis physikalischer oder biologischer Prozesse betrachtet: wenn es soweit ist, hält nichts mehr der Kritik stand, dann pflanzen sich die aufrührerischen Ideen wie im Funkenflug fort, finden sich überall Mutige, die den Angriff auf die eben noch uneinnehmbaren Bastionen wagen, bricht sich ein Enthusiasmus des Anfangs Bahn und wird die Beseitigung des gerade noch allgemein Anerkannten ohne Zögern ins Werk gesetzt. Er kommt dann auch auf die Schattenseiten zu sprechen: die Ernüchterung, die Resignation, das oft jämmerliche Gesamtergebnis der großen Anstrengung. Das darf man bei einem Konservativen erwarten. Eher unerwartet findet sich



*Krisenreaktionskräfte klassisch; Les bonnets rouges – „Die Rotmützen“, Holzschnitt von Xavier Haas, 1943*

Jacob Burckhardt: *Weltgeschichtliche Betrachtungen*, zuletzt Stuttgart 2005.

aber auch das „Lob der Krisen“: „... die Leidenschaft ist die Mutter großer Dinge, das heißt die wirkliche Leidenschaft, die etwas Neues und nicht nur das Umstürzen des Alten will. Ungeahnte Kräfte werden in den einzelnen und in den Massen wach, und auch der Himmel hat einen andern Ton. Was etwas *ist*, kann sich geltend machen, weil die Schranken zu Boden gerannt sind oder eben werden.“ Die Krisen stoßen voran, sie „räumen auf“, was es an „Pseudoorganismen“ gibt, die gar kein Recht auf Dasein haben, und schließlich: „Die Krisen beseitigen auch die ganz unverhältnismäßig angewachsene Scheu vor ‚Störung‘ und bringen frische und mächtige Individuen hervor.“

Das letzte erscheint besonders aktuell, weil der Satz von der „ganz unverhältnismäßig angewachsenen Scheu vor ‚Störung‘“ unsere Lage trifft. Wir erleben nicht nur den Versuch, alle echte Opposition zurückzudrängen oder amüsant zu machen, sondern auch ein Bemühen, „Konsens“ zum Maßstab der Wahrheit und des guten Lebens zu erheben. Das sind aber nur noch Versuche der Defension aus starker Stellung, jedoch ohne Zukunftsglauben und schon gepaart mit dem Gefühl, daß die Beschwörung wenig helfen wird. Hans-Ulrich Jörges, der Chefredakteur des *Stern*, meinte unlängst, man dürfe die neue Bundesregierung nicht übermäßig angehen, die einflußreichen Medien hätten eine besondere Verantwortung, denn das gegenwärtige Führungspersonal sei „das vorletzte Aufgebot“.

Das war ein bißchen kokett, und man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß solche Stillhalteappelle kaum Erfolg haben werden, wenn sich die Lage weiter verschärft. Einige sind schon so weit, eher am Rande des Establishments, aber mit Brückenköpfen in den Einflußbereichen, so daß Wolfgang Sofsky den kommenden Bürgerkrieg und Gunnar Heinsohn die Invasion der afrikanischen und asiatischen Massen prophezeien kann, nicht nur, um den Satten Schauer über den Rücken zu jagen. Noch ist derlei seltener als die Beschwörungen, mit denen den Deutschen mehr Hoffnung, mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit und sogar mehr Patriotismus eingeflößt werden soll. Still und heimlich hat sich die Bekehrung der Antipatrioten, Familienverächter, Fruchtabtreiber und Nihilisten vollzogen, aber es mangelt ihren frischen Überzeugungen an Resonanz. Wer vor zehn oder fünfzehn Jahren versucht hat, in diese Richtung umzusteuern, mußte noch mit heftiger Abwehr rechnen, das ist jetzt vorbei, so wie die begründete Hoffnung, daß milde Mittel anschlagen werden.

Im Kern handelt es sich um Versuche, die Krise abzuschneiden. Man hält das für möglich, weil die Hoffnung überwiegt, daß die Krise keine „echte Krise“ ist. Dabei sprechen die meisten Anzeichen für eine Umwälzung, die mehr und anderes in Frage stellt als Parteienproporz und Verteilungsschlüssel. Die ganze Reform- und Modernisierungsrhetorik verliert ebenso an Glaubwürdigkeit wie das ängstliche Beharren auf Üblichkeiten, an die man sich im „kurzen“ 20. Jahrhundert gewöhnen durfte. Die Undeutlichkeit dessen, was kommt, erklärt das Zögern, und zu der Auffassung, daß die Krise ihr Gutes hat, bekennt sich kaum jemand. Das kann auch nicht überraschen, denn die Krise wäre der Ernstfall, und die Verfassung ist seit je eine „unheroische“ (Josef Isensee), die den Ernstfall nicht nur meidet, sondern seine Möglichkeit bestreitet, die vom Bürger keine andere als monetäre Leistung verlangt und nicht weiß, wie sie an Gemeinschaftssinn und Opferbereitschaft appellieren soll. Schäubles Feststellung einer „Staatskrise“ hat insofern eine Bedeutung, die er selbst kaum intendiert haben wird. Denn jede Feststellung der Krise ist eine polemische Feststellung. Sie besagt, daß der Feststellende die Lage für gefährlich und veränderungsbedürftig hält. Insofern besteht ein zentraler Zusammenhang zwischen Kritik und Krise. Die Ähnlichkeit der beiden Begriffe ist nicht zufällig. Die Kritik will ja urteilen und in der Krise wird das Urteil vollzogen. Insofern muß alles mit der Kritik beginnen, bevor die Leidenschaft zu ihrem Recht kommt, die „großen Individuen“ auftreten und der Himmel „einen anderen Ton“ annimmt.

Rolf Peter Sieferle: *Epo-  
chenwechsel. Die Deut-  
schen an der Schwelle zum  
21. Jahrhundert*,  
Berlin 1994.

Anton Peisl und Armin  
Mohler (Hrsg.): *Der Ernst-  
fall, Schriften der Carl  
Friedrich von Siemens Stif-  
tung*, Bd 2, Frankfurt a.M.,  
Berlin und Wien 1979.



# Wer bringt die Verhältnisse zum Tanzen?

von Jost Bauch\*

Als Marxist hätte man es leicht: Da der Verlauf der Geschichte deterministisch im historischen Materialismus festgelegt ist, braucht man in der spröden Gegenwart nur die sozialen Gruppen und Klassen aufzuspüren, deren Interessen mit dem Endzustand der angenommenen Geschichtsentwicklung übereinstimmen, und schon hätte man das revolutionäre Subjekt, das ein „objektives Interesse“ an der Veränderung der Welt hat. Als Problem bleibt nur der „subjektive Faktor“: durch eine Avantgarde (also die leninistisch-marxistische Partei) müssen die subjektiven, also irrationalen Interessen in das objektive Interesse transformiert werden.

Als Konservativer hat man es an dieser Stelle ungleich schwerer. Denn der Konservatismus verfügt über kein deterministisches Geschichtsbild, die Geschichte bleibt offen und zufällig. Als Zeugen können wir Carl Schmitt benennen, der zustimmend Donoso Cortés interpretiert: „Für ihn ist die Weltgeschichte nur das taumelnde Dahintreiben eines Schiffes, mit einer Mannschaft betrunkenener Matrosen, die grölen und tanzen, bis Gott das Schiff ins Meer stößt, damit wieder Schweigen herrscht.“

Konservative Denker haben der linken Geschichtsmetaphysik immer einen Voluntarismus und Dezisionismus entgegengesetzt. Die Geschichte verläuft nicht linear, ist nicht durch materielle Figurationen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen oder andere Antagonismen, die dialektisch zu ihrer Aufhebung treiben, vorherbestimmt, Geschichte ist per se riskant und deswegen ist der Konservatismus behutsam im Ausgreifen in die Zukunft. Das Prä gehört zunächst einmal den Zuständen, so wie sie sind. Da wir also zunächst nicht wissen können, in welche Richtung die Reise geht, ist es für uns Konservative ungleich schwerer als für

\* Gekürzte Textfassung eines Vortrages, den Prof. Dr. Jost Bauch am 3. Dezember 2005 im Rahmen des 10. Berliner Kolleg des Insituts für Staatspolitik hielt. Der vollständige Titel lautete „Wer bringt die Verhältnisse zum Tanzen? Zur Frage des Subjekts eines konservativen Politikwechsels.“

Carl Schmitt: *Donoso Cortés in gesamteuropäischer Interpretation*. Vier Aufsätze, Köln 1950.

alle Fortschrittsmythologen, ein Subjekt auszumachen, das eine Entwicklung, auch wenn sie noch so rückwärtsgewandt ist, trägt.

Die Frage nach einem konservativen Subjekt, das im Sinne des Konservatismus die Zukunft gestaltet, ist eigentlich innerhalb des konservativen Paradigmas gar nicht zu stellen, da die Annahme eines Subjekts, das wie auch immer auf die Zukunft Einfluß nimmt, bereits gegen Grundaxiome des konservativen Denkens verstößt. In der Frage nach dem Subjekt wird bereits Gestaltungsmöglichkeit und Handlungsbereitschaft im Blick auf die Zukunft unterstellt. Prinzipien, die nicht ohne weiteres mit dem konservativen Denken vereinbar sind.

Der akademischen Frage, ob ein Konservatismus, der zur sozialen Bewegung wird, noch Konservatismus ist, soll hier aber nicht weiter nachgegangen werden. Vielmehr soll es um die soziologisch handfeste Frage gehen, ob es soziale Gruppen, Bewegungen, Parteien, soziale Schichten gibt, die eine zunehmende Affinität zum Konservatismus aufweisen und damit zum „sozialen Substrat“ eines nachhaltigen konservativen Politikwechsels in Deutschland werden können. Um diese Frage zu beantworten, müssen drei Dinge geklärt werden:

1. Was ist Konservatismus in unserer Zeit? Was sind seine Grundlagen und welche Formbestimmungen muß er annehmen, um zu einer sozialen und politischen Bewegung zu werden?
2. Wohin geht die gesellschaftliche Entwicklung? Wo gibt es auf soziostruktureller Ebene Anknüpfungspunkte für einen konservativen Mentalitätswandel zumindest von Teilen der Bevölkerung?
3. Welche Teilmenge der Bevölkerung ist für einen solchen Mentalitätswechsel prädestiniert, welche gesellschaftliche Situation muß eintreten, damit ein gesellschaftliches Subjekt eines konservativen Politikwechsels auf der politischen Bühne erscheint?

Zum ersten: Auf die Frage, was man brauche, um eine Revolution durchzuführen, hat Lenin geantwortet: Eine regulative Idee, die die Massen ergreifen kann und Organisation, Organisation, Organisation! Mit Verlaub: Mit beiden Komponenten steht es im konservativen Lager nicht gut! Bereits in den siebziger Jahren hat der Münchner Politologe Manfred Hättich formuliert: „Das konservative Denken und die konservative Grundstimmung vermögen in der Regel keine Massen zu bewegen, weil sie keine zündenden und sensationellen Ideen in die soziale Kommunikation einbringen. Mobilisierung in der Gesellschaft geschieht in der Regel nicht durch Konservative. Sensationell ist nicht das Bestehende und Hergebrachte, sondern das Neue und Umstürzlerische“.

Manfred Hättich: *Individuum und Gesellschaft im Konservatismus*, Hannover 1971.

So gibt es auch keine eigentliche „konservative Theorie“. Das Bestehende legitimiert sich durch sein Dasein, wohingegen die Progressiven eine Theorie brauchen, damit die Idee zur Wirklichkeit werden kann. Geht man in heutiger Zeit auf die Suche nach einer konservativen Theorie, so findet man allenthalben mehr oder weniger kompatible Theoriefragmente, begrifflich nicht entfaltete Wertebekundungen, subjektiv begründete Menschen- und Gesellschaftsbilder. Alleine die soziologische Anthropologie von Arnold Gehlen macht Hoffnung, die wieder eine gewisse Renaissance erlebt.

Gleichwohl ist eine konservative Mobilisierung der Massen möglich! Der seiner Natur nach passive Konservatismus wird aktualisiert und mobilisiert in der Abwehr revolutionärer Neuerungen! Konservatismus ist reaktiv, er ist immer Gegenbewegung. Die Antriebsursache kommt von außen, es gilt, Schäden zu vermeiden. Da der Konservatismus grundsätzlich die Verhältnisse nicht verändern will, braucht er auch keine selbst tragende soziale Bewegung, die kontinuierlich die Verhältnisse bis zur Isomorphie von Idee und Wirklichkeit verändert. Der Konservatismus wird aktiv in der Reaktion auf solche Bewegungen. Der Konservative ist im wahrsten Sinne des Wortes ein „Konter-Revolutionär“.

Ich darf mich weiter auf Hättich beziehen, wenn ich vier Grundaxiome ausmache, auf die die konservative Weltanschauung, egal welcher Couleur im einzelnen, fußt:

1. Der Mensch stellt sich nicht ausschließlich als Wesen autonomer Rationalität dar. Der Mensch ist in seiner Unzulänglichkeit und Gebrochenheit in eine göttlich gestiftete oder geschichtlich gewordene, nicht unmittelbar verfügbare Ordnung eingegliedert.
2. In der Geschichte gibt es keine Tendenz zur Vervollkommnung. In der Geschichte gibt es kein Fortschrittsgesetz, Geschichte ist im wesentlichen ein Treten auf der Stelle, und was geschichtlich tradiert ist, hat zunächst schon dadurch Vorrang.
3. Aus der positiven und positivistischen Auffassung zur Geschichte ergibt sich eine Respektierung der Pluralität und Mannigfaltigkeit aller Lebenserscheinungen. Der Konservatismus hat eine Abneigung gegen uniformierende Tendenzen und Planungen im gesellschaftlichen Leben.
4. Der Mensch als „instinktverunsichertes Mängelwesen“ (Arnold Gehlen) bedarf der Außenstützung seines Verhaltens durch stabile Ordnungen, Institutionen und Konventionen. Ohne institutionelle Außenstützen verliert der Mensch den kulturellen Boden unter den Füßen, er primitivisiert.

Aus diesen Grundaxiomen leitet Hättich eine Ethik des Konservatismus ab, die aus Ordnung, Gleichmaß, Wachsenlassen, Disziplinierung der Leidenschaften besteht. Dabei wird durchaus zugestanden, daß es im gesellschaftlichen und politischen Leben Veränderungen und Evolutionen gibt, allerdings sollten diese organisch aus der Sache selbst wachsen und nicht artifiziell durch Eingriffe von außen, durch Interventionen beschleunigt sein. Die Fortschrittseuphoriker glauben an die Möglichkeit der Verhandbarkeit aller Lebensbezüge. Seit der Aufklärung herrscht die Idee, daß das gesellschaftliche Zusammenleben auf einem Kontrakt beruht. Der fortschrittliche Mensch schwingt sich auf zum Demiurgen der Ordnung wenn er alle Institutionen, Gebräuche, Traditionen, Konventionen unter das Kontingenzgebot stellt: Alles ist möglich, wenn es denn nur von gesellschaftsrelevanten Akteuren gewollt wird. Und so können wir seit den berühmten 68er Jahren ein gewaltiges Gesellschaftsumgestaltungsprogramm beobachten, dessen verheerende Auswirkungen wir heute auf allen Ebenen spüren. Dieses Programm zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Ordnung ist schon sehr weit fortgeschritten, was sich im wesentlichen an fünf Sachverhalten zeigt:

1. In der Zerschlagung von Nation und Staat und der Hervorbringung einer multikulturellen Gesellschaft.
2. In der Entfunktionalisierung der Familie.
3. In der Öffnung der Märkte ohne gebührende Berücksichtigung nationaler oder regionaler Interessen mit der Folge der Deindustrialisierung klassischer Industrieländer.
4. In der Zerschlagung der klassischen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen durch Persönlichkeitsmanagement und *people processing*, das Bildungs- und Leistungsbereitschaft durch eine Selbstverwirklichungs- und Betroffenheitssemantik ersetzen will.
5. In der Umwertung der tradierten Werte: Moral und Religion werden entfunktionalisiert und in die Selbstverfügbarkeit einer gesellschaftlich geförderten Bastel- und *patch-work*-Identität gestellt.

Ich sage nicht, daß diese fünf Punkte in ihrer Erscheinungsform von den Gesellschaftsveränderern Punkt für Punkt so geplant und gewollt sind, ich sage nur, daß sie (auch nichtgewolltes) Resultat ihres Wirkens sind. Natürlich sind Veränderungen dieses Ausmaßes nicht durch eine gesellschaftliche Teilgruppe – und sei sie noch so bedeutend – gesamtgesellschaftlich durchsetzbar. Aber mit dem Marsch durch die Institutionen ist dieses 5-Punkte-Programm in Deutschland – und wie wir sehen werden auch in den USA – zum Großteil „Staatsprogramm“ und Staatsaufgabe geworden.

Paul Gottfried: *Multikulturalismus und die Politik der Schuld. Unterwegs zum manipulativen Staat?*, Graz 2004.



Paul Edward Gottfried hat in seinem aufsehenerregenden Buch *Multikulturalismus und die Politik der Schuld* aufgezeigt, wie sich der Staat in den letzten Jahrzehnten vom rechtsstaatlich verankerten Verfassungsstaat zum, wie er es nennt, „therapeutischen Staat“ gewandelt hat.

Ausgangspunkt des therapeutischen Staates ist eine Auffassung von Gesellschaft, die als schuldbeladen gilt. Die Gesellschaft ist durchwoben von fortschrittsfeindlichen, intoleranten, das Zusammenleben erschwerenden Vorstellungen, Einstellungen und Praktiken, die aus einer „unbewältigten Vergangenheit“ herrühren und durch den therapeutischen Zugriff des Staates neutralisiert und eliminiert werden müssen. In Deutschland ist der Ansatzpunkt des therapeutischen Zugriffs auf die Gesellschaft klar: Es ist die unbewältigte Vergangenheit des Nationalsozialismus und die vermeintliche Faschismusanfälligkeit des Deutschen, die eine Dauertherapie durch staatliche und parastaatliche Instanzen erforderlich macht.

Interessant ist nun, daß dieses uns wohlbekannte Denkmuster in anderer inhaltlicher Ausrichtung auch für die USA gilt. Die weiße (Noch-) Mehrheit gilt als zumindest latent rassistisch, sexistisch, homophob, vorurteilsbeladen in Bezug auf Minderheiten und bedarf der therapeutischen Dauerintervention, um auf den Weg der Bejahung einer offenen, multikulturellen, pluralistischen, nicht-diskriminierenden Gesellschaft gebracht zu werden. Kurz: eine zumindest latent böse Gesellschaft muß durch staatliche Dauertherapie zu einer guten Gesellschaft transformiert werden.

Nach Gottfried hat die postkommunistische Linke längst das Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel fallengelassen, um sich ganz der Logik des therapeutischen Staates zu widmen, nicht die Nationalisierung der Schwerindustrie als Forderung des traditionellen Sozialismus steht auf ihrer Fahne, sondern *political correctness* und wohlfahrtsstaatliche Dauerbetreuung von sozial Benachteiligten.

Für den Konservatismus sind derartige Vorstellungen kaum erträglich. Und wenn wir den modernen Konservatismus inhaltlich typisieren wollen, so finden wir bei allen großen inhaltlichen Differenzen der einzelnen Fraktionen – von einem religiös bis hin zu einem national motivierten Konservatismus – in der Beurteilung der fünf oben genannten Punkte der Gesellschaftsveränderung einen Minimalkonsens. Dieser besteht

1. in der Ablehnung des multikulturellen und multiethnischen Gesellschaftskonzepts. Das Projekt ist insgesamt gescheitert. Multikultur als Bevölkerungspolitik in Pauschaltouristenperspektive erweist sich als demographische, ökonomische, politische und kulturelle Katastrophe für die Einwanderungsländer. Soweit der konservative Konsens. In der Frage der Reaktion auf diese Herausforderung herrscht große Uneinigkeit: Die Empfehlungen reichen von größeren Rückführungsaktionen bis hin zu stärkerer Integration;
2. in der Forderung nach einer völlig anderen Familienpolitik. Familie (dabei ist gemeint: Frau, Mann, Kind) muß wieder in das Zentrum der Gesellschafts- und Sozialpolitik gestellt werden. Die etablierten Parteien (bis hinein in Teile der CDU) haben die Familie als eine Art Ad-hoc-Vereinigung angesehen, aus der der Mann beliebig vertrieben werden darf, während die Frau außerfamiliäre Karriereperspektiven zum Verlassen locken, während das Kind möglichst bald nach der Geburt in Kinderhorte und ähnliche Ein-



*Verteidigung der Werte, Occident, Zeichnung von Pierre Joubert*

- richtungen abgestellt werden soll. Gegen diese desaströse Politik ist wieder die Förderung der heterosexuellen, man wagt es kaum zu sagen, „Normalfamilie“ einzufordern, in der die Mutterschaft der Frau zumindest ein funktionales Äquivalent zur möglichen Karriere darstellt.
3. Konservativer Konsens besteht in der Frage, daß zum Wohle der einheimischen Bevölkerung mit dem Prozeß der Globalisierung zumindest listig und strategisch umzugehen ist. Globalisierung ist kein Naturgesetz und man muß dieses Land nicht schutzlos dem Heuschreckenfraß preisgeben.
  4. Wir brauchen dringend eine Kehre in der Bildungspolitik. Der Spaß- und Erlebnispädagogik ist eine definitive Absage zu erteilen. Man muß der Wahrheit wieder zum Durchbruch verhelfen, daß Lernen mit Anstrengung und Mühe verbunden ist. In diesem Zusammenhang gilt es auch, den Pisa-Nebel zu vertreiben, dadurch hervorgerufen, daß man Glauben macht, es könne durch mehr Pädagogik und durch mehr sozialtherapeutische Betreuung die deutsche Bildungsmisere behoben werden. Das wäre lediglich mehr von dem, was uns diese Misere eingebrockt hat. Nein, wir brauchen eine andere Bildungspolitik, andere Bildungsinhalte und andere pädagogische Konzepte, die den jungen Menschen viel stärker mit Forderung und Förderung in die Pflicht nehmen!
  5. Dem Werterelativismus ist nachdrücklich Einhalt zu gebieten. Aus der Tradition der abendländisch-christlichen Kultur heraus sind die spezifischen Wertebindungen gegen jede Form des Werterelativismus zu bringen. Insbesondere die jungen Menschen sollten wieder verstärkt eine wertebasierte Sozialisation erfahren.

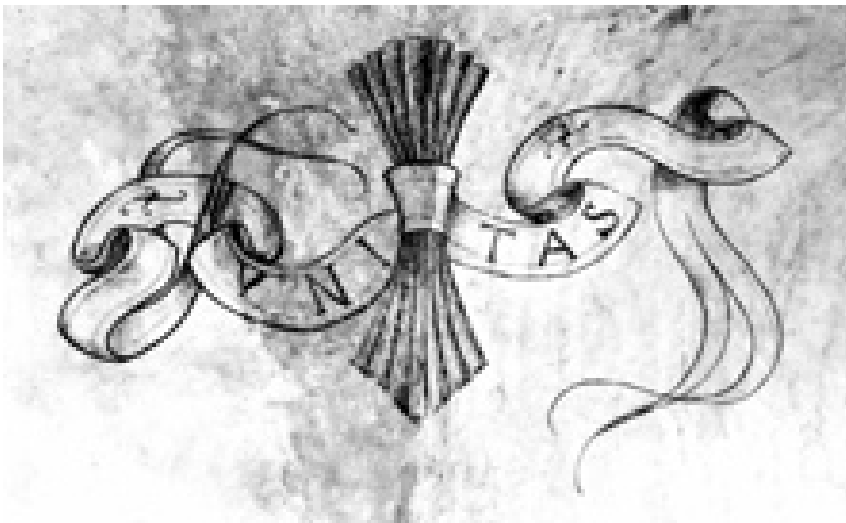
Über diese fünf Punkte sollte im konservativen Lager Einigkeit bestehen. Sobald man aber die hier eingehaltene Abstraktionsebene verläßt, also politisch konkreter wird, wird man feststellen, daß es in den Vorstellungen zur inhaltlichen Umsetzung große Differenzen gibt.

Ich komme nun zum zweiten Punkt meiner Ausführungen und möchte mich der Frage widmen, welche gesellschaftliche Entwicklung zukünftig zu erwarten ist und welche Anknüpfungspunkte für eine konservative Wende bestehen. Mit Samuel Huntington können wir zunächst feststellen, daß der westliche Kulturkreis spätestens in den neunziger Jahren seinen Zenit überschritten hat und zunehmend die Führungsrolle an den sinischen Kulturkreis mit dem Kernstaat China abgeben muß. Der westliche Kulturkreis befindet sich im Niedergang. Die Anzeichen der „inneren Fäulnis“ sind für Huntington unübersehbar: sinkendes Wirtschaftswachstum, sinkende Spar- und Investitionsraten, dramatischer Geburtenrückgang und Überalterung, schwindende Bedeutung des Christentums und moralischer Zerfall, Zunahme des asozialen Verhaltens (Kriminalität, Drogenkonsum, Gewaltbereitschaft), Zerfall der Familie, Rückgang des sozialen Engagements, Autoritätsverfall der Institutionen, Kult um individualistische Selbstverwirklichung und hedonistisches Verhalten, Absinken von Bildung und akademischen Leistungen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die moderne Soziologie in ihrer Beschreibung der aktuellen Gesellschaft diese Phänomene des Niedergangs noch gar nicht auf den Begriff gebracht hat. Sie ist in der soziologischen Beschreibung der Gesellschaft, deren Teil sie auch ist, gleichsam am Anfang der neunziger Jahre stehengeblieben, als die Probleme gerade anfangen, sich zur Krise zu verdichten. Die Begrifflichkeit reflektiert und thematisiert phänotypische Veränderungen der Gesellschaft, ohne über einen Sensor zu verfügen, der Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Entwicklung auch als Niedergang und Involution deutet. So spricht Gerhard Schulze weiterhin munter von der „Erlebnisgesellschaft“, Ulrich Beck von der „Risikogesellschaft“, so als ob ökologische Probleme uns noch wirklich interessieren würden, Peter Gross von der „Multioptionsgesellschaft“, Amitai Etzioni von der „guten Gesellschaft“ und so weiter und so fort. Andere Soziologen wie Pierre Bourdieu in Frankreich und Anthony Giddens in England führen Rückzugsgefechte gegen die „neoliberale Heimsuchung“.

Das begriffliche Potential ist dabei gar nicht geeignet, den Zerfall und die Dekadenz als Rückwärtsbewegung, also als Niedergang, wahrzunehmen, weil sie diese Phänomene als Übergang zu einer neuen „Hochkultur“ interpretieren. Das Neue, das auf uns zukommt, ist in der Vorstellung des größten Teils der modernen Soziologie anders aber gleichwertig. Einzig die moderne soziologische Systemtheorie in der Tradition Niklas Luhmanns bietet einen *frame of reference*, der nicht nur gesellschaftliche Höherentwicklung, sondern auch gesellschaftlichen Niedergang interpretieren kann. Ich kann dieses Konzept an dieser Stelle nur sehr grob nachzeichnen.

Niklas Luhmann: *Einführung in die Theorie der Gesellschaft*, Heidelberg 2005.

Im Kern handelt es sich um die Beschreibung des Prinzips der „funktionalen Differenzierung“, die sich als mannigfache funktionale Teilhabe des Menschen am sozialen Leben kennzeichnen lässt: Ich bin gleichzeitig inkludiert (so Luhmanns Begriff) ins Wirtschaftssystem, ins politische System, ins Rechtssystem und so weiter. Unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Niedergangs kommt es nach Luhmann nun zu „Exklusionsverkettungen“: Immer mehr Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz und damit mittel- und langfristig die Möglichkeit, Publikumsrollen in anderen Teilsystemen wahrzunehmen. Das gesellschaftliche Leben findet dann ohne die exkludierte Person statt. Die exkludierte Person ist damit kein gesellschaftlicher Symbol- und Bedeutungsträger mehr, sie ist nackt, nur noch Bedürfniswesen und Körper.



*Seid einig, einig, einig*  
– Sgraffito, Tient, Castel  
del buonconsiglio,  
14. Jahrhundert

Hartz IV beispielsweise ist die konsequente Reaktion auf diese Entwicklung: Der Arbeitslose wird auf seine Körperbedürfnisse reduziert, indem er nur soviel Transferleistungen bekommt, um als Körper zu überleben, seine Bedürfnisse auf Nahrung, Wohnung und ein Mindestmaß an Unterhaltung (Fernsehen) werden befriedigt, ansonsten steht er außerhalb der Sozialordnung. Zbigniew Brzezinski hat diese Form der Minimalversorgung „Tittytainment“ genannt. Die so Ausgeschlossenen können nur noch als Körper gesellschaftliche Wirkungen erreichen.

Dieser Exkurs in die Gesellschaftstheorie war notwendig, weil es nun um die Frage nach dem Subjekt einer konservativen Kehre geht. Dabei zeichnen sich im wesentlichen drei Zielgruppen ab, die Affinität zum Konservatismus haben:

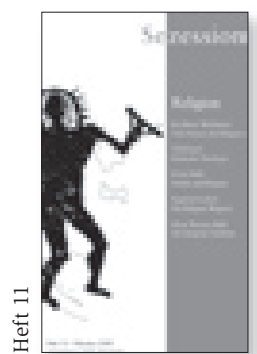
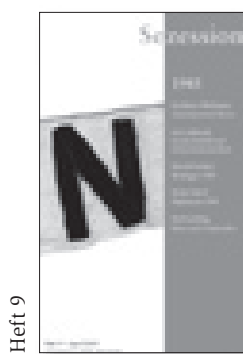
Erstens sind dies die Traditionell-Konservativen des bürgerlichen Lagers (im Sinne des Konservatismus als Gegenbewegung), die genug haben von den chaotischen Zuständen, die nicht mehr glauben, daß die „Altparteien“ die Kraft zur Gegensteuerung aufbringen und einen neuen konservativen Flügel oder eine neue selbständige Partei unterstützen würden. Hier finden wir gleichsam das konservative Potential „im System“, also Menschen, die etabliert sind und geordnete gesellschaftliche Verhältnisse wollen. Ein Großteil dieser Klientel wählt traditionsgemäß die Union, ist aber mit dem konservativen Profil dieser Partei nicht zufrieden.

Zu diesen „Altkonservativen“ gehört eigentlich auch die zweite Gruppe: die zunehmende Schar von arbeitslosen Akademikern, die bürgerliche

Werte verinnerlicht haben, aber unter – wie der Soziologe sagt – „relativer Deprivation“ leiden, weil sie trotz Studium ihr Lebensziel wohl verfehlen werden. Insgesamt dürfte dieser Kreis wachsen und eine „natürliche“ Klientel für eine konservative Wende darstellen.

Die dritte Zielgruppe ist die rapide wachsende Schar der sozial Ausgeschlossenen. Ein Großteil von diesen wird sich natürlich zunächst nach links orientieren oder aber als Nichtwähler dem politischen System den Rücken kehren. Gleichwohl ist hier ein überaus großes Potential für konservative Politikgestaltung vorhanden, aber nur, wenn es dem Konservatismus gelingt, sich genügend trennscharf von der Politik der „sozialen Kälte“ des Neoliberalismus abzugrenzen und gleichzeitig nachzuweisen, daß die Probleme der sozial Exkludierten linker Politik geschuldet sind, die beispielsweise durch die Ermöglichung einer unkontrollierten Zuwanderung die „industrielle Reservearmee“, wie es bei Marx heißt, erweitert und damit Lohndumping und Arbeitslosigkeit mit verursacht hat. Die soziale Kompetenz des Konservatismus muß herausgestellt und darf nicht den Linken überlassen werden. Dazu ist es erforderlich, daß die „negatorische Schiefelage“ des Konservatismus überwunden wird. Die wesentlichen inhaltlichen Aussagen des aktuellen Konservatismus sind „Gegen-Aussagen“, man ist sich einig gegen Multikulturalismus und Globalismus. Es fehlen gleichsam positive Gegen- und Gesellschaftsbilder, es fehlt, so paradox das klingt, die konservative Utopie. Also, wie hat das, was wir unter Nation verstehen, unter modernen Bedingungen auszusehen? Wie ist im Zeitalter der Globalisierung ein intelligenter Protektionismus möglich? Wie sollen die sozialen Sicherungssysteme gestaltet sein?

Mit der intelligenten Beantwortung dieser Fragen erzeugt der Konservatismus Anschlußfähigkeit für die Nöte und Probleme der an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und erschließt diese als mögliches Subjekt eines Paradigmenwechsels. Dabei ist die Arbeit im vopolitischen Raum von großer Bedeutung. Vortragsveranstaltungen, Zeitschriften, Seminare, Kreise freier Rede, Beobachtung des (partei)politischen Felds, Vernetzung im Wortsinn: Die Organisation und Mobilisierung der vielen Enttäuschten, Veränderungswilligen ist das eigentliche Meisterstück, das vollbracht werden muß. Die Dramaturgie der Zuspitzung bereitet dann den Boden.



Im Abonnement  
4 Hefte im Jahr für 30€, ermäßigt 20€.

Sezession  
Rittergut Schnellroda · 06268 Albersroda  
Tel / Fax (034632) 90942

# Sezession

*„Unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will“*  
(Junge Freiheit)

*„Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz“* (Tagesspiegel)

## Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Jost Bauch, 1949, Studium der Soziologie an der Universität Bielefeld, Promotion 1980, Habilitation 1994 in Konstanz „Gesundheit als sozialer Code“. Verheiratet, 1 Kind.

Buchveröffentlichungen (Auswahl):

*Krankheit und Gesundheit als soziale Konstruktion*, Konstanz 2004

*Medizinsoziologie*, München 2000

Ellen Kositzka, 1973, studierte Germanistik und Geschichte, freie Publizistin, verheiratet, fünf Kinder.

Götz Kubitschek, 1970, studierte Germanistik, Geographie und Philosophie. Verheiratet, fünf Kinder. Seit 2002 selbständiger Verleger (Edition Antaios). Buchveröffentlichung:

*Raki am Igman. Texte und Reportagen aus dem Bosnien-Einsatz der Bundeswehr*, Dresden 2001

Detlef Kühn, 1936, Jurist, von 1972 bis 1991 Präsident der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben – Gesamtdeutsches Institut, von 1992 bis 1998 Direktor der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien, heute Publizist in Berlin. Verheiratet, ein Kind.

Buchveröffentlichung:

*Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit*, Schriftenreihe der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Bd 13, Berlin 2001

Dr. Erik Lehnert, 1975, studierte Philosophie, Geschichte sowie Ur- und Frühgeschichte. Promoviert über Karl Jaspers. Verheiratet, zwei Kinder.

Buchveröffentlichungen:

*Gerhard Nebel. Wächter des Normativen*, Schnellroda 2004

*Finalität als Naturdetermination. Zur Naturteleologie bei Teilhard de Chardin*, Stuttgart 2002

Wiggo Mann, 1972, studierte Politik und Soziologie. Derzeit Promotion über sozialistische Konzepte von rechts.

Dr. Adolph Przybyszewski, 1945, Privatier und freier Publizist, lebt in Warschau und Berlin. Verheiratet, drei Kinder.

Daniel Schikora, 1977, studierte Geschichte und Sozialwissenschaften, promoviert derzeit in der Politikwissenschaft.

Dr. Franz Uhle-Wettler, Generalleutnant a.D., 1927, letzte Verwendung als Kommandeur einer Panzerdivision und Kommandeur der Nato-Verteidigungsakademie in Rom. Verheiratet, drei Kinder.

*Rührt Euch! Weg, Leistung und Krise der Bundeswehr*, Graz 2006

*Der Krieg. Gestern – heute – morgen?*, Hamburg 2001

Andreas Vonderach, 1964, studierte Geschichte, Anthropologie, Geographie und Politikwissenschaft.

Dr. Karlheinz Weißmann, 1959, studierte Geschichte und Evangelische Theologie. Promoviert als Historiker. Verheiratet, ein Kind.

Buchveröffentlichungen (Auswahl):

mit Armin Mohler: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 6., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Graz 2005

*Die Besiegten. Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945*, Schnellroda 2005

# Provokation!

von Götz Kubitschek

Angesichts der Heerscharen blinzelnder Deutscher; angesichts der verantwortungslosen politischen Führung der letzten dreißig Jahre, die ihre Rente in dem Bewußtsein zu verprassen nun ansetzt, daß es für sie noch reichen wird; angesichts der sitzenden Schimpfer – selbst die jungen Hartz IV-Empfänger schimpfen sitzend, bei Laune gehalten durch ein warmes Wohnzimmer, Nachschub an Fraß und Flüssigem, eine Spielkonsole, Fernseher, DVD-Gerät und der Möglichkeit, dank der Pille folgenlos die Restenergie über der Freundin zu entladen; angesichts der gescheiterten und der nie gemachten Experimente eines zersplitterten, personell und materiell schwachen rechten Flügels unserer politischen Landschaft; weiterhin angesichts der Krise, die eine grundlegende Veränderung der Tonlage im Land notwendig macht; angesichts der verrinnenden Zeit – ständig läuft jemandes Zeit ab: die der nie gezeugten, die der ungeborenen gemordeten, die der jämmerlich erzogenen Kinder: Es ist jedesmal die Vorbereitungszeit auf die Zukunft Deutschlands, die da verstreicht, ohne daß etwas Zukunftsträchtiges geschähe; angesichts dieser Lage also sollte vor einer Umwälzung der Verhältnisse keine Angst herrschen. Das Grausen sollte uns nur dann packen, wenn wir feststellen müssen, daß unser Volk – und das sind in diesem Fall die jungen Männer und Frauen – keine Kraft mehr zu einer Umwälzung hat.

Karlheinz Weißmann beschreibt in seinem Beitrag über das „Lob der Krise“ (S. 8–12) mit Jacob Burckhardt die Krise als fiebrigen Zustand. In ihm müsse sich erweisen, ob für eine Genesung noch genügend Kraft im kranken Körper steckt. Im kritischen Zustand werden also stets zwei Wege sichtbar. Der eine führt nach vorn und erprobt das Neue, der andere verweist zurück in einen Zustand des Sich-Dreinschickens: Zwar ist der Moment der Krise überstanden, das fiebrige Gefühl verflogen; an seinen Platz aber ist kein neues Leben, sondern bloß erneutes, halbzufriedenes Siechtum getreten.

So ist der kritische Zustand der Moment des Möglichen: Möglich ist, was vorher unvorstellbar war. Die Krise bedrängt, bedroht den Kranken und weckt seinen Mut, ins Unvorhersehbare abzuspringen: Nur kein Rückfall ins Siechtum, ins Latente, ins Erdulden! Und so beseitigt die Krise auch die „ganz unverhältnismäßig angewachsene Scheu vor ‚Störung‘ und bringt frische und mächtige Individuen hervor.“ Dann ist kein Halten mehr, dann „pflanzen sich die aufrührerischen Ideen wie im Funkenflug fort, finden sich überall Mutige, die den Angriff auf die eben noch uneinnehmbaren Bastionen wagen, bricht sich ein Enthusiasmus des Anfangs Bahn und wird die Beseitigung des gerade noch allgemein Anerkannten ohne Zögern ins Werk gesetzt“ (Weißmann, S. 11).

Was sich wie eine physikalische oder biologische Gesetzmäßigkeit liest, ist keinesfalls ein zwangsläufiger Prozeß: Was geschieht, wenn der Drang nach Genesung, nach einem Sprung ins Offene, nach Erneuerung, nach Umwälzung nicht stark genug ist? Was, wenn die Sicherheitsdenker – die dem Durchwurschteln, dem kleinen Leben etwas abgewinnen kön-

nen – den Schritt nach vorn verhindern? Wenn das Volk, die Mehrheit, die Gesellschaft träge und schwer keinen Ruck verspüren, sondern weiterblinzeln möchte? Auch dann ändert sich die Lage: etwas geschieht. Es fällt da keine Entscheidung, es handelt da niemand und es steht nicht die nach vorn gerichtete Frage im Raum: „Was werden wir tun, um die Krise zu überwinden?“. Vielmehr läßt ein Volk, eine Gesellschaft einfach etwas geschehen, läßt etwas mit sich machen und duldet amorph. Dies ist der Moment, in dem uns das Grausen packt.

Doch so weit ist es noch nicht. Die Krise unserer Nation und darüber hinaus unseres Kulturkreises wird in ihrem ganzen Ausmaß gerade erst sichtbar, die ersten Fieberschübe haben Rufe nach den Tatkräftigen laut werden lassen: Selbständige, Kinderreiche, Hochbegabte, Arbeiter ohne Krankentage, sie alle sollen's richten, sollen einen Karren, unseren Karren aus dem Dreck wuchten und als Leitbilder andere anspornen, sich mit vorzuspinnen. Plötzlich ist da ein „Wir“, plötzlich ist man „Deutschland“, jeder einzelne zwar vor allem für sich, aber doch alle zusammen auch für die vielen Ichs, für ein buntes Wir, weil's von uns Normalbürgern einer alleine nicht packen kann.

Merkt denn keiner, wie es die Macher solcher Kampagnen anekelt, daß sie dieses „Wir“, dieses halb totgeschlagene „Wir“, wieder reanimieren müssen? Hört denn keiner, daß es dieselben Stimmen sind, die heute von Zusammenhalt, von Solidargemeinschaft, von nationalem Aufbruch sprechen, und die doch gestern und die letzten dreißig Jahre überhaupt an diesem Land, an Deutschland kein gutes Haar lassen konnten? Die sich als gutbezahlte, narrenfreie Aufseher über die ewig unberechenbare, ewig bescheuerte deutsche Nation sahen und sehen? Die konsterniert über den Ausbruch kollektiver Macht in den Tagen und Jahren der Wiedervereinigung für eine Weile nicht wußten, ob ihr Fähnchen jemals wieder würde im Wind flattern dürfen, und die durchatmeten, als sich die Begeisterung und die Opferbereitschaft endlich legten und der Dunst eines rigiden Meinungsklimas westdeutschen Zuschnitts auch in den neuen Ländern in jede Gehirnfalte sich zu senken begann? Spürt also keiner, daß die Verantwortlichen für die Zerrüttung Deutschlands einfach noch ungestört davonkommen wollen, wohl wissend, daß all die Fülle, in der sie trotz Nachkrieg und deutscher Teilung groß werden durften, auf Jahrzehnte verschleudert, die geistigen Grundlagen für eine Regeneration unter Eimern von Jauche erstickt und verrottet sind?

Weil wir aber dieses verantwortungslose Intellektualisieren, dieses experimentelle Politisieren, dieses perfide Denunzieren, dieses satte Spötteln über den deutschen Michel; weil wir die listige Absicht, der Krise scheinbar abzuhelpen und das Fieber künstlich zu senken, durchschauen und die halb gelangweilten, halb beunruhigten Akteure kennen; weil wir also einen Gegner haben, ist es an uns, die Krise als Chance zu nutzen, die Begriffe zuzuspitzen und den Gegner zu kennzeichnen. Provokation ist dafür das geeignete Mittel.

Natürlich ist „Provokation“ ein Modebegriff, ein ausgequetschtes Wort; viele, nicht alle Künstler, Querdenker, In-Denker, Vordenker provozieren bewußt und dosiert oder hemmungslos, je nach Selbstentwurf und Marktnische. Die Netzseite [www.provocation.ch](http://www.provocation.ch) stellt Fragen: „Ist Provokation ein legitimes Mittel, um in unserer Gesellschaft etwas zu verändern oder nur eine strategische und verkaufsfördernde Maßnahme? Muß man heute provozieren, um noch wahrgenommen zu werden? Was erregt die Menschen im Zeitalter der Tabubrüche noch? Wer läßt sich provozieren, was sind die Regeln und welche Rolle spielen dabei die Kunst und die Medien?“

Vieles läßt sich leicht beantworten: Angesichts des Zustands unseres Lands ist praktisch jedes Mittel legitim, das zu Veränderungen führt. Provokation muß, wenn sie der Auftakt zu Umwälzungen sein will, als Baustein innerhalb einer Strategie ihren Platz haben. Sie ist oft das einzige Mittel der Schwachen: Wer über Machtmittel verfügt, drückt, was er möchte, einfach durch, erzählt, was er möchte, einfach auf allen Kanälen. Wer keine Macht hat, bereitet sich lange und gründlich vor, studiert die Reflexschemata des Medienzeitalters und erzwingt durch einen Coup öf-

fentliche Wahrnehmung. Denn daran muß sich der Provokateur messen lassen: Was nicht in den Medien war, war nicht. Für die stille Bildungsarbeit mögen andere Gesetze gelten: Provokationen leben von der Wahrnehmung, denn ihr Ziel ist, eine Reaktion (und sei es nur die Verblüffung) hervorzurufen.

Wahrgenommen wird das Unerwartete, wahrgenommen wird der gezielte Regelverstoß, wahrgenommen, zwingend wahrgenommen wird die bewußte oder unbewußte Verletzung der Tabus, die auch unsere derzeitige, nur scheinbar nach allen Seiten offene Herrschaftsstruktur absichern, bewahren. Im kommunikativen Bereich, dem „miteinander Reden“ (dem Kernstück demokratischer Verfaßtheit also), sind der Konsensdiskurs und Folgenlosigkeit tabubewehrt. Der Konsensdiskurs ist die flächendeckende *talkshow*, die Christiansenisierung der Gesellschaft: Über fast alles wird geredet, nichts wird entschieden, Konsens auf einem Minimalnenner ist stets und unausgesprochen der Zielpunkt. Die Folgenlosigkeit ist die zweite Grundvoraussetzung solcher Zusammenkünfte. Sie ist der sichere Ausweg für jeden, der von zuviel Ernst in die Enge getrieben wird. Nie konkret werden, die Dinge einfach einmal ungeschützt dahersagen, so frei von der Leber weg mal ein paar Ideen haben: Wer den Unernst dieser sanften Denker nicht als Spielregel begreifen, nicht stehenlassen will, findet auf den Sofas der Konsensrunden keinen Platz.

Und so ist denn auch die Provokation vieler Künstler, Quer-, In- und Vordenker von der, über die wir sprechen, zu unterscheiden. Für jene ist Provokation der Versuch, eine Einladung an die Futtertröge zu erhalten. Für uns ist Provokation kein Ich-Projekt, keine Verkaufsstrategie, und die Hoffnung auf den Einbau in den satten Diskurs gäbe all unser Tun der Lächerlichkeit preis. Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party. Provokation ist das Hinweisschild an unerwarteter Stelle, ist ein Zündeln am Holzstoß, der Holzstoß bleiben oder Signalfener werden kann, ist die Heimsuchung derer, die nicht gestört werden wollen. Und diese Furcht vor Störung, Unruhe, kennzeichnet die heraufziehende Krise. Ungebeten wird das sein, was wir tun sollten. Ungebetene Gäste mit unerwünschten Fragen erscheinen am konsensschwangeren Ort und konfrontieren den unangestregten Star inmitten seiner Heimspiel-Atmosphäre. Wann zuletzt wurde, um einmal konkret zu werden, Jürgen Habermas vor Publikum und völlig unerwartet mit dem konfrontiert, was er vor dreißig Jahren sehenden Auges zur experimentellen Umsetzung am lebenden Objekt „Deutschland“ empfahl? Wann zuletzt schlug ihm nicht nur erwartungsloses Wohlwollen entgegen, sondern plötzlich und ungebeten so etwas wie Verachtung oder echter Mangel an Versöhnung? Wann zuletzt fühlte dieser Mann sich wirklich gestört, verunsichert, angekratzt? Weiß jemand, wann das war? Weiß jemand, ob dies je so war? Jedenfalls wird es Zeit dafür.

Neben der Wirkungsrichtung unserer Provokation nach außen (mit den Zielen Zuspitzung, Konfrontation, Aufmerksamkeit), gibt es ebenso eine Wirkungsrichtung nach innen. Sie zielt auf Beispiel, Mobilisierung und Rekrutierung. Eine gelungene provokante Aktion ist ein Beispiel für Kreativität, Organisationsfähigkeit und Durchsetzungskraft. Im günstigen Fall mobilisiert sie Nachahmer oder originelle Kräfte und weckt ein Milieu, eine Szene aus der Lethargie oder aus einem an dandyesken Vorbildern geschulten Defätismus. Das wichtigste jedoch ist die Rekrutierung Unentschlossener und Suchender. Wenn das politische Angebot der Bundesrepublik eine Messehalle ist: die Präsentation nationaler Ware jenseits des Diskurskonsenses hat ihren Platz hinter einer Klotür, anderswo war – nach Auskunft der Betreiber – kein Stand mehr frei. Provokation bedeutet in diesem Fall, den Stand zu verlassen und als lebende Wegweiser die Halle zu durchkämmen. Dort stehen junge Männer und Frauen fremd vor den Prachtbuden der Parteien, Meinungsmacher, Lobbyisten und Säulenheiligen und versuchen ihre Fragen mit den ernensten Antworten des Diskurskonsens-Milieus abzusättigen. Aber stets bleibt ein Gefühl von Unterernährung. Und damit ist genug gesagt.





Wann zuletzt wurde,

um einmal konkret zu werden, Jürgen Habermas vor Publikum und völlig unerwartet mit dem konfrontiert, was er vor dreißig Jahren sehenden Auges zur experimentellen Umsetzung am lebenden Objekt „Deutschland“ empfahl?

Wann zuletzt schlug

ihm nicht nur erwartungsloses Wohlwollen entgegen, sondern plötzlich und *ungebeten* so etwas wie Verachtung oder echter Mangel an Versöhnung?

Wann zuletzt fühlte

dieser Mann sich wirklich gestört, verunsichert, angekratzt? Weiß jemand, wann das war? Weiß jemand, ob dies je so war?

Jedenfalls wird es Zeit dafür.

# Vergangenheitsbewältigung – ein Qualitätssprung?

von Franz Uhle-Wettler

Höchstwahrscheinlich ist ein Qualitätssprung bei derjenigen Art von Vergangenheitsbewältigung zu vermelden, die zwar wissenschaftlich fragwürdig, aber weit verbreitet und deshalb wichtig ist. Zur Erinnerung: Zu den Grundpfeilern des Marxismus gehört die Lehre, daß in allen Bereichen des Universums, vom Innersten der Atome bis zu den fernsten Galaxien, allmähliche Änderungen der „Quantität“ zu einer plötzlichen und in menschlichen Gesellschaften revolutionären Änderung der „Qualität“ führen. So bewirkt eine quantitative Änderung, Zuführung von Wärme, unabänderlich bei null sowie hundert Grad eine sprungweise Änderung der Qualität: Eis wird zu Wasser und dann zu Dampf.

Das quantitative Wachsen des Bürgertums bewirkte in den absolutistischen Staaten den Qualitätssprung zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die Grenzen der Doktrin sind allerdings offensichtlich: In den demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften soll die quantitative Vermehrung des verelendenden Proletariats mit naturgesetzlicher Sicherheit zu einem revolutionären Qualitätssprung, also über die Diktatur des Proletariats zur sozialistischen und schließlich kommunistischen Gesellschaft führen.

Bisher waren dort, wo die Vergangenheitsbewältigung mit übergroßem Eifer und fragwürdigen Methoden betrieben wurde, nur quantitative Änderungen festzustellen. Noch vor vierzig oder dreißig Jahren wäre es kaum denkbar gewesen, Soldaten pauschal als Mörder und die Wehrmacht pauschal als „marschierendes Schlachthaus“ zu bezeichnen. Doch seitdem

haben Einäugigkeit, Verschweigen der dem gewünschten Urteil entgegenstehenden Tatsachen und Dokumente sowie manch anderes quantitativ weiter zugenommen, wie die (anfängliche) Begeisterung über die Wehrmachtausstellungen zeigt. Aber in einem Chorgesang fallen nur die lautesten Stimmen auf. Wer Beifall begehrt, muß also noch lauter singen. So wird der Chorgesang immer lauter (eine quantitative Änderung) und kann in eine neue Qualität umschlagen. Dieser Qualitätssprung scheint nun zu geschehen. Das läßt sich an den letzten Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) der Bundeswehr aufzeigen.

Das Amt veröffentlicht unter anderem *Militärgeschichte – Zeitschrift für historische Bildung*; warum die Zeitschrift wichtig ist, sei später dargelegt. Sogar in einem einzigen der neueren Hefte finden sich gleich zwei Aufsätze, die die Vermutung nahelegen, der Qualitätssprung der Vergangenheitsbewältigung sei vollbracht. Der erste Aufsatz hatte den „Mythos“ Tannenberg und damit eine deutsche „Legende“ als Titel.

Schon das weckt Interesse. Immerhin ist sogar genialen Heerführern die Einschließung und damit Vernichtung eines feindlichen Heeres nur selten gelungen: Hannibal bei Cannae, Cäsar bei Ilerda, Napoleon bei Ulm und Moltke bei Metz sowie bei Sedan. Hindenburg und Ludendorff konnten 1914 bei Tannenberg die sogar etwas stärkere russische Zweite Armee in einer mehrtägigen Schlacht einschließen – und das, obwohl die nur ein bis anderthalb Tagesmärsche entfernte russische Erste Armee praktisch keine deutschen Truppen mehr vor sich hatte und dauernd einzugreifen drohte. Warum ein solcher Sieg so sehr „Mythos“ und „Legende“ sein soll, ist schwer erkennbar. Doch das ist hier nicht Thema. Also nur der Hinweis, daß Niveau und Aussage des Aufsatzes dem Titel entsprechen.

Franz Uhle-Wettler: *Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte*, Hamburg 2000.

Gegen Ende des Aufsatzes wird sichtbar, was man wohl als Qualitätssprung der Vergangenheitsbewältigung bezeichnen kann. Der Aufsatz berichtete eine Schandtat: bei der Einweihung des Tannenbergdenkmals am 18. September 1927 wurden „bezeichnenderweise“ die republikanischen und jüdischen Veteranenverbände „ausgeschlossen“. Also: Rassismus, Antisemitismus, Verneinung der legalen sowie demokratisch legitimierten republikanischen Staatsordnung und Verneinung der verbal beschworenen Frontkämpfergemeinschaft in einem einzigen Bubenstück! Wahrlich eine Schandtat.

Zweifel können allerdings aufkommen, wenn man beachtet, daß die Einweihung des Denkmals in Gegenwart des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers und zweier Reichsminister stattfand.

Diese sollen gemeinschaftlich die Schandtat zugelassen und gedeckt haben? Zudem hat ausgerechnet Hindenburg noch 1932, also mit Hitler vor den Toren, sich für das ihm vom Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten übersandte „Gedenkbuch“ mit den Namen der 12.000 jüdischen Gefallenen in „ehrfurchtsvoller“ Erinnerung an die „für das Vaterland“ gefallenen „Kameraden“ mit „kameradschaftlichem“ Gruß bedankt. Das Schreiben ist in dem wohl ganz unverdächtigen Band *Hitler und seine Diener* von Simon Poliakov faksimiliert.

Angesichts der Zweifel bat der Verfasser dieses Aufsatzes am 11. Juli 2004 den Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) um Mitteilung, worauf sich der Bericht über die Schandtat stützt. Nach fünf Wochen dankte der Amtschef am 19. August für das Interesse an den Veröffentlichungen des MGFA. Aber der erbetene Hinweis auf die Quelle für jene Schandtat fehlte. Neuer Brief am 16. Oktober 2004. Antwort am 4. November: Die Quelle sei dem Amtschef nicht bekannt und er könne die Verfasser des Aufsatzes nicht anweisen, die Quelle zu nennen (warum?). „Mit freundlichen Grüßen.“ Da bleibt nur die Annahme, daß es die Quelle nicht gibt. Das würde dann freilich bedeuten, daß die Schandtat erfunden wurde. Diese Vermutung wird durch die noch heute verfügbaren Unterlagen gestützt.

Zur „Ausschließung“ der republikanischen Frontkämpferverbände: Die als liberal zu wertende *Vossische Zeitung* berichtete am 20. September 1927, das der SPD nahestehende Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold habe die Beteiligung von sich aus „abgelehnt“, weil es eine nationalistische Demonstration erwartete. Bei dieser Beurteilung dürften parteipoliti-

Einweihung des Tannen-  
bergdenkmals, 1927



sche Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben. Dafür ist bezeichnend, daß die SPD-Regierung Preußens sich bei der Einweihungsfeier trotz Teilnahme des Reichspräsidenten und der Reichsregierung durch nachgeordnete Organe vertreten ließ. Der *Vorwärts* – *Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* sprach von einer „ausgeprägt nationalistischen“ Kundgebung, obwohl die im Mittelpunkt der Veranstaltung stehende Ansprache des Reichspräsidenten vorher dem Reichskanzler Marx und dem Außenminister Stresemann vorgelegt und gebilligt worden war. Jedenfalls von „Ausschließung“ der republikanischen Frontkämpferverbände keine Spur; sie haben nicht teilnehmen wollen.

Arthur Rosenberg; *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1955.

Bei der Beurteilung dieser Haltung kann man auf das Urteil von Arthur Rosenberg, also eines Historikers und kommunistischen Reichstagsabgeordneten und mithin eines unverdächtigen Zeugen verweisen. In seiner zweibändigen Geschichte der Weimarer Republik urteilt er mehrfach, die Mißachtung eines maßvollen Nationalgefühls durch die Linke habe wesentlich dazu beigetragen, daß die Republik wenig Anklang fand. Man wird also die Haltung der politischen Linken nicht automatisch billigen müssen.

Die „Ausschließung“ der jüdischen Frontkämpferverbände? Der Festausschuß hatte den ehemaligen Feldrabbiner Dr. Lewin, einen evangelischen und einen katholischen Geistlichen um eine Ansprache beim einleitenden Gottesdienst gebeten. Doch nachdem das Programm gedruckt und veröffentlicht worden war, entstanden Schwierigkeiten. Folglich schrieb nach einer erfolglosen Besprechung, aber vor der Einweihung, der Festausschuß am 13. September 1927 dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, er halte „eine Ansprache des Herrn Rabbiners bei Beginn der Weihefeier“ nicht mehr für möglich. Der Grund: weil „der gleiche Anspruch von Vertretern anderer, nicht zur evangelischen und katholischen Kirche gehörenden Religionsgemeinschaften mit dem gleichen Recht erhoben wurde. Da eine längere Folge von Festansprachen sich selbstverständlich verbot, mußten diese auf die Vertreter der beiden Kirchen beschränkt werden, welche die weit überwiegende Mehrheit der Tannenbergkämpfer umfaßt. Die Vertreter der übrigen kleineren Religionsgemeinschaften sind bereitwillig auf den Vorschlag eingegangen, eine kurze Ansprache bei der Kranzniederlegung zu halten. Auch Herr Rabbiner Lewin hatte sich damit einverstanden erklärt. Wir bedauern, daß er durch die Berliner Instanzen des deutschen Judentums zur Änderung seines Standpunktes veranlaßt worden ist ... Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung zeichne ich ergebenst – Kahns, Generalmajor, Vorsitzender“.

Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.): *Kriegsbriefe gefallener Deutscher Juden*, Berlin 1935.

Mit den „übrigen kleineren Religionsgemeinschaften“ waren vermutlich Freireligiöse, Baptisten, Methodisten, Altkatholiken, Pietisten, Zeugen Jehovas und andere gemeint. Zur Beurteilung, der Parallelisierung der jüdischen mit anderen, kleineren Glaubensgemeinschaften durch den Festausschuß: 1927 gab es in Deutschland etwa ein Prozent Juden. Dabei ist ungewiß, nach welchen Kriterien gezählt wurde. Falls die Zählung



Hindenburg und Ludendorff bei der Einweihungsfeier

nach der Herkunft, nicht aber nach der Religionszugehörigkeit erfolgte, dürfte die Zahl derjenigen jüdischen Tannenbergkämpfer, für die Dr. Lewin sprechen sollte, wegen der getauften Juden, der Freidenker und ähnlichen noch erheblich unter einem Prozent gelegen haben.

Bei der Beurteilung der oben ausführlich zitierten Darstellung des Festausschusses ist zu beachten, daß dieser ebenso Partei war wie der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der dem Festausschuß „kleinlichen Geist“ vorwarf (diese Formulierung findet sich in einer Stellungnahme der Redaktion der Verbandszeitschrift *Der Schild* in deren Ausgabe vom 26. September 1927).

Dennoch darf man heutige Gebräuche zur Bewertung heranziehen. Der Verfasser hat mehrfach auf dem britischen Soldatenfriedhof in Rom am *Memorial Day*, dem britischen Volkstrauertag teilgenommen. Gerade in Italien dürften in den indischen und afrikanischen Truppen der britischen Streitkräfte zahlreiche Hindus, Moslems, Sikhs, Lamaisten sowie auch Juden gefallen sein, wie auch die Grabsteine auf dem Friedhof zeigen. Doch stets sprachen – ebenso wie 1927 am Tannenbergdenkmal – nur ein evangelischer und ein katholischer Geistlicher. Anscheinend hat keiner der Botschafter der ehemaligen britischen Kolonien sowie Dominien Anstoß daran genommen, daß kein Imam, kein Rabbi, kein Hindupriester sprachen, denn sie nahmen alle an der Feier teil. Man wird also die Reaktion Dr. Lewins nicht automatisch als berechtigt anerkennen müssen. Unbestreitbar ist, daß er eingeladen war und sich aus eigenem Entschluß zurückzog, weil ihm nur bei der Kranzniederlegung Rederecht und Redezeit eingeräumt wurden.

Franz Uhle-Wettler: *Erich Ludendorff in seiner Zeit*, Berg 1996.

Der jüdische Frontsoldatenverband? Der „Landesverband Ost- und Westpreußen“ des Reichsbundes gab eine Presseerklärung heraus (*Der Schild* vom 19. September 1927), in der es einleitend heißt, er habe sich „zu seinem großen Bedauern und schweren Herzens entschließen müssen, der Feier auf dem Schlachtfelde von Tannenberg fernzubleiben“. Im ursprünglichen Festprogramm sei eine Ansprache des Feldrabbiners Dr. Lewin beim einleitenden Gottesdienst vorgesehen gewesen, doch dann sei an diesen das Ansinnen gestellt worden, „an anderer Stelle im späteren Verlauf der Feier die Ansprache zu halten“. Deshalb seien sie, die jüdischen Frontkämpfer, der Feier „ferngeblieben“. Das bestätigt die zitierte Darstellung des Festausschusses. Also wiederum von „Ausschließung“ keine Spur.

Doch damit nicht genug der Fragwürdigkeiten in einem einzigen Heft der *Militärgeschichte*. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat einen Wissenschaftlichen Beirat, dem ein Professor der Universität Potsdam vorsitzt. Dieser veröffentlichte im gleichen Heft einen Aufsatz über „Deutsche Kriegsziele im Ersten Weltkrieg“. Inhalt und Tendenz des Aufsatzes entsprechen dem Niveau der Zeitschrift. Der Aufsatz gipfelt in der Darstellung von Zielen, die in vollem Sinn des harten Wortes idiotisch und

zudem schandbar waren: Die deutschen territorialen Kriegsziele sollten sich „auf Drängen Ludendorffs im Osten bis zum Ural erstrecken.“

Die Nutzenanwendung folgt sofort: Mit dem „Gewaltfrieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918“ bereiteten „die Deutschen selbst den Boden für Versailles“, wo dann ein Verständigungsfrieden „keine Chance mehr“ hatte. Schon hierzu ist anzumerken, daß das Aufrechnen zu Recht verpönt ist. Doch das gilt anscheinend nicht, wenn das Aufrechnen, hier von Brest-Litowsk gegen Versailles, die Deutschen belastet. Dabei kann unberücksichtigt bleiben, ob Brest-Litowsk in diesem Aufsatz korrekt oder politisch korrekt beurteilt wurde.

Der Verfasser dieses Aufsatzes hat sich mit Ludendorff intensiv beschäftigt und dessen territoriale Kriegsziele wahrlich kritisiert. Aber von Annexionen „bis zum Ural“, hatte er in den amtlichen Dokumenten und in den Berichten der Zeitzeugen nie etwas gefunden. Also bat er den Verfasser des Aufsatzes am 28. Dezember 2004 um Mitteilung der Quelle für die Annexionsgelüste „bis zum Ural“. Die Bitte wäre leicht zu erfüllen gewesen – wenn es die Quelle gäbe. Doch die Bitte blieb unbeantwortet. Da bleibt wiederum nur der Schluß, daß in einem Aufsatz sogar des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats des MGFA die Darstellung der deutschen Geschichte eine neue Qualität erreicht: man stellt angebliche deutsche Idiotien und Schandtaten auf fragwürdigster Basis dar, als reichten die tatsächlichen nicht aus.

Bleibt die Frage nach dem Ursprung der Fragwürdigkeiten. Fahrlässigkeit wäre anzunehmen, wenn die Autoren sich auf fragwürdige, nur unzureichend geprüfte Quellen gestützt hätten. Aber das ist wohl auszuschließen. Es gibt keine halbwegs glaubwürdigen Darstellungen, auf die sich die Autoren der beiden Artikel irrtümlich stützen konnten. Mithin bleibt nur, daß die Autoren deutsche Schandtaten schöpferisch erfunden haben und dabei wußten, daß der Amtschef des MGFA sie notfalls decken würde. Also: ein Qualitätssprung.

Natürlich sind die beiden genannten Aufsätze bei isolierter Betrachtung unwichtig. Sie sind so unwichtig wie die Bewegung des Zeigers in einem Instrument, die jedoch oft wichtiges anzeigt. Das MGFA ist das größte deutsche Geschichtsforschungsinstitut; neuartige Tendenzen dort können also wichtiges anzeigen.

Der Einfluß des MGFA läßt sich, neben seiner Größe, auch aus der Verbreitung seiner Veröffentlichungen abschätzen: die Zeitschrift *Militär-geschichte* wird anderen Zeitschriften beigelegt und wird bis zur Ebene Kompanie, Schiff beziehungsweise Staffel verteilt. Sie unterrichtet also unter anderem die gesamte Bundeswehr. Deshalb muß der Leser annehmen, daß nicht die Meinung eines unmaßgeblichen Historikers – „Freiheit der Wissenschaft“ –, sondern gesicherte Ergebnisse der Geschichtswissenschaft mitgeteilt werden, die vernünftigerweise nicht angezweifelt werden können.

Noch wichtiger ist, daß derartige Aufsätze weithin sichtbare Signale setzen. Die Historiker des MGFA sowie die Militärgeschichtslehrer an den Universitäten sowie Offizierschulen der Bundeswehr können deutlich erkennen, was sie zu lehren und welche Auffassungen sie zu vertreten haben, um vorwärtszukommen. Diese indirekte Wirkung derartiger Aufsätze dürfte nicht gering sein und dürfte sich noch bei den Offizieren der kommenden Generation auswirken.

Eine weitere Wirkung könnte sich auf Dauer als die negativste erweisen. Noch einmal sei an die weit verbreitete Begeisterung über die Wehrmachtausstellungen erinnert. Nur wenige traten einer Ausstellung entgegen, die sich schließlich nach heftigem Zögern das Urteil selbst sprechen mußte. Derartiges hat Folgen. „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.“ Wer Schandtaten erfindet, kann sich nicht wundern, wenn das hieraus erwachsende Mißtrauen auch seine zutreffenden Darstellungen deutscher Schandtaten trifft.

Zum Schluß eine Arabeske: Der Chefredakteur der *Militär-geschichte*, unter dem die beiden hier dargelegten und ähnliche Aufsätze erschienen, wurde im Dezember 2004 befördert. Er wurde Amtschef des MGFA. Was darf man nun vom MGFA erwarten?

Franz Uhle-Wettler: *Der Krieg. Gestern – heute – morgen?*, Hamburg 2001.

In diesem Zusammenhang kann interessieren, wie die deutsche Art der Vergangenheitsbewältigung im Ausland gesehen wird. Kein Zweifel: Kenntnis auch der dunklen Seiten der deutschen Geschichte ist notwendig. Der Verfasser hat in seinen Buchveröffentlichungen unter anderem verwiesen auf den Kommissarbefehl, den Barbarossabefehl, das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, den Genozid an den Juden, Himmlers Posener Rede und anderes. Allerdings hat er auch von Politikern oder Truppen der westlichen Wertegemeinschaft begangene Untaten nicht verschwiegen.

Fraglich ist also nur, wie diese Vergangenheitsbewältigung heute betrieben wird. Schon Goethe und Schiller haben in den *Zahmen Xenien* beklagt: „Daß der Deutsche doch alles zu seinem Äußersten treibet.“ Das berechtigt zu der Frage, ob die Deutschen auch die Vergangenheitsbewältigung „zum Äußersten“, also notfalls bis zur Erfindung neuer Schandtaten treiben. Dabei wird die deutsche Vergangenheitsbewältigung im Ausland oft positiv beurteilt. Diese Zeugnisse werden gern zitiert. Aber es gibt auch andere Stimmen, die freilich selten zitiert werden. Ein Beispiel:

Unter dem Titel *Die russischen Kriegsromane der 1990er Jahre – Eine Frage der nationalen Identität* untersucht Prof. Frank Ellis von der Universität Leeds in der *Salisbury Review* (Ausgabe Herbst 2003), also in einem Blatt des Deutschland und den Deutschen meist abgeneigten britischen konservativen *establishments*, die neue russische Kriegsliteratur. Nicht umsonst ist die Zeitschrift nach Robert Cecil, 3. Marquess of Salisbury benannt, der von den späteren Bismarck-Jahren bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein die englische Außenpolitik als Außenminister oder Premier bestimmte. Ein Amerikaner, Robert Langer, schreibt ihm eine „strong antipathy towards the German people as a whole“, eine starke Abneigung gegen das gesamte deutsche Volk zu.

Robert Langer: *The diplomacy of Imperialism 1890–1902*, New York 1935.

Dieser Hintergrund läßt erwarten, daß die deutsche Vergangenheitsbewältigung und das, was die heutige deutsche politische Klasse gern als „neue deutsche Bescheidenheit“ rühmt, auch in der *Salisbury Review* positiv beurteilt wird. Doch die Erwartung täuscht.

Prof. Ellis verweist einleitend darauf, daß viele Völker Schwierigkeiten mit dunklen Seiten ihrer Geschichte haben (allerdings nicht die Briten, denn die fochten im Zweiten Weltkrieg einen „good war“): „Die gaullistische Propaganda war auf den Mythos gegründet, die Franzosen hätten sich selbst befreit und allgemein der deutschen Besatzung Widerstand geleistet; so versuchte sie die Franzosen, Vichy verschweigend, in einen der Sieger zu verwandeln (...) In Deutschland schufen die edelmütigen und entschlossenen Bemühungen von Politikern der Rechten und der Linken, die Nazi-Vergangenheit zu bewältigen, unglücklicherweise einen psychologischen Terror, der ebenso widerlich ist wie alles, was Goebbels auferlegte. Auf allen Ebenen des Erziehungssystems und der deutschen Medien wird den Deutschen unaufhörlich das Gehirn gewaschen (...) Daß Günther Grass' neue Novelle *Im Krebsgang*, die Deutsche als Opfer schildert, ein Tabu-Brecher wurde, bezeugt die Macht der Deutschland seit 1945 beherrschenden politisch korrekten Orthodoxie. Die Bereitschaft so vieler Deutscher, sich an endloser Selbstgeißelung zu beteiligen, und so zu denken, wie das Establishment bestimmt, ist geistesgeschichtlich ebenso unnormal wie der französische Bombast über Widerstand gegen Nazi-Besatzung und Selbstbefreiung.“

Bemerkenswert ist an diesem Urteil, daß es in einer Zeitschrift und dort in einem Zusammenhang (russische Kriegsromane) erscheint, wo man es wahrlich nicht erwartet. Der Aufsatz in der *Salisbury Review* könnte vielleicht zu dem sonst so beliebten „kritischen Hinterfragen“ sogar bei der heutigen deutschen Vergangenheitsbewältigung und zu einem Urteil über den Qualitätssprung in den Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes veranlassen.

Das würde erfordern, allen Veröffentlichungen des MGFA mit ausgeprägter Skepsis entgegenzutreten. Diese haben sich die Spitzen des Amtes durch Veröffentlichungen zugezogen, für deren Mängel die hier angeführten Fragwürdigkeiten Beispiel sind.

# Das Gesamtdeutsche Institut in seiner Zeit

von Detlef Kühn

Nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 wurden in Deutschland zahlreiche Behörden „abgewickelt.“ Die meisten gehörten zum Apparat der gerade untergegangenen DDR. Einige Ausnahmen gab es allerdings auch in der alten Bundesrepublik. Sie hatten durch den ruhmlosen Abgang der DDR ebenfalls ihre Funktion verloren. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, eine nachgeordnete Behörde aus dem Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts, hatte am 3. Oktober 1990 ihre Ansprechpartner in der DDR eingebüßt. Weitgehend funktionslos war nunmehr auch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das bis 1969 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hieß. Es wurde im Januar 1991 abgeschafft und organisatorisch vom Bundesministerium des Innern übernommen. Seine einzige nachgeordnete Behörde mit dem komplizierten Namen „Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben“ ereilte das Schicksal am 31.12.1991. Seine rund 250 Mitarbeiter in Bonn und Berlin wurden zum großen Teil von der Bundeszentrale für politische Bildung und vom Bundesarchiv, andere auch vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR oder vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und anderen Behörden übernommen.



Schon 1991 und gelegentlich auch später konnte man angesichts von Problemen mit den Folgen der Wiedervereinigung hören, es wäre besser gewesen, das Gesamtdeutsche Institut nicht so schnell aufzulösen, sondern den in ihm versammelten Sachverstand weiter zu nutzen, um das Zusammenwachsen der beiden so lange von einander getrennt gewesenen Teile Deutschlands zu erleichtern. Daß in keiner anderen Behörde der Bundesrepublik Deutschland so viel Wissen über die DDR konzentriert war wie im Gesamtdeutschen Institut, ist ebenso richtig wie selbstverständlich. Fast alle Mitarbeiter, vom Sachbearbeiter bis zum Präsidenten, hatten sich ihr ganzes berufliches Leben lang mit den Verhältnissen in der SBZ/DDR und den Problemen und Folgen der deutschlandpolitischen Entwicklung nach dem Kriege beschäftigt. Dieses Potential ungenutzt zu lassen, wäre in der Tat ein schwerer Fehler gewesen. Dennoch war ich als langjähriger Präsident des Gesamtdeutschen Instituts damals wie heute der Auffassung, daß es falsch gewesen wäre, nach der Wiedervereinigung künstlich nach weiteren Aufgaben zu suchen. Ich befürchtete, meine Behörde hätte dann, ohne die Dinge mangels Kompetenzen konkret beeinflussen zu können, nur als Sündenbock für alle Fehler gedient, die im Einigungsprozeß mehr oder weniger unvermeidlich waren.

An Fehlern hat es in der Tat nicht gefehlt. Viele waren auch auf mangelnden Sachverstand bei den handelnden Politikern und Beamten zurückzuführen, die meistens sogar glaubten, fachliche Beratung nicht nötig zu haben oder bestimmte Lösungen aus rein politischen Gründen, ohne Rücksicht auf die Folgen, favorisieren zu müssen. Im übrigen sind die gravierendsten Fehlentscheidungen bereits 1990 erfolgt, zu einer Zeit, als das Gesamtdeutsche Institut noch intakt, aber im Wiedervereinigungsprozeß mit seinem Sachverstand kaum gefragt war. Daran ändert auch nichts, daß viele Mitarbeiter nach der Auflösung des Gesamtdeutschen Instituts in ihren neuen Behörden auf der Basis ihrer Kenntnisse und Erfahrungen durchaus sachgerecht wirken konnten.

Wenn auch das Gesamtdeutsche Institut als Bundesbehörde nur 22 Jahre existierte, kann es doch nützlich sein, seine Arbeit vor dem Hintergrund der damaligen Deutschlandpolitik und der Veränderungen des Zeitgeistes zu bewerten.

Politisch und organisatorisch ist die Behörde, die im Sommer 1969 ihre Arbeit aufnahm, ein Kind der Großen Koalition der 1960er Jahre. Politisch zuständig war der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, der SPD-Politiker Herbert Wehner. Die organisatorischen Vorbereitungen traten im Laufe des Jahres 1968 in ihre konkrete Phase. Die neue Bundesbehörde mußte nicht aus dem Boden gestampft werden. Es gab zahlreiche, privatrechtlich organisierte Vorgängereinrichtungen, die – aus Bundesmitteln finanziert – nunmehr unter dem Dach einer sogenannten Oberen Bundesbehörde („oberste“ Bundesbehörden sind die Ministerien) zusammengefaßt werden sollten.

Aus der Sicht Wehners hatte das verschiedene Vorteile. Vorgängereinrichtungen wie der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen (UFJ) in Berlin oder der Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands mit seinen Unterorganisationen, darunter das Büro Bonner Berichte, mußte zwar der Bund finanzieren, sie konnten aber trotz dieser finanziellen Abhängigkeit im Tagesgeschäft nur schwer politisch angeleitet werden. Dem politischen Vorteil, daß das Ministerium sich nicht mit jedem Detail der Arbeit seiner Vorfeldorganisationen in der Öffentlichkeit, etwa im Bereich der Propaganda, identifizieren lassen mußte, stand der Nachteil gegenüber, die Personalentscheidungen dort nur mühsam steuern und Einzelweisungen unter Umständen überhaupt nicht durchsetzen zu können. Es war eine taktische Frage, worauf man mehr Wert legte: Auf die Möglichkeit, sich jederzeit von Maßnahmen oder Aktionen der Vorfeldorganisationen distanzieren zu können, wenn dort etwas schief lief, oder die Gewähr zu haben, daß der politische Wille des Ministeriums stets schnell und eins zu eins in Taten umgesetzt wird. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen überwog bis zur Errichtung der Mauer 1961 das erstere Interesse. Danach wurde es aus Sicht des Ministeriums zweckmäßiger, den unmittelbaren Zugriff zu haben. Diese

Gisela Rüß: *Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – innerdeutsche Beziehungen 1949–70*, München 1973.

Frank Hagemann: *Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969*, Frankfurt a.M. 1994.

Überlegung hatte schon Wehners Vorgänger im Amt, der FDP-Vorsitzende Erich Mende, angestellt. Aber erst Wehner war machtbewußt genug, die entscheidenden organisatorischen Weichenstellungen vorzunehmen und damit nicht zuletzt auch das bis dahin bestehende Übergewicht konservativer beziehungsweise der CDU/CSU nahestehender Personen zugunsten einer Personalpolitik zu mildern, die mehr die Interessen der SPD berücksichtigte.

Sicherlich lag die neue organisatorische Struktur auch im Interesse vieler Mitarbeiter bisheriger Zuwendungsempfänger, die jetzt in der neuen Bundesanstalt aufgingen. Wer vom Gesamtdeutschen Institut übernommen wurde, genoß eine größere soziale Sicherheit. Oft verdiente man auch im Geltungsbereich des Bundesangestelltentarifs mehr oder hatte bessere Beförderungschancen.

Unter der Großen Koalition war klar, daß die den Bundeskanzler stellende Union im Bereich der nachgeordneten Behörde des, wie man damals noch kurz sagte, „gesamtdeutschen“ Ministeriums Herbert Wehners das Feld nicht kampflos räumen würde. So wurden alle Führungspositionen im Gesamtdeutschen Institut, Präsident, Vizepräsident und Abteilungsleiter, sowie fast alle Positionen im Bereich der Referatsleiter sorgfältig auf Angehörige von CDU, die auch den ersten Präsidenten Ludwig Rehlinger stellte, und SPD, die den Vizepräsidenten nominierte, verteilt. Dabei blieb es bis Ende 1971.

Rehlinger, ein in der Deutschlandpolitik erfahrener Beamter und Vertrauter des Politikers Rainer Barzel, dem er bereits 1963 – als dieser Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen war – gedient hatte, stand gegen die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, die nach der Bundestagswahl 1969 eingeleitet wurde. Ende 1971, als sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die CDU/CSU durch Übertritte von Abgeordneten der FDP und SPD doch noch zu einer Mehrheit im Bundestag kommen könnte, wollte er dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Barzel helfen, Bundeskanzler zu werden. Er ließ sich als Präsident des Gesamtdeutschen Instituts beurlauben und trat in die Dienste der Unionsfraktion. Die Union hoffte, einen der ihren wieder als Präsidenten etablieren zu können.

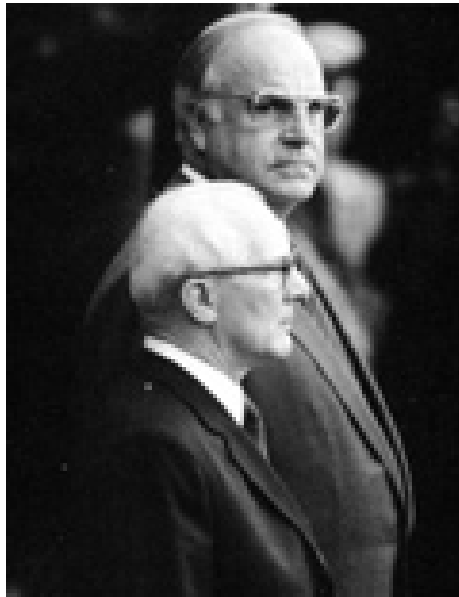
Dazu war aber die SPD, die nunmehr mit Egon Franke den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen stellte, nicht mehr bereit. Am liebsten hätte sie selbst den Präsidenten gestellt, was aber der ursprünglichen Verabredung mit der CDU widersprochen hätte. In diesem Dilemma ergab sich für die nunmehrige Regierungspartei FDP die Chance, eigene Ansprüche anzumelden, was Bundesminister Hans-Dietrich Genscher auch tat. Er favorisierte zunächst Wolfgang Schollwer. Als dieser sich an dem Verwaltungsposten desinteressiert zeigte, benannte Genscher mich. Ein Vorstellungsgespräch bei Bundesminister Franke überzeugte diesen, daß es sich bei mir um einen offensiven Vertreter der neuen Ostpolitik handelte. So wurde ich im März 1972 vom Bundesministerium des Innern, wo ich als Regierungsdirektor tätig war, zum Gesamtdeutschen Institut mit dem Ziele der Versetzung abgeordnet und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten betraut. Einer sofortigen Versetzung und Beförderung zum Präsidenten stand die Tatsache entgegen, daß die Stelle des Präsidenten noch von Rehlinger besetzt war. Für ihn mußte erst eine Leerstelle im Haushalt des Gesamtdeutschen Instituts geschaffen werden, was angesichts des für 1972 noch fehlenden Haushaltsgesetzes nicht sofort möglich war. Erst nachdem Barzels Versuch eines konstruktiven Mißtrauensvotums gescheitert war und die vorgezogenen Bundestagswahlen wieder eine eindeutige Mehrheit für die sozialliberale Koalition gebracht hatten, konnte ich zum Jahresende 1972 auch offiziell das Amt einnehmen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen war im Herbst 1969 bei der Bildung der Bundesregierung der sozialliberalen Koalition in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt worden. Dieser Namenswechsel sollte der Führung der DDR, mit der man bisher keinerlei offizielle Beziehungen unterhielt, signalisieren, daß eine Änderung der Deutschlandpolitik beabsichtigt sei. Dummerweise kam diese Botschaft aber bei der SED-Führung nicht so an wie beabsichtigt. Sie

Arnulf Baring: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982.

Egon Bahr: *Zu meiner Zeit*, München 1996.

wollte zwar unbedingt von der Bundesrepublik „anerkannt“ werden und war daher an offiziellen Beziehungen interessiert. Diese Beziehungen sollten aber völkerrechtlicher Art sein und nicht mehr als bloß „innerdeutsche“ der Vorbereitung der Wiedervereinigung dienen. Insofern hatte die SED, ob aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch der Sowjetunion sei dahingestellt, jetzt, fast zehn Jahre nach der Errichtung der Mauer, einen grundsätzlichen Wandel gegenüber ihrer Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre vorgenommen. Anfangs wollte man noch die Wiedervereinigung, natürlich unter kommunistischen Vorzeichen. Jetzt wollte man vom Westen vor allem bei den Bemühungen um Konsolidierung der DDR ungestört bleiben – besser noch: materiell unterstützt werden.



*Die deutsche Einheit fest im Blick? Honecker und Kohl beim „Staatsbesuch“ des letzteren in Bonn, 1987*

Folgerichtig ging es bei den Verhandlungen der Bundesregierung mit der Regierung der DDR vor allem um die „nationale Frage“. Aus verfassungsrechtlichen Gründen und mit Rücksicht auf viele Wähler konnten und wollten damals alle größeren westdeutschen Parteien auf die Option Wiedervereinigung nicht verzichten. Als der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1971 die Meinungsverschiedenheiten in der „nationalen Frage“ ausdrücklich ausklammerte, ging es nur noch um die Organisation der vom Westen als „innerdeutsch“ betrachteten Beziehungen. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wurde von der DDR-Führung als Ansprechpartner rundweg abgelehnt. Für die westdeutsche Ständige Vertretung in Ost-Berlin bestand man auf dem DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten als Ansprechpartner. Folgerichtig hätte man es auch gern gesehen, wenn die eigene Ständige Vertretung in Bonn mit dem dortigen Auswärtigen Amt hätte verhandeln dürfen. Da das allerdings der Bundesregierung zu weit ging, einigte man sich auf eine organisatorische Unterstellung der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin unter das Bundeskanzleramt in Bonn, das in Zukunft auch als Ansprechpartner für die Ständige Vertretung der DDR fungierte.

*Alexander Gallus: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf 2001.*

Nachdem man sich im politischen Bonn die Zuständigkeiten von eigenen Behörden quasi von der DDR hatte vorschreiben lassen, spielte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in dem Teil der Deutschlandpolitik, für den sein Name stand, nur noch eine Rolle am Rande. Es entsandte zwar Vertreter in alle Delegationen und Kommissionen, die mit der DDR verhandelten, wurde aber von der DDR bis 1989, wo immer möglich, ignoriert. Das galt erst recht für seine nachgeordnete Behörde, das Gesamtdeutsche Institut, das bei gelegentlich unvermeidlichen Begegnungen von offiziellen DDR-Vertretern nur als „das Institut mit dem unaussprechlichen Namen“ apostrophiert wurde. Unter diesen Umständen wäre es 1972 eigentlich konsequent gewesen, wenn man in Bonn das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen abgeschafft und das Gesamtdeutsche Institut dem Bundeskanzleramt oder dem Bundesministerium des Innern unterstellt hätte.

*Der Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht. Dokumentation zum Urteil vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des Grundlagenvertrags mit dem Grundgesetz, Karlsruhe und Heidelberg 1976.*

Da es dazu aber aus innenpolitischen Rücksichten nicht kam, spielte die verbleibende Kompetenz zur Fachaufsicht über die nachgeordnete Behörde im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen eine besonders große Rolle. Zum Teil wurden auch nichtministerielle Aufgaben, etwa im Bereich der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit, im Ministerium erledigt, was zu Inkonsequenzen und Reibungsverlusten führte. Vor allem aber gab es im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

*Detlef Kühn erhält die  
Auszeichnung Mérite Euro-  
péen; im Vordergrund der  
Lobbyist Adolf Kanter,  
IM „Fichtel“*



Gesamtdeutsches Institut  
– Bundesanstalt für gesamt-  
deutsche Aufgaben (Hrsg.):  
*Aus der Tätigkeit des Ge-  
samtdeutschen Instituts  
1969 bis 1991*, Bonn 1991.

Detlef Kühn: *Das Ge-  
samtdeutsche Institut im  
Visier der Staatssicherheit*,  
Schriftenreihe der Landes-  
beauftragten für die Unter-  
lagen des Staatssicherheits-  
dienstes der DDR, Bd 13,  
Berlin 2001.

mehr Referate, die Fachaufsicht über das Gesamtdeutsche Institut ausüben, als dieses selbst Referate hatte. Spötter meinten damals, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bedeute eigentlich „Bundesministerium zur Beobachtung des Gesamtdeutschen Instituts“. Organisatorisch war das natürlich alles Unfug. In der Praxis wirkte es sich aber nicht so verheerend aus, wie es klingt, weil sich einmal mehr eine Weisheit aus der Bundeswehr bewahrheitete, wonach eine doppelte Unterstellung oft besser ist als eine einfache Unabhängigkeit. Im Klartext: Gab es unterschiedliche oder gar widersprüchliche Signale aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, konnten wir im Gesamtdeutschen Institut uns aussuchen, welchen wir folgten. So konnte ich vor allem in der politischen Bildung an den Grundsätzen festhalten, die ich für besonders wichtig erachtete, etwa am Wiedervereinigungsanspruch und an der Notwendigkeit einer operativen Wiedervereinigungspolitik, alles Grundsätze, die in der zweiten Hälfte der siebziger und in den achtziger Jahren immer weniger selbstverständlich wurden.

Als ich meinen Dienst im Gesamtdeutschen Institut antrat, war meine deutschlandpolitische Welt allerdings noch weitgehend in Ordnung. In der Zeit der Großen Koalition hatte ich als Assistent der FDP-Bundestagsfraktion an dem Entwurf eines Generalvertrags zwischen Bundesrepublik und DDR mitgearbeitet, der zwei Jahre später als Vorentwurf für den Grundlagenvertrag diente. Die Grundidee der Neuen Ostpolitik leuchtete mir ein: Man mußte mit jedem reden, der die Verhältnisse im geteilten Deutschland im Guten wie im Bösen beeinflussen konnte. Bis dies zur Lösung der deutschen Frage – worunter ich mir nur die Wiedervereinigung vorstellen konnte – führte, mußte man alles tun, um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West zu stärken und auf diese Weise die Einheit der Nation zu wahren. Den Optimismus, daß Deutschland „unteilbar“ sei, wie es auf Plakaten hieß, teilte ich nicht, aber ich wollte jedenfalls ein weiteres Auseinanderleben der Deutschen verhindern. Deshalb mußten möglichst viele Begegnungen über die Zonengrenze hinweg ermöglicht werden. Auch ich selbst fuhr so oft es ging in die DDR. Jede Reise eines Westdeutschen in die DDR betrachtete ich sozusagen als winzig kleinen Schritt auf dem mühsamen Weg zur Wiedervereinigung. Die größeren Schritte mußten natürlich, so erwartete ich, im Rahmen einer operativen Wiedervereinigungspolitik vor allem gegenüber der Sowjetunion vorbereitet werden. Hier war ich auch im Bereich der Sicherheitspolitik zu Zugeständnissen bereit. Wenn ich bei Vorträgen, in Seminaren und Publikationen diese Überlegungen vortrug, fürchtete ich vor allem den Einwand, ich sei ja wohl ein Neutralist. Mit diesem Totschlagargument konnte man schon seit Adenauer jeden, dem die offizielle Deutschlandpolitik der bloßen Rechtsbewahrung nicht genügte, politisch erledigen.

Entscheidende Hilfe kam in dieser Situation vom Bundesverfassungsgericht, das im Urteil zum Grundlagenvertrag 1973 den wohldurchdach-

ten Leitsatz 4 veröffentlichte, den ich bei allen öffentlichen Äußerungen immer wie einen Schutzschild vor mich hielt: „Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Ziels hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach Außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“

Es dauerte einige Jahre, bis ich erkannte, daß meine Freude über diesen Spruch des höchsten deutschen Gerichts von großen Teilen der politischen Klasse der Bundesrepublik nicht geteilt wurde – bis hinein in das Bundeskanzleramt und das mir vorgesetzte Ministerium. Der Leitsatz 4 wurde weder von der Regierung Schmidt noch von der Regierung Kohl als verbindliche Handlungsanweisung betrachtet oder gar befolgt. Politisches Ziel war stattdessen zum einen „Entspannung“ (nicht als Mittel zum Zweck, sondern als Selbstzweck) und ansonsten „Milderung der Teilungsfolgen“. Im übrigen ertönte in den achtziger Jahren überall in Bonn der Ruf „Wir wollen doch die DDR nicht destabilisieren“, was auch erhebliche finanzielle Maßnahmen zur Stabilisierung der maroden DDR ermöglichte. Das erschien im Interesse des Weltfriedens notwendig. Der Status quo war akzeptabel, nur weil er Realität war.

Jens Hacker: *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Berlin und Frankfurt a.M. 1992.

Unter diesen Umständen politische Bildung im Sinne des Verfassungsauftrags zu betreiben und in der analytischen Arbeit jeder Tendenz zu widerstehen, die Verhältnisse in der DDR schöner darzustellen, als sie waren, war nicht einfach. Ich glaube mit Überzeugung sagen zu dürfen, daß sich die freien und hauptamtlichen Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Instituts dennoch immer an diesem Auftrag orientiert haben. Sie haben einem feindlichen Zeitgeist nach Kräften Widerstand geleistet. In den Augen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR machte dies das Gesamtdeutsche Institut zu einer gefürchteten Feindorganisation. Die Namen der „Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen“ füllen ein dickes Buch von Jens Hacker. Die Namen derjenigen, die in dieser Zeit die Wiedervereinigung als politisches Ziel nicht aus den Augen verloren und die Verhältnisse in der DDR so darstellten, wie jeder, der wollte, sie sehen konnte, benötigen deutlich weniger Platz. Dafür ist dieses Buch aber auch noch nicht geschrieben.

Bis heute ist mir nicht klar, wie es in relativ kurzer Zeit zu dieser einschneidenden Veränderung des Zeitgeistes kommen konnte. Waren die 1968er daran schuld? Waren die Deutschen vor allem im Westen nach der kräftezehrenden Aufbauleistung der Nachkriegszeit so ermattet, daß sie politisch endlich nur noch Ruhe wollten? Dekadenz? Spätfolge der *reeducation* nach dem Krieg? Vielleicht von allem etwas. Rückschauend fällt auf, daß sich diese Ermattung in der Verfolgung nationaler Interessen nicht nur an der bis 1989 fehlenden Wiedervereinigungspolitik erkennen läßt (die Vereinigung wurde schließlich von den Deutschen in der DDR erzwungen und nicht von den Westdeutschen planmäßig herbeigeführt). Das frühzeitige Sich-Abfinden mit der demographischen Katastrophe, sprich: Kinderlosigkeit einschließlich Hunderttausender Abtreibungen, mit den multikulturellen Experimenten durch forcierte Einwanderung, mit dem Aufgehen des deutschen Staates in einem europäischen Bundesstaat, mit der seit Jahrzehnten maßlosen Schuldenpolitik und so weiter deuten in die gleiche Richtung. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die von ihm 1983 angekündigte „geistig-moralische Wende“ in allen Punkten genausowenig verfolgt wie die Wiedervereinigung, als deren „Vater“ er sich heute feiern läßt. Aber das Volk hat diese Wende auch bis 1998 von ihm nicht eingefordert.

So gibt die Betrachtung des Schicksals einer verhältnismäßig kleinen Behörde, die ihre Existenz der Großen Koalition vor fast 40 Jahren verdankte und vor 15 Jahren aufgelöst wurde, weil sie ihre Aufgabe erfüllt hatte, heute, wo wir wieder am Beginn einer wenigstens zahlenmäßig großen Koalition stehen, Anlaß zu immer noch aktuellen Überlegungen.

## Nabelschau

von Karlheinz Weißmann

In der letzten Ausgabe der Zeitschrift *Unsere Agenda*, die von der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung herausgegeben wird, hat Caspar von Schrenck-Notzing eine Bilanz des deutschen Konservatismus in der Nachkriegszeit gezogen (Ausgabe 3/August 2005, zu beziehen gegen eine Spende an die FKBF/Knöbelstraße 36/80538 München). Es ist – kaum überraschend – eine negative Bilanz, bestimmt von Anachronismen, vergeblichen Bemühungen und irreführendem Idealismus. Schrenck-Notzing läßt Revue passieren, was es an Organisationsbemühungen im Hinblick auf Parteien (die Deutsche Partei noch mit relativem, alle späteren mit sehr viel geringerem Erfolg) und Institutionen (Abendländische Akademie, Studienzentrum Weikersheim etc.) gab, um sich dann den Versuchen geistiger Sammlung (um verschiedene Zeitschriften wie das von Schrenck-Notzing selbst herausgegebene *Criticón*, aber auch *Neues Abendland*, *Konservativ heute* und andere) zuzuwenden. Auch diese Anläufe sind zu einem großen Teil längst vergessen, domestiziert oder umgegründet, was Schrenck-Notzing aber nicht resignieren läßt. Er weist auf eine neue Generation von Konservativen hin, für die die Wochenzeitung *Junge Freiheit* repräsentativ ist und fordert ein eher pragmatisches Vorgehen, das es bei insgesamt veränderter politischer Lage erlauben könnte, das konservative Element wieder ins Spiel zu bringen. Bis dahin muß man sich vorbereiten und die Frage nach den Ursachen des Scheiterns stellen.

Der widmet sich auch der Sammelband der von der Förderstiftung getragenen Schriftenreihe *Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus* (Bd 6, hrsg. von Frank-Lothar Kroll, Berlin: Duncker & Humblot 2005, kt., 347 S., 78.00€), der unter dem Titel *Die kupierte Alternative* erschienen ist. Das „Kupieren“ bedeutet gemeinhin ein Wirkungslosmachen, und in der Tat befassen sich die meisten Beiträge mit dem

Schicksal von konservativen Einzelnen (Hans B. von Sothen in einem vorzüglichen Beitrag über Hans Zehrer, Hans-Christof Kraus über Friedrich Sieburg, Michael Henkel über Eric Voegelin, Klaus Hornung über Hans Rothfels und der in der Tendenz etwas irritierende Aufsatz von Susanne Peters über William S. Schlamm) oder Gruppen (Soldaten, Beamte, Vertriebene), die in der Anfangszeit der Bundesrepublik einen gewissen Einfluß ausüben konnten, aber seit den sechziger Jahren allmählich entmachtet wurden. Bei deren Beurteilung werde, so der Generaltenor dieser Aufsätze, häufig übersehen, daß es gerade die konservativen Kräfte waren, die einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung des Landes in der Nachkriegszeit geleistet haben. Auch Clemens Albrecht führt in seinem einleitenden Beitrag aus, daß es im wesentlichen Konservativen zu verdanken gewesen sei, daß die barbarischen Affekte der Revolte von '68 in der Bundesrepublik nur begrenzte Wirkung entfalten konnten.

Vielleicht muß man diese Wirkung im Rückblick aber kritisch sehen. Was mit diesem Vorbehalt gemeint ist, sei an dem Aufsatz von Ulrich Zellenberg deutlich gemacht, der die „Apologie des demokratischen Verfassungsstaats bei Ernst-Wolfgang Böckenförde, Josef Isensee, Herbert Krüger und Helmut Quaritsch“ behandelt. Es geht also um jene Gruppe von Staatsrechtlern, die seit 1962 die Zeitschrift *Der Staat* herausgab und schon mit deren Titel eine dezidiert etatistische Linie zum Ausdruck brachte. In ihrer Mehrzahl waren die genannten – eine Ausnahme bildet Herbert Krüger – durch die Theorien Carl Schmitts geprägt, sie alle sahen die Staatlichkeit durch Modernisierung und Liberalisierung in Gefahr, glaubten aber an die Möglichkeit, der Bundesrepublik jene Korsettstangen einziehen zu können, die nötig sein würden, um deren Bestand auf Dauer zu gewährleisten. Ihr Credo bringt Zellenberg treffend auf die For-

mel: „Innere Souveränität, Einseitigkeit der Entscheidungen und Unwiderstehlichkeit kraft des Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit, Rechtsgehorsam und Friedenspflicht, Nichtidentifikation und staatsfreies Ethos, repräsentative Demokratie bei relativer sozialer Homogenität auf der Grundlage nationaler Überzeugungen eines durch die Staatsangehörigkeit bestimmten Volkes“. Daß ein solches Bekenntnis noch 1962 in hohem Maße konsensfähig war (und nicht einmal, wie der Fall des Sozialdemokraten Bökkenförde zeigt, mit einer Option für das bürgerliche Lager einhergehen mußte), ist unbestritten; daß es heute kaum noch eine Rolle spielt, ebenso wenig. Was man in dem sehr informativen Beitrag von Zellenberg vermißt, ist eine deutlichere Bezugnahme auf diesen wichtigen Aspekt. Denn der Einsatz der Konservativen für den westdeutschen Staat erfuhr nicht nur keinen Dank, sondern trug sogar zur Marginalisierung ihrer eige-

benenander aller möglicher Personen, Publikationen und Aktionen. Diese methodische Schwäche ist auch in dem von Winckler geschriebenen Buch *Die demokratische Rechte* (Europäisches Forum, Bd 14, Frankfurt a.M.: Peter Lang 2005, kt., 187 S., 39.00 €) festzustellen, das sehr viel umfangreicher dieselbe Fragestellung wie der erwähnte Aufsatz behandelt. Man bedauert, daß angesichts des mit Fleiß zusammengetragenen Materials die Durchdringung nicht gelingen will und insofern ein unbefriedigender Gesamteindruck entsteht.

Das Problem einer adäquaten Behandlung erklärt sich natürlich auch aus der mangelnden Distanz zum Gegenstand. Eine Schwierigkeit, die noch deutlicher wird, wenn nicht nur historische Nähe eine Rolle spielt, sondern auch eine Parteinahme, die die politische Konfrontation erzwingt. Umso bemerkenswerter erscheint deshalb die Nüchternheit, mit der Dieter Stein, der Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, in einem Band der Reihe „Edition JF“ (*Phantom „Neue Rechte“*. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Mißbrauch durch den Verfassungsschutz, Berlin: Junge Freiheit 2005, kart., 188 S., 10.90 €) zu der Frage Stellung nimmt, was es eigentlich mit dem Begriff „Neue Rechte“ auf sich hat. Stein argumentiert dahingehend, daß dieser Terminus im Grunde eine „Erfindung“ des politischen Gegners sei, der die Einheitlichkeit verschiedener, zum Teil auch antagonistischer Strömungen außerhalb des dominierenden linken Lagers behauptete, um den Feind besser bekämpfen und durchaus verfassungskonforme Strömungen als verfassungsfeindlich brandmarken zu können. Die Stärke dieser von Stein im einzelnen gut begründeten Position liegt im Nachweis des manipulativen Umgangs mit der Bezeichnung „Neue Rechte“ durch die Medien einerseits, durch gewisse Verfassungsschutzbehörden andererseits. Ihre Schwäche liegt in der Abweisung jedes heuristischen Wertes, was wiederum dazu führt, daß die eigene politisch-weltanschauliche Stellung gar nicht oder nur unter Rückgriff auf ältere Konzepte benannt werden kann.

Man sollte dem aber kein allzu großes Gewicht beimessen, denn tatsächlich sind andere als terminologische Fragen entscheidend. Und wenn Stein im Schlußteil seines Buches darauf hinweist, daß es der kommenden Generation obliege, „eine neue deutsche Position im 21. Jahrhundert“ zu definieren, dann wird man dem die Bereitschaft entnehmen dürfen, die konkrete Herausforderung anzunehmen, den Feind zu bestimmen und sich erst dann dem Problem zuzuwenden, das Ernst Jünger vor längerem aufgezeigt hat: „Die Schwierigkeit, ein neues, glaubwürdiges Wort für ‚konservativ‘ zu finden, liegt tiefer als im Etymologischen. Ein solches Wort wird nicht erfunden, sondern geboren, und dadurch zwingend, daß es den Glanz alter und neuer Wahrheit in sich vereint.“



Auch eine Neue Rechte,  
FDP-Plakat von 1948



Schlieffenplan, politisch,  
Rede des DP-Vorsitzenden

nen Position bei. Psychologisch bemerkenswert – vielleicht auch typisch konservativ – ist, daß trotzdem niemand daran dachte, die Loyalität aufzukündigen.

Ein Grund für die Unbedingtheit, mit der viele Konservative die politische Ordnung der Bundesrepublik deckten, lag in der kommunistischen Bedrohung. Weshalb auch geklärt werden muß, welche Folgen der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks für dieses Meinungslager hatte. Dem Problem geht vor allem der Beitrag von Stefan Winckler über „Konservative Intelligenz im vereinigten Deutschland“ nach. Dabei konzentriert sich Winckler in erster Linie auf jene „demokratische Rechte“, die nach 1989 unter Führung von Rainer Zitelmann, Heimo Schwillk und Ulrich Schacht den Versuch unternahm, die kulturelle Hegemonie der Linken anzugreifen. Winckler stellt die Protagonisten vor und schildert die einzelnen Projekte – wie die Herausgabe von Sammelbänden und diverse öffentliche Auftritte – bis zum Zusammenbruch der Initiative 1995. Was an seiner Darstellung trotz der Detailliertheit stört, ist das Fehlen der Mikroebene, etwa im Hinblick auf die Einflußkämpfe in der *Welt*, und das unverbundene Ne-

## Gerechter oder Heiliger Krieg?

von Wiggo Mann

Am 19. November 2005 feierte die *Tagesschau* anlässlich des 60. Jahrestags des Nürnberger Prozesses dieses Tribunal als eine „Geburtsstunde des modernen Völkerrechts“. Jedem nicht Gleichgeschalteten mochte dämmern, daß da massenhaft Opium fürs Volk verabreicht werden sollte, denn die Einschätzung jenes Großereignisses geht in Fachkreisen mittlerweile deutlich andere Wege. Klarstes Anzeichen für die Kurskorrektur ist vielleicht, daß sogar bundesdeutsche Liberale der „mittleren“ Jahrgänge, sofern sie als Kritiker der Bush-Administration auftreten, kaum noch ohne Berufung auf Carl Schmitt auszukommen vermögen, diesem zuvorderst von Habermas im Zuge der Spurenverwischung eines frühen und intensiven Einflusses in geistige Sippenhaft genommenen Denker.

Die Aufweichung jener vormals rigiden Abschottung gilt nicht zuletzt für Iring Fetschers einstigen Assistenten und engsten Mitarbeiter Herfried Münkler, inzwischen auch als Medienexperte für „Die neuen Kriege“ gefragt, sowie für den Münchner Ordinarius der Politologie Peter Cornelius Mayer-Tasch, der die Promotion von Jan-Andres Schulze betreut hat (*Der Irak-Krieg 2003 im Lichte der Wiederkehr des gerechten Krieges*, Berlin: Duncker & Humblot 2005). Im selben Verlag erschien jüngst auch eine Art Bibel des Bellizismus: *Frieden oder Pazifismus? Carl Schmitts Schriften zum Völkerrecht und zur internationalen Politik 1924–1978*, eine stupende editorische Leistung Günter Maschkes. Außerdem brachte der Verlag die von Schmitt inspirierte Dissertation des Düsseldorfer Anwalts Björn Clemens heraus: *Der Begriff des Angriffskrieges und die Funktion seiner Strafbarkeit*.

Beginnen wir mit Schulzes materialreicher Rekonstruktion: Seine Fragestellung, ob der ge-

rechte Krieg zurückgekehrt sei, findet mit Blick auf den Irak eine das Bedenkliche noch steigernde Antwort: Weniger der gerechte Krieg kehre mit seiner Proportionalität der Mittel und einer Begrenzung der Feindseligkeiten zurück als vielmehr der, durch Säkularisierung verschärfte, Heilige Krieg. Es waren selbsternannte Kreuzritter, Verteidiger des wahren Glaubens, ermächtigt durch päpstlich und kaiserlich vermittelte göttliche Autorität, die mobil machten gegen von ihnen als solche identifizierte Heiden und Häretiker. Es liegt in der immanenten Logik des Heiligen Krieges, keinen Interessenausgleich anstreben zu können, sondern nur Unterwerfung oder Ausrottung. Obwohl also im historischen Fall der Kreuzzüge die eine Seite angab, das Recht für sich gepachtet zu haben und damit die Gegenseite ganz und gar ins Unrecht setzte, war jener Krieg doch kein totaler, eben weil er sich auf dem Hintergrund des Feudalismus abspielte, der seiner Natur nach nicht weltumspannend sein konnte, wie es Kapitalismus und, zumindest tendenziell, Sozialismus sind und sein müssen.

Für die heutige Situation bedeutet dies: Die Hegung des Krieges, inklusive größtmöglicher Schonung von Nicht-Kombattanten, wäre im 20. und 21. Jahrhundert lediglich dann gewährleistet, wenn sämtliche kämpfenden Parteien schiere Machtpolitik eingestünden und keine hehren Ziele vorschützten. Einseitige Schuldzuweisungen durch die alliierten Sieger in den Pariser Vorortverträgen; drohende Abtrennung der Rheinlande vom Reich; Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen: das waren die konkreten Situationen 1918–1923, die Schmitts Vertrauen in eine als gerecht proklamierte überstaatliche Ordnung erschütterten und ihn die Freund/Feind-Konstellation als Wesen des Politischen fixieren lie-



ßen. Schmitts Ablehnung des Systems von Weimar – Genf – Versailles beruht auf einer simplen Frage: Alle anderen sind Egoisten – warum dürfen es ausgerechnet die Deutschen nicht sein? Den Völkerbund begriff Schmitt als schönen, aber gefährlichen Traum, weil er die Illusion von einem ewigen Frieden nährte. Ewigen Frieden durch ewigen Krieg lautet die unweigerliche Konsequenz des diskriminierenden Kriegsbegriffs, um den Schmitts jetzt zugängliche Aufsätze kreisen.

Genau hier insistiert Björn Clemens in seiner Untersuchung über den Begriff des Angriffskriegs: Der diskriminierende Kriegsbegriff, gängige Rechtfertigungsfigur des Angreifers, sei zwingend ein bipolarer. Denn wenn ich jemanden als Aggressor brandmarke, erhebe ich im Gegenzug mich selber automatisch zum *defensor pacis*, zum Verteidiger des Friedens, und exkulpriere mich damit. Es ist ein manichäistisches Weltbild, das nur schwarz und weiß kennt, gut und böse; der Täter darin kann nicht zugleich auch Opfer sein. Paradoxerweise huldigen damit die Liberalen genau jener Politischen Theologie, die sie den Konservativen unentwegt unter die Nase reiben.

Unschwer zu erkennen ist also, daß Schulze und Clemens mit ihren Arbeiten Begriffe deklinieren und Überlegungen aktualisieren, die Carl Schmitt bereits ausgebreitet hat. „Angesichts heutiger imperialistischer Versuche, unter dem Deckmantel der Forderung nach einer ‚Weltdemokratie‘ ökonomische Expansion, geostrategische Kontrolle und Strafkrieg zu verbinden und so dem Erdball den Ausnahmezustand aufzuzwingen, sind Schmitts damalige Überlegungen von bestürzender Aktualität“: So formuliert es Günter Maschke im Klappentext zu Schmitts völkerrechtlichen Schriften und gibt damit beiden Wissenschaftlern das Motto.

Weniger offensichtlich oder naheliegend, jedoch in seiner völker- und staatsrechtlichen Dimension wiederum leicht mit Schmitt interpretierbar ist der heftige Streit um den Atlantiküberquerer Charles Lindbergh zwischen den Schriftstellern Philip Roth und Gore Vidal. Er beschäftigte monatelang die Gazetten auch in Deutschland. Der Streit – als ein solcher zwischen Isolationisten (Vidal) und Interventionisten (Roth) – führt uns mitten hinein in die Problematik sogenannter „humanitärer Auslandseinsätze“. Wenn sich nämlich jemand untadelig, als Amerikaner ohne Wenn und Aber verhalten hat, dann sicherlich der legendäre Atlantiküberquerer, indem er seine schwedischen Wurzeln einfach ignorierte und sich eben nicht nach der Einstellung des Landes seiner Ahnen zum Dritten Reich richtete, sondern darüber nachgrübelte, was für den gemeinen Mann in Amerika das Beste sei. Seine Antwort lautete: Neutralität.

Zentral ging es im Streit zwischen Roth und Vidal um die Frage der Loyalität zum eigenen Land. Die Begriffsverwirrung rührt daher,

daß Juden mit Israelis weitgehend gleichgesetzt werden, wodurch Kritiker des Zionismus per se dem Antisemitismusvorwurf ausgesetzt sind. Israeli zu sein, ist aber eine Frage der Staatsangehörigkeit, Jude zu sein, eine der mütterlichen Abstammung, der Blutsbande, und nicht, wie jetzt scheinheilig behauptet wird, des Bekenntnisses; mithin ein objektives Kriterium und kein subjektives, das man zur Not ablegen kann. Diese Unterscheidung ist deshalb wichtig, weil die USA, im Gegensatz zu Deutschland, ihrem Selbstverständnis nach seit jeher ein Einwanderungsland gewesen sind, das von seinen Neuzugängen Assimilation und damit eindeutige Loyalität erwartete. Jeder war grundsätzlich willkommen, sofern er sich bereit zeigte, seine jeweilige deutsche, irische, italienische Herkunft zu verleugnen oder sie doch zumindest als bloße Privatangelegenheit – im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft – zu handhaben und seine Nachbarn nicht damit zu behelligen.

Konsequenterweise haben die USA deshalb bis hin zur Epoche des Kalten Krieges eine Doppelstaatsbürgerschaft vehement abgelehnt, und die seither zur Regel gewordene einzige Ausnahme – allein Israelis dürfen zusätzlich einen amerikanischen Paß besitzen – wird von „Verfassungspatrioten“ wie Gore Vidal publizistisch scharf verurteilt. Anders ausgedrückt: Illoyal gegenüber seinem Heimatland verhält sich umgekehrt Lindbergh-Verächter Roth, weil ihn (jüdischer Abstammung) im Nachhinein die Judenfeindschaft der Nazis beunruhigt, obwohl er doch Amerikaner ist. Nach amerikanischem Verständnis ist Roths Kummer zunächst einmal seine persönliche Angelegenheit, keinesfalls jedoch war es der Kummer Amerikas. Er wurde es schließlich doch noch, weil Franklin D. Roosevelts *New Deal* innenpolitisch gescheitert war, und er außenpolitisch die Aufrüstung brauchte, denn der Krieg ist, in Abwandlung Heraklits, immer noch der Vater aller marktwirtschaftlichen Dinge. Die moralische Bemäntelung dabei als Vorwand zu durchschauen, fällt nach so langem zeitlichen Abstand naturgemäß leichter als im Eifer des Gefechts, doch sollte man sich schon aus intellektueller Redlichkeit nicht so billig trösten und um den harten theoretischen Kern der Zwigigkeiten herumdrücken. Wenn sich eine, durch freie Wahlen noch dazu pluralistisch legitimierte, Regierung aus welchen Erwägungen, Wahnvorstellungen heraus auch immer dafür entschied, auf ihrem Territorium etwa alle Juden oder alle Rothhaarigen zu verfolgen, dann war ein solcher Dezisionismus bis 1945 durch die jeweilige nationale Souveränität – verstanden als prinzipielle Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten – vollauf gedeckt. Die seitdem implizit geltende, nach 1989 dann, mit dem Übrigbleiben einer einzigen globalen Supermacht, auch so apostrophierte „begrenzte Souveränität“ ist eine *contradictio in adiecto*, ein hölzernes Eisen.

## Tabubruch und Zukunftsszenario

von Andreas Vonderach

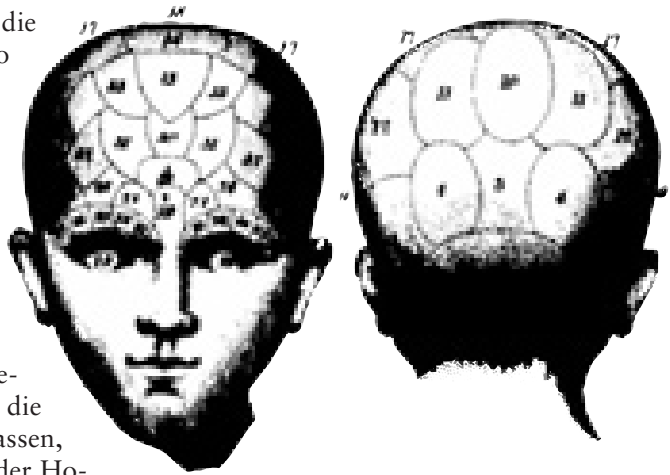
Anthropologie ist wieder in Mode. Lange Zeit aus der Öffentlichkeit verbannt, hat sich das Thema der Unterschiede zwischen den Völkern und Kulturen wieder einen festen Platz in den Wissenschaftsspalten der Zeitungen erobert. Dieser neuen Aufmerksamkeit tragen zwei vor wenigen Monaten erschienene Übersetzungen aus dem Amerikanischen Rechnung.

Der Ares Verlag in Graz hat das Buch *Rasse, Evolution und Verhalten* des kanadischen Psychologen J. Philippe Rushton herausgebracht (Graz und Stuttgart, geb, 416 S., 34,90€). Von allen etablierten Wissenschaftlern, die sich mit Rassenunterschieden beschäftigen, gilt Rushton als der anstößigste. In seiner „Theorie der genetischen Ähnlichkeit“ weitete er das aus der Soziobiologie bekannte Konzept der genetisch begründeten Verwandtenbevorzugung auch auf ethnische Gruppen aus. Das heißt nicht weniger, als daß die Bevorzugung der eigenen Gruppe und die Ablehnung fremder Rassen (auch) eine genetische Wurzel hat. Unmittelbar aus den soziobiologischen Prämissen abgeleitet, trifft diese Theorie unter Biologen inzwischen zunehmend auf Akzeptanz. Noch weitaus brisanter ist Rushtons bereits 1984 formulierte „differentielle K-Theorie“. Danach wird das aus der Tier-Soziobiologie stammende Konzept unterschiedlicher Reproduktionsstrategien, der r- und der K-Strategie, auf den Menschen angewandt. Die r-Strategie besteht darin, möglichst viele Nachkommen zu zeugen, in deren Aufzucht aber nur wenig zu investieren. Arten, die die r-Strategie verfolgen, haben eine rasche Individualentwicklung, eine kürzere Lebensspanne, sind früh sexuell aktiv und weniger intelligent. Bei der entgegengesetzten K-Strategie geht es darum, nur wenige Nachkommen zu zeugen, aber viel in deren Aufzucht zu investieren. Zoologen haben graduelle

Unterschiede hinsichtlich des r/K-Kontinuums auch bei unterschiedlichen Varietäten (Rassen) von Arten gefunden. Der Mensch ist ein extremer Vertreter der K-Strategie. Nach Rushton bestehen auch zwischen den Haupttrassen des Menschen tendenzielle Unterschiede. So werden Negride verhältnismäßig früh geschlechtsreif, bekommen kleinere Babys, die sich als Kinder schneller entwickeln, sind extravertierter, sexuell aktiver, haben mehr Testosteron und größere Genitalien. Auf der anderen Seite stehen die Mongoliden (Asiaten), die weniger sexualisiert sind, kleinere Genitalien und weniger Testosteron haben, introvertierter sind und den höchsten durchschnittlichen IQ aufweisen. Die Europiden nehmen eine Mittelstellung zwischen Negriden und Mongoliden ein. Die IQ-Unterschiede zwischen den Rassen werden von Rushton somit als im Zuge von unterschiedlichen Reproduktionsstrategien evolviert angesehen. Die stärkere K-Prägung der Europäer und Ostasiaten sei als Anpassung an das eiszeitliche Klima Nordeuropas nach der Auswanderung aus Afrika entstanden.

Kein Wunder, daß Rushtons Theorie weithin mit Empörung aufgenommen wurde und er zum „Professor of hate“ avancierte. Die in der wissenschaftlichen Diskussion gegen die differentielle K-Theorie vorgebrachten Einwände konnten zwar die ihr zugrunde liegenden Fakten und auch die Logik ihrer Argumentation nicht widerlegen, wohl aber ihre Reichweite in Frage stellen. So sind die von Rushton angeführten Heritabilitäts- und Korrelationskoeffizienten oft nicht sehr hoch. Und wenn auch die Erblichkeit der Intelligenz gesichert ist, so ist es doch beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht möglich zu sagen, wie stark jeweils die Gene oder die Umwelt zu den Populationsunterschieden beitragen. Gleichzeitig ist die Variabilität in-

nerhalb von Bevölkerungen größer als die Unterschiede zwischen ihnen. Und so sicher das Sexualverhalten eine genetische Grundlage hat, so sicher ist auch seine starke Prägung durch kulturelle Einflüsse. Letztlich geht es Rushtons Theorie wie den meisten auf den Menschen angewandten Theorien der Soziobiologie: Sie hat ihre Plausibilität, ist aber kaum beweisbar. Wer im Zusammenhang gesellschaftlicher Fragen auch genetische Sachverhalte berücksichtigen will, ist besser beraten, die differentielle K-Theorie beiseite zu lassen, will er nicht in die Lage kommen, mit der Höhengröße argumentieren zu müssen.



*Versuch, die Intelligenz dingfest zu machen; Schema der Hirnregionen, 19. Jahrhundert*

Das andere Buch stammt von dem amerikanischen Geographen und Genetiker Jared Diamond. Der hat bereits mit seinem Buch *Arm und Reich* auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wie eine kausale und nicht bloß deskriptive Universalgeschichte aussehen kann. In seinem neuen Buch *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen* (Frankfurt a. M.: S. Fischer, 703 S., geb, 22.90€) geht er der Frage nach, welche Ursachen zum Zusammenbruch von Gesellschaften führen und warum es anderen Gesellschaften gelingt zu überleben. Seine Methode ist die vergleichende. In mehreren Kapiteln beschreibt er den Werdegang einzelner Kulturen. Er nennt fünf Faktoren, die für das Überleben von Kulturen ausschlaggebend sind: Umweltschäden, Klimaveränderungen, feindliche Nachbarn und friedliche Handelskontakte zu Nachbarvölkern. Der fünfte Faktor schließlich ist die Fähigkeit der Gesellschaft, auf Veränderungen bei diesen Faktoren zu reagieren. In einprägsamer Weise schildert Diamond, wie zum Beispiel die Osterinsulaner ihre Lebensgrundlage durch die Entwaldung ihrer Insel selbst ruinierten. Auch die Wikinger auf Grönland waren nicht in der Lage, auf die Verschlechterung des Klimas zu reagieren und von der ökologisch angepassten Lebensweise der Inuit (Eskimo) zu lernen. Sie bezahlten das Festhalten an ihrer Lebensweise als europäische Getreide- und Rinderbauern mit dem Untergang. Den Beispielen für gescheiterte Gesellschaften stellt Diamond positive Beispiele entgegen. So erkannten die Bewohner der Südseeinsel Tikopia die zerstörerische Wirkung des aus ihrer ursprünglichen Heimat mitgebrachten Schweins und retteten mit seiner Abschaffung die Lebensgrundlage ihrer Insel. Auf ähnliche Weise gelang es im Japan der Tokugawa-Zeit, die Entwaldung und das Bevölkerungswachstum zu stoppen. Dort entwickelte man eine nachhaltige Forstwirtschaft.

Was aber befähigt Gesellschaften dazu, sich zu einer nachhaltigen, die eigenen Lebensgrundlagen schonenden Wirtschaftsweise durchzurufen, und was läßt sie an dieser Aufgabe scheitern? Diamond sieht den entscheidenden Faktor in der Fähigkeit von Gesellschaften, zentrale

Werte zu überdenken und sich nötigenfalls von nicht mehr funktionalen Werten zu trennen. Fatal wird es zudem, wenn Oberschichten sich von der Gesamtgesellschaft abschotten und nur noch ihre eigenen Interessen verfolgen. Damit erkaufen sie sich nur das Privileg, als letzte zu hungern und zu sterben. Diamond beschränkt sich nicht auf historische Beispiele. Zum Beispiel erklärt er plausibel, wie der Völkermord von Ruanda mit dem dortigen Bevölkerungswachstum zusammenhängt. Er sieht in dem Ausmaß der ökologischen Belastung und des Bevölkerungsdruks die besten Vorhersagekriterien für den Zusammenbruch von Gesellschaften, Bürgerkriege und Völkermord. Heute besteht erstmals die Gefahr eines weltweiten Zusammenbruchs. Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung sind „Zeitbomben, deren Zünder auf weniger als 50 Jahre eingestellt sind“. Selbst wenn die größten Katastrophen auf die Entwicklungsländer begrenzt bleiben sollten, erwarten den Westen doch ein Rückgang seines Lebensstandards, chronischer Terrorismus, Kriege und Krankheitsepidemien.

Jared Diamond hat zweifellos ein wichtiges Buch geschrieben. An der Schlüssigkeit seiner Argumentation kann meines Erachtens kein Zweifel bestehen. Auch dürfte das von ihm entworfene Zukunftsszenario kaum zu pessimistisch sein. Eine gewisse politische Korrektheit ist dennoch nicht zu verkennen. So unterschätzt Diamond die Gefahren, die sich aus den geringen Geburtenraten der Industrieländer und der gleichzeitigen Masseneinwanderung ergeben, völlig. Und zu den von ihm als günstige Bedingungen nachhaltigen Wirtschaftens genannten Faktoren gehören auch zwei, die er dann in seinem Resümee nicht mehr hervorhebt. Das sind die Kontinuität einer Gesellschaft – man muß damit rechnen können, daß einst die Kinder die Früchte der eigenen Arbeit ernten dürfen – und ihre ethnische und kulturelle Homogenität. Beides sind Faktoren, die unter den Bedingungen der Globalisierung zunehmend verlorengehen.

## Frankreich: Republikanische Nation oder multikulturelle Gesellschaft?

von Daniel L. Schikora

Das Jahr 2005 hat nicht nur – auch mit Blick auf das hundertjährige Jubiläum des am 9. Dezember 1905 verabschiedeten Gesetzes zur Trennung von Staat und Kirchen – die Frage nach der Verbindlichkeit des Verfassungsprinzips der *laïcité* erneut in das Blickfeld einer breiteren französischen Öffentlichkeit gerückt. Vielmehr wurden unter dem Eindruck der gewalttätigen Ausschreitungen muslimischer junger Männer in den *banlieues* auch zwei andere Prinzipien zur Disposition gestellt, die den französischen Nationalstaat als ein ethnische Grenzen sprengendes politisches Gemeinwesen erscheinen lassen konnten: zum einen die staatsbürgerliche Integration von Einwanderern durch das sog. „doppelte *ius soli*“, zum anderen die Nichtaner-

kennung jedweder ethnischen oder kulturellen Identität(en) von Immigranten (und weitgehend auch von Angehörigen autochthoner Minoritäten) im öffentlichen Raum.

Das für das republikanische Integrationskonzept „à la française“ signifikante doppelte *ius soli* wurde bereits 1851 – in der Phase der Zweiten Republik – als einbürgerungspolitisches Instrumentarium eingeführt. Seine ursprüngliche Zielsetzung: die Rekrutierung von Ausländerkindern für das französische Militär, läßt freilich erkennen, wie wenig die Durchsetzung eines „supra-ethnischen“ französischen Staatsangehörigkeitsrechtes von Beginn an als Ausdruck eines republikanischen Universalismus der Menschen- und Bürgerrechte gelten konnte. Insofern ist es nicht ganz verwunderlich, wenn das staatsbürgerrechtliche „Territorialprinzip“ nicht in dem Maße als sakrosankt betrachtet wird, wie die *laïcité* und deren gesetzliche Verankerung. So pflegen auch Politiker der „bürgerlichen Rechten“, die für sich reklamieren, den republikanischen Charakter Frankreichs gegenüber dem *Front National* konsequent zu verteidigen, geltende Regelungen des *ius soli* gelegentlich der öffentlichen Kritik zu unterziehen. Wenn beispielsweise Frankreichs Innenminister Nicolas Sarkozy jüngst durch die Forderung hervortrat, die „automatische Bindung zwischen Heirat und Aufenthaltsgenehmigung“ müsse abgeschafft werden, so stellt er dadurch zwar nicht unmittelbar den Kern des Territorialprinzips in Frage; allerdings rekurriert er offen auf eine – „republikanischer“ Legendenbildung zum Trotz – auch unter Franzosen weitverbreitete Vorstellung der Nation als einer politischen und ethnisch-kulturellen Entität.

Dieser mangelnden Rezeption universalistischer Ideale hatte der Gesetzgeber bereits in



Beur – Black – Jaune, die Ursprünge des französischen Multikulturalismus im Kolonialzeitalter, Plakat der französischen Kolonialverwaltung, fünfziger Jahre

der ersten Hälfte der 1990er Jahre Rechnung getragen. Zwar sollte die Reform des *code de la nationalité* im Jahre 1993, die das Territorialprinzip modifizierte, das formelle Festhalten an einem universalistischen Begriff der (Staatsbürger-)Nation herausstreichen: Personen, die – als Kinder im Ausland geborener Ausländer – bis dahin im Alter von achtzehn Jahren automatisch naturalisiert worden waren, wenn sie in Frankreich geboren worden waren und dort seit mindestens fünf Jahren lebten, sollten nun zwischen ihrem sechszehnten und zwanzigsten Lebensjahr durch eine Willenserklärung ihre Absicht dokumentieren, Franzosen zu werden. Gerade die Beschränkung dieser Regelung, die sich vorgeblich auf das Verständnis der Nation als einer freien Assoziation mündiger Individuen gründet, auf Kinder von Nichtfranzosen ließ jedoch die Absicht aufscheinen, durch eine Reduzierung der Zahl der Einbürgerungen die Entwicklung Frankreichs in Richtung auf eine multiethnische Gesellschaft zu bremsen. So wurde ausgerechnet unter Berufung auf das Postulat eines „täglichen Plebiszits“, mithin des von Ernest Renan 1882 dargelegten französisch-republikanischen Alternativkonzepts zum ethnisch fundierten Nationalismus, ein gewisser Ethnozentrismus im französischen Staatsangehörigkeitsrecht wiederbelebt – analog zu der gegenwärtigen Forderung mancher Verfechter einer *laïcité plurielle* – einer demokratisch-pluralistischen „Öffnung“ der laizistischen Republik –, im Namen des laizistischen Toleranz-Gebots das in dem Trennungsgesetz von 1905 verankerte Verbot jeglicher Subventionierung von „Kulten“ aufzuheben, um dem „französischen Islam“ eine gleichberechtigte „zivilgesellschaftliche“ Existenz zu sichern.

In diesem Sinne weist auch der UMP-Matador Sarkozy, der das multikulturalistische Integrationsideal eines „Mosaiks“ der republikanischen „Schmelztiegel“-Konzeption der supra-ethnischen Homogenisierung vorzieht, in *La République, les religions, l'espérance. Entretiens avec Thibaud Collin et Philippe Verdin* (Paris 2004) auf eine gesellschaftlich-politische Benachteiligung der etwa fünf Millionen Muslime hin; diese rekrutierten sich primär aus Einwanderergesellschaften, deren Elitebildung noch nicht abgeschlossen sei. Wenn Sarkozy daraus folgert, daß der laizistischen Republik die Pflicht obliege, einen Islam „à la française“ regierungspolitisch zu protegieren, so steht diese Maxime in Widerspruch zu Artikel 2 des Trennungsgesetzes sowie in einem diametralen Gegensatz zu der *laïcité de combat*, die ihren historischen Ursprung in dem Postulat einer Ausschaltung religiöser Einmischung in das politische Leben der Republik hat.

Doch nicht nur der „geschlossene“ Laizismus, sondern das republikanisch-„jakobinische“ Integrationsmodell Frankreichs in seiner Gesamtheit wird vornehmlich seitens der „multikulturalistischen“ Linken in scharfer Form at-

tackiert und als spätestens mit dem „Ende der Industriegesellschaft“ historisch obsolet eingestuft. Dagegen betrachten die französischen „Neorepublikaner“ – unter ihnen solch unterschiedliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie Alain Finkielkraut, Max Gallo, Emmanuel Todd, Pierre-André Taguieff, Régis Debray oder Jean-Pierre Chevènement – das französische Integrationsmodell gleichsam als einen Idealtypus europäischer, respektive „westlicher“ Verfassungsgeschichte, als eine historisch gelungene Vollendung emanzipatorischer Entwicklungen, die die *Etat-Nation* Frankreich mit anderen Staatsbürgergemeinschaften (nicht nur) des „Westens“ teile: Auch deren neuzeitliche Konstitutionalisierung ist geprägt von der tendenziellen und potentiellen Emanzipation des Begriffs der Nation als einer Assoziation freier und gleicher Rechtsgenossen von der – tribalistischen, ständischen oder religiösen/konfessionellen – Einbettung der Rechte und Pflichten des individuellen Einzelnen in „holistische“ Gemeinschaftsstrukturen.

Der republikanisch-jakobinische Universalismus hingegen nimmt seinerseits für die aus der Überwindung der ethnisch-kulturellen Pluralität des *Ancien Régime* hervorgehende französische Nationalkultur in Anspruch, in verdichteter Form universale zivilisatorische Werte und Prinzipien zum Ausdruck zu bringen. Folglich wird der radikale Multikulturalismus, der zugunsten eines Rechtes der einzelnen (ethno-)kulturellen Gruppierungen auf (kollektive) Selbstverwaltung sogar auf zentralstaatlicher Ebene gesetzte Grundwerte und -normen problematisiert, schroff abgelehnt; Begrifflichkeiten wie „Komunitarismus“ und „Multikulturalismus“ werden weithin mit einem (angelsächsischen) Integrationsmodell assoziiert, das dem französisch-republikanischen diametral entgegengesetzt sei und dessen Verwirklichung einer „Balkanisierung“ Vorschub leisten würde.

Dabei wird die französische Nation auch von „neorepublikanischer“ Seite nicht als eine ausschließlich auf verfassungspatriotische Überzeugungen aller Bürger gestützte politische Gemeinschaft definiert. Einer der eloquentesten Parteigänger eines Festhaltens am republikanischen Integrationsmodell, der französisch-jüdische Philosoph Alain Finkielkraut, verortete in einem am 17. November 2005 veröffentlichten Interview mit *Haaretz* die jugendlichen „Unruhestifter“ arabischer oder schwarzafrikanischer Herkunft, deren Gewalttaten sich auch gegen Kindergärten und Schulen richteten, als Beteiligte an einem „anti-republikanischen Pogrom“, nicht ohne die ethno-religiösen Bruchlinien innerhalb der gegenwärtigen französischen Gesellschaft herauszustellen: Die Ausschreitungen seien „gegen Frankreich als frühere Kolonialmacht gerichtet, gegen Frankreich als europäisches Land, gegen Frankreich und seine christliche oder judäochristliche Tradition.“

## Emanzipationsfalle

von Ellen Kositzka

Daß die „demographische Krise“ derzeit in aller Munde ist, hat man nicht allein der Evidenz der Faktenlage zu verdanken. Die Diskussion um Bevölkerungsrückgang, Überalterung und Fertilitätsquoten hat hierzulande einen Patron: Herwig Birg, bis 2004 Leiter des Instituts für Bevölkerungsforschung der Universität Bielefeld, betätigte sich über Jahrzehnte als nimmermüder Ausrufer eines drohenden demographischen Kollaps, lange auf recht einsamem Feld. Vor wenigen Jahren erst, vor allem, nachdem ökonomische Mißstände – Stichworte: Rentenkassen, Gesundheitssystem – drängender wurden, hielten jene fragilen Bevölkerungspyramiden graphisch Einzug auf den Titelseiten der Leitmedien und wurde die deutsche „1,3-Kinder-Frau“ zum Schlagwort. Seither ist Birg zum kompetenten Bevölkerungspapst avanciert. Zu spät, darf man sagen, denn mit seinen eigenen Worten ist es für die Bundesrepublik „bereits dreißig Minuten nach Zwölf“. Die Eltern nämlich, die heute Kinder zur Welt bringen müßten, sind nie geboren worden. Diese Vakanz einer „ausgefallenen Generation“ trägt sein neues Buch im Titel (*Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*. München: C.H. Beck 2005). Birgs an Zahlen, Statistiken und Schaubildern reiche Schrift, prägnant und mehr im anspruchsvollen Stil eines Fachbuchs denn in dem eines populär aufbereiteten Sachbuchs gehalten, läßt hinsichtlich von Zustandsbeschreibung und Prognose kaum eine Frage offen. Woher die Zeugungsmüdigkeit rührt und was dagegen unternommen werden sollte, kann Birg nur ansatzweise beantworten: Seinen Forderungen nach Ganztagschulen und Erhöhung finanzieller Leistungen für Familien – dies im Einklang mit sämtlichen Parteiprogrammen ausgespro-

chen – wird bereits seit Jahrzehnten sukzessive nachgekommen, ohne daß sich die Geburtenrate oder auch nur die Kinderwunschzahl junger Eltern wenigstens stabilisieren würde. Interessanter klingt Birgs Vorschlag für ein Elternbeziehungsweise Familienwahlrecht sowie die Idee, Müttern bei Stellenbesetzungen Priorität vor Kinderlosen einzuräumen – warum, fragt man sich, nicht adäquat – und gerade! – auch Vätern?

Die möglichen Ursachen von Gebärverweigerung und das unpopulärer werdende Leben mit Kindern haben längst einen festen Platz in Kommentarspalten und selbst im beiläufigen Straßengespräch gefunden. Die Motivsuche geht gewöhnlich nach außen und läßt mitunter an das Bild der Gebetsmühle denken: Kinderfeindlichkeit, Familienarmut, insgesamt schlechte Bedingungen sind jene so vielzitierten wie diffusen Gemeinplätze, auf die man die eigene Unlust am Kind leicht abwälzen kann. Umso interessanter ist die Innensicht jener „Emanzipationsfalle“, für die die 38jährige *Zeit*-Redakteurin Susanne Gaschke weit tiefer schürft als es sämtliche Klischees von Krippenmangel und Vereinbarkeitwunsch leisten können (*Die Emanzipationsfalle. Erfolgreich, einsam, kinderlos*. München: C. Bertelsmann 2005). Der Bevölkerungsschwund, so Gaschkes unerhörte These, gehe auch auf das Konto der deutschen Frauenbewegung. Jene emanzipatorische Umwälzung vor 35 Jahren habe mit all ihren Freiheiten und der Eröffnung einer multioptionalen Lebensführung für Frauen dieselben eben auch unter einen gesellschaftlichen und ökonomischen Druck gesetzt, der die Entscheidung für ein Kind zu einer komplizierten Kopfgeburt werden lasse. Gaschkes Buch über Vor- und Nachteil eines

selbstermächtigten „Biografiedesigns“, über die allüberall vorherrschende Singleästhetik, über die Abschreckungswirkung unerzogener Kinder, über Nutzen und Nachteil heute gängiger Sexuaufklärung (die allein eine Anleitung zur Kontrazeption bietet), über das „abschichtende erstmal-Prinzip“ der Akademiker und damit der Elite und Avantgarde (erstmal: „Grundstudium, erst mal Zwischenprüfung, erst mal Studienortwechsel, erst mal Examen, erst mal beruflich Fuß fassen, erst mal in der Altbauwohnung die Dielen abziehen, erst mal den richtigen Partner finden. Und, zwischendurch permanent: erst mal Spaß haben“), über das „unordentliche Milieu der Niedrigqualifizierten“ (Überschrift: „Wo Nachwuchs als natürlich gilt“) und über die ökonomistische Wende der Familienpolitik bietet eine erlesene Fundgrube kaum bedachter und haarscharf formulierter Beobachtungen.

Ein möglicherweise gewichtiger Punkt bleibt sowohl bei Birgs umfassender Darstellung des Gebärstreiks und seiner Folgen als auch bei der tiefgreifenden Analyse möglicher Gründe durch Gaschke unerwähnt: Zahl und Bedeutung der durch Abtreibung nicht geborenen Kinder. Rund acht Millionen ungeborene Kinder – vulgo: „Schwangerschaftsgewebe“ – seien seit 1974, dem Jahr der Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 in den Mülleimern von Abtreibungskliniken und Arztpraxen gelandet, rechnet Manfred Spieker vor (*Der verleugnete Rechtsstaat. Anmerkungen zur Kultur des Todes in Europa*. Paderborn: Schöningh 2005). Die Diskrepanz jener Zahl, die Abtreibungsgegner von einem „Babycaust“ sprechen läßt, zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen – rund 130.000 Abtreibungen jährlich – kann Spieker, Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück, gründlich belegen. Beispielsweise werden deutlich mehr als die gemeldeten Fälle von den Krankenkassen abgerechnet, über zehn Prozent abtreibungswilliger deutscher Frauen lassen den Eingriff im Ausland vornehmen, auch „Mehringsreduktionen“ nach künstlicher Befruchtung werden von der amtlichen Statistik nicht erfaßt. Selbst das dem Bundesamt für Statistik angegliederte Institut für Bevölkerungsfor- schung nimmt an, daß nur etwa „60 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche durch die Statistik gezählt werden“. Spieker geht nun davon aus, daß bei einer Nichtfreigabe der Abtreibung die vor 1974 angenommene Zahl von 100.000 Abbrüchen jährlich bis heute etwa fortzuschreiben wäre. Demnach hätte Deutschland heute über 5 Millionen Einwohner – und damit wiederum potentielle Mütter und Väter – mehr. Nun ist es ein weiter Schritt von Spiekers Rechnung zu Alice Schwarzers Diktum, daß abtreibungswillige Frauen in jedem Fall – also auch gegen das Gesetz – abtreiben würden. Ob sie es um jeden Preis täten? Rund 90 Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche nach „Beratungsschein“ (also



Wie alles anfing – Plakat zum Jahr der Frau, 1975

ohne die seltenere kriminologische oder eugenische Indikation) werden von den Sozialministerien der Bundesländer bezahlt. Interessant ist hierbei, daß jene Zahl zwischen den einzelnen Bundesländern deutlich variiert: Bayern zahlt „nur“ gut 60 Prozent der Abbrüche, NRW demgegenüber 95 Prozent. „Insgesamt geben die Bundesländer“, so rechnet Spieker vor, „jährlich rund 42 Millionen Euro für die Tötung ungeborener Kinder aus.“ Besonders prekär erscheint, daß zur Berechnung einer Kostenübernahme allein das Einkommen der Frau angerechnet wird, das des Mannes aber unberücksichtigt bleibt. Zusätzlich wird die bei der normalen Sozialhilfe geltende Einkommensgrenze um 30 Prozent höher angesetzt. Spieker: „Sozialhilfe zwecks Tötung eines Kindes ist also wesentlich leichter zu beziehen als Sozialhilfe zwecks Geburt und Erziehung eines Kindes.“

Wer ist nun berufen, aus all jenen demographischen, familienpolitischen wie allgemein gesellschaftlichen Mißständen eine Kehrtwende zu fabrizieren, die zur Beilegung des hartnäckigen Gebärstreiks führt? Bundesfamilienministerin von der Leyen hält das Ruder in der Hand. Daß sie gegen den Strom nicht ansteuern wird, zeichnet sich in vielen Bereichen ab. Wer trotz sieben Kindern der beruflichen Vollzeit-Karriere den Vorzug gibt, dürfte selbstredend für eine Ökonomisierung des familiären Bereiches sprechen. Jüngst erklärte sie gegenüber dem *Rheinischen Merkur*, daß sie den geltenden § 218 nicht anzutasten gedenke. Immerhin dies aber hätte man von einer in jeder Hinsicht *Multi-Mutter* und Christin erwarten dürfen.

## Der Freiheit auf der Spur

von Erik Lehnert

Die Neuzeit begann, als Kopernikus nach der Entdeckung der Neuen Welt und der Reformation seine Wiederentdeckung des heliozentrischen Weltbildes veröffentlichte. Seitdem, so Nietzsche, rollt der Mensch „aus dem Zentrum ins x“. Seit Darwin muß der Mensch zudem damit leben, nicht mehr Gottes Ebenbild zu sein. Die weltanschauliche Konsequenz zog der Naturalismus, indem er den Menschen als ein triebgesteuertes und den materiellen Existenzbedingungen unterworfenen Wesen definierte. In der Natur sah er die allumfassende Wirklichkeit, leugnete die Eigenständigkeit alles Geistigen und reduzierte es zu einer Äußerung der natürlichen Entwicklung. Er betrachtete die Welt und den Menschen gleichsam von unten. Darwins nüchterne Einsicht wurde in Deutschland von Ernst Haeckel zum weltanschaulichen Monismus ausgebaut. Das Bewußtsein, der Geist oder auch die Seele des Menschen galten ihm als Naturerscheinungen, bereits die Materie müsse über Bewußtsein verfügen. Anders sei dessen Vorhandensein beim Menschen nicht zu erklären. Der Unterschied zwischen Mensch, Tier und Materie war nur noch ein gradueller, nicht mehr ein absoluter. Die Tatsache, daß wir sprechen können und über Kultur und Geschichte verfügen, ließ sich notfalls auf die höhere Organisation von Materie zurückführen.

Obwohl gegen diese Art der Betrachtung insbesondere von Konservativen immer wieder Einspruch erhoben wurde, ist sie als naturwissenschaftlicher Positivismus bestimmend geblieben. Die methodischen Einwände der Geisteswissenschaften verhallen ungehört. Aber vielleicht deutet sich auf diesem Feld ein Paradigmenwechsel an, der gerade von der eben gescholtenen Naturwissenschaft ausgehen könnte. So liegt mit Gerald Hüthers Buch *Bedienungsanleitung für*

*ein menschliches Gehirn* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, kart., 139 S., 15.90€) ein Buch eines Neurophysiologen bereits in fünfter Auflage vor, das vor den reduktionistischen Verirrungen warnt, „immer gerade das, was wir besonders gut zerlegen können, als besonders wichtig für die Funktionsweise des Gehirns“ zu halten. Sein ganzheitlicher Ansatz ist getragen von der, vom Nobelpreisträger Eric Kandel vor einigen Jahren entdeckten, Eigenschaft des Gehirns, auch noch im Erwachsenenalter strukturell formbar zu sein (Plastizität). Das bedeutet, daß sich Erfahrungen ins Nervensystem buchstäblich einschreiben. Hüther fordert daher, nicht mehr zu fragen, wie das Gehirn aufgebaut ist, sondern wie wir es nutzen sollten, um den menschlichen Möglichkeiten gerecht zu werden. Wir sind also, gerade was das Gehirn und damit unsere Persönlichkeit betrifft, für uns selbst verantwortlich. Bis wir in dieses Stadium der „selbständigen Handlungsfreiheit“ eintreten, müssen wir uns eine „Bedürfnisorientierung und Interessenarchitektur“ (Gehlen) erarbeiten. Hierbei spielt die Führung durch die erzieherische Arbeit der Eltern eine wesentliche Rolle. Die Vermeidung der massenhaft zu beobachtenden Haltlosigkeit und Dumpfheit ist in ihre Hände gelegt. Das kann nur gelingen, wenn die Erziehung zu einer Freiheit stattfindet, die um ihre menschlichen Grenzen weiß und gleichzeitig die Offenheit für die Welt, aber auch etwas ihr Transzendentes bewahrt.

Wenn dem so ist, kommt unserer Lebensgeschichte, den Linien und Brüchen unseres Daseins, für unsere Freiheit eine besondere Bedeutung zu. Da Tiere weder wissen, daß sie ein Gehirn haben, noch wie sie es formen können, ist ein Unterschied genannt, den Hans J. Markowitsch und Harald Welzer in ihrem Buch *Das*

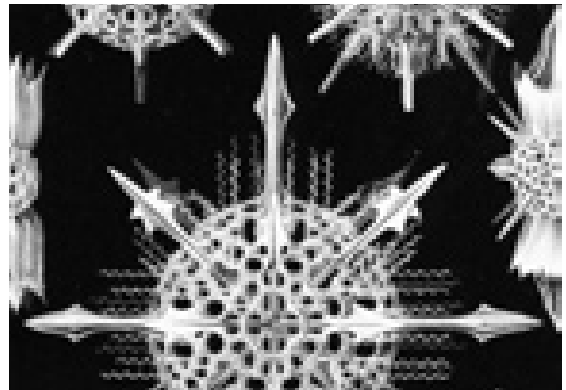


*autobiographische Gedächtnis. Hirnorganische Grundlagen und biosoziale Entwicklung* (Stuttgart: Klett-Cotta 2005, geb, 301 S., 29.50€) sogar als den einzigen Unterschied zwischen Tier und Mensch bezeichnen. Daß Schimpansen und Menschen, die über einen fast identischen genetischen Code verfügen, dennoch völlig verschieden sind, liegt am autobiographischen Gedächtnis, über das Tiere bereits aufgrund ihrer hirnphysiologischen Voraussetzungen nicht verfügen können, was im Band ausführlich dargestellt wird. Nur beim Menschen bilden sich lebenslang neue Neuronen und Verschaltungen, die nicht nur seine Erfahrungen dokumentieren, sondern Orientierungen für zukünftiges und intentionales Handeln bieten. Der Mensch kann dadurch die Welt planmäßig erschließen, zeitlich und alternativ (frei) Handeln, und er kann, was die kulturelle Tradition der Gattung bestimmt, Gedächtnisinhalte externalisieren. Damit falle, so die Autoren, die Natur des Menschen mit seiner Kulturgeschichte zusammen. Daß das menschliche Gehirn auf Potentialität angelegt sei, ist genetisch bedingt, darauf aufbauend kommt es zu individuellen Ausprägungen, zu einer autobiographisch bedingten Einzigartigkeit. Das autobiographische Gedächtnis sei ein subtiles Zusammenspiel von biologischen, psychologischen, sozialen und kulturellen Prozessen, die alle voneinander abhängig sind. Damit, so die Autoren, sei der Leib-Seele-Dualismus, die Frage, wie ein freies Wesen ein Naturprodukt sein kann, gleichsam erledigt. Nicht mehr Descartes' Zirbeldrüse vermittelt zwischen Leib und Seele, sondern das Gehirn, genauer das autobiographische Gedächtnis, der Ort der Erfahrung.

Den Parallelismus besiegt zu haben, behauptet auch ein anderes Buch, das ebenfalls als interdisziplinäre Arbeit zwischen Geistes- und Naturwissenschaften vermitteln will. François Ansermet und Pierre Magistretti zeigen sich in ihrem Buch *Die Individualität des Gehirns. Neurobiologie und Psychoanalyse* (Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2005, geb, 284 S., 22.80€) ebenfalls von der Entdeckung der Plastizität des Gehirns inspiriert: „Die Erfahrung hinterläßt eine Spur.“ Diese Spur bleibe bestehen, könne aber verknüpft und umgestaltet werden. Plastizität macht die Erinnerung flexibel und bringt potentiell Unbestimmbarkeit mit sich. Es soll eine „Brücke“ zwischen der psychischen und synaptischen Spur im Gehirn gebaut werden, eine „Biologie des Unbewußten“ ist das Ziel. Dieses Vorhaben ist nichts Neues. Der Neuro-Psychoanalytiker Marc Solms vereint schon seit Jahren die Gebiete der Hirnforschung und Psychoanalyse, gibt eine Zeitschrift zum Thema heraus und versucht zu zeigen, was sich von Freuds Annahmen halten läßt. Viel bleibt ihm zufolge nicht von der klassischen Psychoanalyse: Triebe bestimmen unser Leben und die frühe Kindheit ist bedeutsam. Die lustigen, spektakulären Sachen sind erledigt: Penisneid, Über-Ich,

Todestrieb, Entwicklungsphasen des Kleinkindes und so fort. Die Autoren des vorliegenden Bandes meinen, Freuds Theorie, daß die unbewußte innere Wirklichkeit auch ein körperliches Phänomen sei, mit Hilfe der Plastizität bewiesen zu haben. Damit soll gleichzeitig der Gegensatz zwischen seelischer und organischer „Ätiologie der Geisteskrankheiten“ aufgehoben sein. Um so die Leib-Seele-Einheit, die wir ja ständig an uns selbst wahrnehmen, zu beweisen, genügt es freilich nicht, zwei Reduktionismen, die Hirnphysiologie und die Psychoanalyse, zur Überschneidung zu bringen. Die Frage nach einer „Biologie des Unbewußten“ läßt sich nicht beantworten, weil sie von methodisch nicht geklärten Voraussetzungen Freuds ausgeht.

Die genannten Bemühungen lassen eines erkennen: Nicht jeder interdisziplinäre Ansatz hält, was er verspricht. Insbesondere besteht die Gefahr, daß mehr behauptet wird, als sich beweisen läßt und man damit einen neuen positivistischen Monismus konstruiert. Dagegen die methodische Redlichkeit einzufordern, ist Aufgabe der Geisteswissenschaften. Der an ihre



*Kein Unterschied zwischen Natur und Kunst – Strahllinge – Radiolarien nach einer Zeichnung von Ernst Haeckel*

Adresse gerichtete Vorwurf der Nutzlosigkeit, verbunden mit der Aufforderung, sich die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse anzueignen, um mitreden zu können, ist eine Reduktion, die auf ihren Urheber zurückfällt: Ohne Kenntnis der Geistesgeschichte hängt Wissen in der Luft, ohne methodisch geklärte Argumentation ist es nicht vermittelbar und ohne Kenntnis seiner Grenzen erkennen wir uns und die Welt darin nicht wieder. Das aber wäre die Voraussetzung dafür, daß wir den neuen Erkenntnissen und Interpretationen etwas für unser Leben abgewinnen können. Die Frage nach einer authentischen konservativen Lebensführung und damit Erziehung muß in der Hoffnung gestellt werden, eine möglichst konkrete Antwort zu erhalten. Die erwähnten Bücher rufen immerhin die vielleicht wichtigste Eigenschaft des Menschen in Erinnerung: daß er sich „ergreifen“ lassen muß, um sich zu entwickeln. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, daß er sein Leben zu führen hat und von daher ein Wesen ist, das seine Freiheit wollen muß.

## Aseptische Revolten – Über die neuen Romane von Matthias Politycki und Uwe Tellkamp

von Götz Kubitschek

„Wer in seinem Herzen Demokrat ist, der muß nun schleunigst undemokratisch denken, nicht von der Mitte, sondern vom Rand der Gesellschaft her, der muß Minderheiten zurück an die Macht bringen, zum Wohle dessen, was dann vielleicht sogar mal wieder in eine echte Demokratie übergehen könnte. Mittlerweile sind wir nämlich auch im größer gewordenen Deutschland fällig ... für eine neue gesellschaftliche Revolution. Diesmal allerdings für eine elitäre, jenseits des alten Lagerdenkens und angezettelt nicht etwa bloß von einer *task force* im Beckenbauer-Format, sondern im Sinne von Platons Konzept einer Herrschaft der Besten.“

Derjenige, der hier ausführlich und nicht ohne Pathos aus rechter Sicht zu Wort kam, heißt Matthias Politycki. Er ist freier Schriftsteller, 1955 geboren, und lebt in Hamburg und München (weil kaum ein freier Schriftsteller in nur einer einzigen Stadt lebt). Im Oktober erschien Polityckis Roman *Herr der Hörner*, und man vermeint während und nach der Lektüre dieses dicken Buchs zu verstehen, warum sein Autor nach einer Revitalisierung unseres lahmen Kulturkreises lechzt.

*Herr der Hörner* spielt auf Kuba, Hauptfigur ist ein Durchschnittsdeutscher, der während eines Urlaubs in Santiago de Cuba im Schweiß einer Salsa-Tänzerin ein lebendigeres Leben wittert als jenes, welches er dann tatsächlich ein halbes Jahr später abbricht, um die Tänzerin wiederzusehen. Während er jagt, ist er selbst längst Wild, ausersehen als Opfer in einem der geheimbündischen Kulte des schwarzen Teils Kubas.

Es fällt auf: Polityckis Kuba ist nicht das Land der letzten kommunistischen Utopie, auch nicht der Fleck, auf dem sich die edlen Wilden auf die Füße treten. Es ist ein hartes, schnelles

Land, oft unerträglich für den, der aus Deutschland kommend dort zu leben versucht wie jene, die ihr ganzes Leben lang so leben müssen. Und trotzdem wird Kuba zur Sucht: vital, abrupt, geheimnisvoll, nicht ausgeleuchtet, gierig, voller Kampf ums nackte Dasein, nicht ums angezogene Mehr-Sein.

Seit einiger Zeit steckt Politycki in diesem Sinne voller Kuba, wenn er gesellschaftskritische Beiträge in der Presse veröffentlicht. Das lange Eingangszitat stammt aus einem Artikel mit dem vitalen Titel *Jungs, nehmt den Finger aus dem Arsch, es gibt Arbeit*, der im Juli 2004 unter leicht gekürzter Überschrift im *Tagesspiegel* erschien. Es geht darin um einen psychisch Kranken und physisch Ausgelaugten: „Deutschland wird zur Zeit in allen Disziplinen gedemütigt, als Insasse Deutschlands lebt man halbgeduckt voran, mit der Gewißheit, daß es selbst nach der nächsten Wahl nicht besser werden wird.“

Ein anderer Beitrag, der Essay *Weißer Mann – was nun?*, erschien vor wenigen Monaten in der *Zeit* (36/2005). Eine Kostprobe? „Die Brutalität des vitalen Lebens, keinerlei Rücksicht auf die moralischen und ästhetischen Standards eines Alten Europäers nehmend, diese ungebremste Wildheit des Willens, die sich nicht selten in schierer Gewaltanwendung Bahn brach – durfte ich sie als Mangel an Kultur verachten? ... Mitunter war ich so restlos beschämt von dieser Eruption physischer Macht, daß ich mir einzureden suchte, in meiner weißen Haut die epochale Erschöpfung der gesamten Alten Welt zu spüren.“ Dies ist hautnah aus Kuba berichtet und in einem jener Gehirne voller Gebrochenheit reflektiert, das von einem deutschen, einem zur Wehrlosigkeit erzogenen Körper auf schmalem Halse balanciert wird.

Beide Zitate – jenes über das notwendig Un-demokratische und dieses über die Brachialität – lassen sich leicht zusammensetzen: Der Westen und Deutschland benötigen, um ihre moralischen und ästhetischen Normen zu retten, etwas von der Vitalität zurück, die in Ländern wie Kuba erlebbar ist, die sich jedoch als unerträglich für jeden erweist, der im Westen, in Deutschland seine Heimat hat. Politycki möchte das Gebilde, in dem er so leben kann und darf, wie er lebt, wiederbelebt sehen, dosiert aggressiv im weltweiten Kampf, der längst ein Kampf im Innern geworden ist. Und es scheint ihm dieser Kampf nicht die Zeit für kurze Legislaturperioden zu sein, auch nicht die Zeit für das unendliche Geschwätz der auf den Pöbel schielenden Medien- und Erregungsdemokratie.

Meint es Matthias Politycki aber wirklich so ernst, wie er es zuweilen sagt? Wenn er in einem Interview sagt, daß wir (wir!) im Grunde „ein runderneuertes Wertesystem, eine runderneuerte Moral und einen vollkommen neuen Glauben“ bräuchten, dann können wir (wir!) sicher sein: Die in Kuba erlernte Brachialität – unbedingt notwendig für die geforderte Runderneuerung – wäre in moralisch-ästhetischer Hinsicht nichts für ihn, käme sie in Deutschland zur Entfaltung. Runderneuerungen aber sind nie aseptisch, und wer über die Umkehrung der Verhältnisse nachdenkt, sollte die Drecksarbeit im Blick behalten. Sein Kuba-Ausflug nun hat ja trotz aller Härte-Wahrnehmungen etwas von der großen Flucht an sich, die Intellektuelle allenthalben antreten, wenn ihnen in Deutschland etwas nicht mehr paßt. Polityckis Fluchtversuch führte wenigstens nicht in die Toskana. Und außerdem ist er zurückgekehrt, um zu erzählen, was er in der Fremde gesehen und gelernt hat. Über sich? Über uns? Über den „Weißen Mann“? Das ist nicht so wichtig. Wichtig ist die Art und Weise, wie da einer geht und wiederkehrt. Denn wenn Politycki ginge, um heimzufinden, wäre das viel.

So sind also seine intellektuellen Töne willkommen, und in einem dritten Text heißt es über die Aufgabe der Autorschaft heute, sie sollte dem Gebot eines „relevanten Realismus“ folgen. Auf diese Forderung nach einer relevanten gesellschaftspolitischen Beteiligung der schreibenden Zunft, die Politycki gemeinsam mit drei Kollegen wiederum in der *Zeit* (26/2005) stellte, antwortete unter anderem Uwe Tellkamp: Die Aufgabe des Schriftstellers sei es, gute Bücher zu schreiben. Alles andere sei irrelevant.

Tellkamp (Jahrgang 1968) sprach so, weil er einige Monate zuvor – im März 2005 – seinen ersten Roman, *Der Eisvogel*, vorgelegt hatte und von Teilen der Kritik ob dessen politischer Relevanz in der Luft zerrissen wurde: „Verstörend“ und „umstritten“ waren beliebte Vokabeln für das, was Tellkamp in einer Mischung aus Faszination und Ekel angesichts einer Veränderung der Verhältnisse aus rechtem (hier: neurechtem) Geist niedergeschrieben hatte.

Der Inhalt ist rasch erzählt: Wiggo Ritter, ein junger Mann mit abgeschlossenem Philosophiestudium, sucht angesichts der geistigen Sackgasse Deutschland zunächst intellektuelle, dann politische Alternativen im rechten Lager. Er ist hochintelligent, von Hause aus reich, schlagfertig, elitär und kompromißlos. Er trifft auf Mauritz Kaltmeister, einen elitären Faschisten seines Alters, der als politischer Aktivist eines finanziell potenten Kreises aus Industriellen, Großbürgern und Adligen an der politischen „Wiedergeburt“ Deutschlands arbeitet. Begleitet wird Mauritz stets von seiner Schwester Manuela, und beide zusammen sind in etwa das genaue Gegenteil dessen, was gemeinhin als „rechte Szene“ in Deutschland verkauft wird: gebildet, diszipliniert, sportlich, sensibel, gepflegt, unbestechlich, einsam, leidend.

Und kalt: Vor allem Mauritz Kaltmeister ist von schneidender Kälte, wenn er im Verlauf des Romans die Einzelteile einer rechten Gesellschaftskritik referiert und seine Schlüsse daraus zieht: Rettung werde nur ein Terror bringen, der den Staat erschüttere und ihn an seine Aufgabe gemahne, seine Staatlichkeit durchzusetzen. Terror mit Selbstopfer ist also der Schlußpunkt des Denkens aus dem Geiste der Konservativen Revolution, und daß am Ende der großbürgerliche Unterstützerkreis dem einsamen Attentäter in den Rücken fällt, gehört zwingend mit dazu.

Wünscht sich Tellkamp einen Mauritz Kaltmeister? Für einen Autor ist das irrelevant, er hat ja „erfunden“. Näher läge ihm wohl Wiggo Ritter, der in den entscheidenden Momenten stets die ethische Notbremse zieht. Aber insgesamt ist Tellkamp so fasziniert von seinen Romanfiguren, daß er sie wechselweise von allem abgrenzt, was ihn eckelt. Dies wird nirgends deutlicher als dort, wo Mauritz ein Skinhead-Grüppchen samt Kampfhund in der U-Bahn mittels aseptischer, fernöstlicher Schlagkunst erledigt: Plumpe Nazis will der Faschist nicht, wenns um die Wiedergeburt geht. Auch in der Konfrontation von Geldgebern und Tätern sind die Sympathien klar verteilt: Der Industriemagnat, der Staatssekretär, der Bischof, die Gräfin – alle altkonservativen Gruppen sind vertreten und haben allenfalls die Aufgabe, den jungen Soldaten den Nachschub an die Front zu karren. Daß der Etappe selbst dies nicht gelingt, gehört zu den tiefen Einsichten, die Tellkamp in ein Milieu gewann, mit dem er zumindest Berührung gehabt haben muß: Zu authentisch sind seine Schilderungen.

Zwei Schriftsteller also schauen hinein in den Raum, aus dem allein noch eine Regeneration der Verhältnisse kommen kann. Tellkamps Figuren werden deutlicher als Politycki in seinen Essays. Das eine aber ist Kunst, das andere ein öffentliches Nachgrübeln im politischen Deutschland. Seltsam, daß sich keiner diesen Politycki zur Brust nimmt!

## Deutsche „Weltalternative“

Armin Mohler/Karlheinz Weißmann: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*. 6., völlig überarb. u. erw. Auflage, Graz: Ares Verlag 2005. geb., 643 S., ca. 100 Abbildungen, 49,90 €

Armin Mohlers Standardwerk über die Konservative Revolution aus dem Jahre 1950, das seither fünf Auflagen erlebte, ist mittlerweile selbst historisch geworden. Bei der nun im Ares Verlag erschienenen sechsten Auflage handelt es sich um eine vollständige Neubearbeitung des Klassikers durch Karlheinz Weißmann, dem Mohler vor seinem Tod diese seit längerem anstehende Aufgabe übergeben hatte. Das Ergebnis ist beeindruckend. Während der bio-bibliographische Teil des Handbuchs ergänzt und aktualisiert wurde, ist der Textteil vollständig ersetzt und auf den neuesten Stand der Forschung gebracht. Wer eine der älteren Ausgaben kennt, wird sehr schnell merken, daß dies ganz im Geiste Mohlers geschehen ist: eine Fortführung seines Werkes im besten Sinne des Wortes also.

Die Neufassung besticht vor allem durch die sehr viel ausführlichere Darstellung der fünf Hauptströmungen („Gruppen“) der KR und ihre schlüssige Einbettung in den historischen Gesamtzusammenhang. Hervorzuheben ist dabei insbesondere die Darstellung der vielfältigen personellen Verflechtungen der wichtigsten Protagonisten des Jungkonservatismus und ihrer Bezüge zum rechten Parteienspektrum der Weimarer Republik, die sich dem Leser zuvor zum Teil nur mühsam erschlossen, nun aber bereits im Einführungsteil in ihren Grundzügen aufgedeckt sind. Zu einem beson-

deren Leserlebnis wird das Buch durch die im Vorwort und den einleitenden Kapiteln formulierte geistesgeschichtliche Einordnung der KR, deren Wurzeln sich bekanntlich bis zur „Deutschen Bewegung“ zurückverfolgen lassen. Insofern sie in vielem also auf spezifisch deutschen Entwicklungen – vor allem der besonders fruchtbaren Verarbeitung der Aufklärung – aufbaut, läßt sich die KR, wie Weißmann schreibt, als „fortgesetzte Suche nach einer deutschen ‚Weltalternative‘“ verstehen. Gemeinsames Anliegen aller ihrer Strömungen sei es stets gewesen, „die Deutschen bei sich selbst zu halten, zu sich selbst zurückzuführen oder zu sich selbst zu machen“.

Kennzeichnend für die Vielzahl der Weltanschauungen, die als konkrete Ausprägungen dieser Geistesströmung seit den 1890er Jahren in Reaktion auf den Zerfall des klassischen Links-Mitte-Rechts-Schemas entstanden und neue ideologische Synthesen linker und rechter Vorstellungen verwirklichten, war nicht zuletzt die Lösung von der Rückwärtsge wandtheit des alten Konservatismus und die ausdrückliche Bejahung der Moderne.

Wie bereits in Mohlers Fassung ist auch in der Neuauflage das ambivalente Verhältnis der Konservativen Revolution zum Nationalsozialismus ein zentrales Thema. Anders als Mohler, für den die Abgrenzung der Strömungen der KR vom NS den Ausgangspunkt seiner Arbeit bildete, nähert sich Weißmann der Thematik über die Dialektik von Romantik und Antirromantik innerhalb der KR, die für ihr Verhältnis zum NS letztlich bestimmend war.

Auch wenn sich der NS zum Teil aus dem ideologischen Fundus der KR bediente und es unterschiedliche Grade der Nähe und Distanz zu ihm gab

(von der ideologischen Assimilation und Kollaboration bis zum Widerstand), stellte der NS mit Blick auf die konservativ-revolutionären Grundintentionen – die vermutlich auch vielen NS-Anhängern eigentlich näherlagen – eindeutig eine Häresie dar. Gerade die Jungkonservativen sahen sich durchaus als Bewahrende, während Hitler zunehmend bereit war, „tabula rasa“ zu machen, um ein neues Weltalter einzuleiten.

Den Hauptgrund für die anhaltende Faszinationskraft der KR sieht Weißmann in den heute wieder stark wachsenden Zweifeln an den Erfolgsaussichten des liberalen Gesellschaftsmodells, nachdem der „Endsieg des Westens“ und das „Ende der Geschichte“ vorerst ausgeblieben seien.

Wie in der Entstehungsphase der KR setze mit der Auflösung der gewohnten ideologischen Zuordnungen die Diskussion um die großen Probleme ein: nicht zuletzt die zentrale Frage des Verhältnisses von Bewahrung und Veränderung, wobei eine konservativ-revolutionäre Haltung mit der Fähigkeit oder Unfähigkeit stehe oder falle, klar zwischen dem überzeitlich Gültigen und dem, was stetem Wandel unterliegt, zu trennen.

Insofern handelt es sich bei Weißmanns Neubearbeitung dieses Klassikers nicht nur um eine wissenschaftliche Einführung in den Gesamtkomplex der KR, sondern – wie schon bei Mohler – durchaus um ein politisch engagiertes Werk, das einer zeitgemäßen Rechten zur Orientierung dienen kann. Auch wer bereits im Besitz einer älteren Ausgabe des Werkes ist, wird auf dieses für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der KR unentbehrliche Buch kaum verzichten können.

Matthias Seegrün

## Rechtsstaat

Ulrich Blaschke u.a. (Hrsg.): *Sicherheit statt Freiheit? Staatliche Handlungsspielräume in extremen Gefährdungslagen*. Berlin: Duncker & Humblot 2005. 190 S., 56.00 €

Der vorliegende Tagungsband des Cusanuswerks behandelt eingehend die aktuellen Fragen zum Sicherheitsrecht. Heckmann unterrichtet einleitend über die dogmatischen Grundlagen und zentralen Begriffe des Polizeirechts. Anhand der Rechtsprechung zur verdachtsunabhängigen Kontrolle sowie zur Wohnraumüberwachung diskutiert er das Gewicht anthropologischer Argumentationen bei der Verfassungsinterpretation. Daran anknüpfend behandelt Schwarz die Dogmatik der Grundrechte. Ausgehend von der Augusteischen Trias „*pax, securitas, libertas*“ stellt er die ideengeschichtliche Entwicklung grundrechtlichen Schutzes in der neuzeitlichen Naturrechtslehre vor. Im Grundgesetz dagegen ist Sicherheit als Schutzgut nicht eigens erwähnt, man leitet sie aber aus dem vorherrschenden Begriff der Freiheit her.

Roggan vertieft das Thema Wohnraumüberwachung und Grundrechtsschutz. Er erörtert die Übertragbarkeit der restriktiven Rechtsprechung zum Lausangriff auf andere Rechtsmaterien. Dreist, Jurist im Luftwaffenführungskommando, spricht über den Einsatz der Bundeswehr im Innern und das Luftsicherheitsgesetz. Hilgendorf diskutiert die berühmten Notstands-Dilemmata, etwa Kannibalismus auf See. Er fragt, ob es Aufgabe des Rechts sei, tragische Ausnahmesituationen zu regeln, und fordert moralischen Mut des Einzelnen: Die Möglichkeiten von Schuld und Würde bedingen sich gegenseitig. Alle Beiträge sind wegen der guten Grundlagenarbeit auch für interessierte Laien lehrreich.

Florian Wolfrum

## Menschenwürde

Franz Josef Wetz: *Illusion Menschenwürde. Aufstieg und Fall eines Grundwertes*. Stuttgart: Klett-Cotta 2005. 400 S., geb., 22.00 €

Dieses Buch war überfällig. Wetz, Professor für Philosophie und Ethik, macht nach der Kritik Alain de Benoists am nivellierenden Universalismus der Menschenrechte deutlich, daß die Menschenwürde als deren Substrat mit stoischer Wurzel definitorisch und anthropologisch fundiert sein müsse, um Realität beanspruchen zu können.

Er verfällt keiner Ideologie, sondern bleibt Realist, wenn er sagt, daß angesichts von Rationalismus und Metaphysik die Menschenwürde normative Forderung und keine natürliche vorausmenschliche Mitgift sei. Als konkreter Gestaltungsauftrag sei sie jedoch keine der üblichen phraseologischen Abstraktionen. Sehr fruchtbar erscheint dieser weltanschauungsneutrale Ansatz vor dem Hintergrund weltweiter Verletzung der Menschenwürde und ihres dennoch appellartig zur Schau getragenen Charakters. Angesichts von Staatsverschuldung, Konformitätsdruck und Subventionsabbau ist Menschenwürde tatsächlich zwischenmenschlich zu leben und nicht abstrakt zu postulieren.

Würde ist allein als subsidiär funktionierender und kommunal zu lebender Auftrag befähigt, menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, so Wetz. Ihre konkrete Gestaltung geht angesichts menschlicher Fehlbarkeit auf den Einzelnen über. Wir stehen vor der Alternative, einer abstrakten universalistischen Illusion hinterherzulaufen oder aber eigene Überzeugungen über Menschenwürde realistisch zu leben und dafür eventuell sogar ein Fall für den Verfassungsschutz zu werden.

Daniel Bigalke

## Ordnungsmacht

Andreas Anter: *Die Macht der Ordnung – Aspekte einer Grundkategorie des Politischen*. Tübingen: Mohr Siebeck 2004. 311 S., geb., 34.00 €

Andreas Anter legt eine gelehrte Fleißarbeit vor, die die Langmut verrät, die Forschungsliteratur endlos zu referieren. Er stellt die Frage nach dem *Hobbesian problem of order* und kolportiert klischeehaft die angebliche „deutsche Affinität von Ordnung und Autoritarismus“. Spannend diskutiert der Schlußteil Prinzipien wie Staat, Integration, Gemeinschaft, Nation als Regulative pluraler Ordnungen. Anter fokussiert die Dialektik „Inklusion-Exklusion“ und entfaltet schließlich das Problem der Grenze, das ihm mit Ordnung identisch wird. Die Differenz „innen/außen“ erscheint so als Kriterium der Souveränität, konstitutiv für Identität, Gemeinschaft, Wissen. Doch lösen sich solche *essentials* schnell auf in postmoderner Begriffsdiffusion: wenn so der Staat statt substantieller Einheit nur mehr chiffriert als „Vielzahl öffentlicher Aufgabenträger“ oder als „ein durch Machtprozesse menschlichen Handelns zustande gekommenes Gedankengebilde“ (Bartelson) erscheint. So wie die uferlose Sekundärliteratur den freien Gedanken literarisch überwuchert, bringt das reale Entgrenzungssyndrom das Thema selbst zum Verschwinden. Alle konkreten Entitäten hebt die Zeit heute zwifach aus: qua universalistischer Strategie von „oben“, qua parasitärer Subjektivität von unten.

Antworten Liberale auf den „Tod des Staates“ mit verlogener Euphorie, hält Anter zu Recht dagegen, daß „jede nichtstaatliche Ordnung auf das Recht des Stärkeren“ hinauslaufe. Womit wir wieder bei Carl Schmitt wären.

Wolfgang Saur

## Phänomenologie der Macht

André Brodocz u. a. (Hrsg.): *Institutionelle Macht. Genese – Verstetigung – Verlust*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2005. 504 S., geb, 64,90 €

In Zeiten politischer Krisen wird die Frage nach Ursprung und Leitidee von Macht gewichtig. Behält ein formalistischer Indifferentismus die Oberhand und schwindet das Vertrauen in die politische Führung, so liegt die Frage nach fundamentalen Alternativen und die des Behauptens und Bestreitens von institutioneller Macht auf der Hand. Das Team eines Sonderforschungsbereiches der TU Dresden hat in einem voluminösen Werk mit zahlreichen Beiträgen diese Fragen anhand spezifischer Beispiele beleuchtet. Macht behauptete sich über eine implementierte normative Dimension von Sprache und politischem Selbstbild. Ob das einer „identitätsstiftenden“ Standardisierung gleichkomme oder vielmehr, wie in der deutschen Nachkriegsdemokratie, präskriptive Regeln zur Relativierung konkreter Identität einführe, sei dahingestellt. Institutionelle Ordnungen jedenfalls sind konstitutiv darauf angewiesen, Geltung aus sich heraus zu erzeugen, um nicht tautologisch allein durch die Faktizität ihres Bestehens zu gelten. An der einzigen Stelle mit dezidiertem Rekurs auf die Institutionentheorie Gehlens wird greifbar, daß historisch gesehen oft der Glaube an die Alternativlosigkeit von Institutionen erzeugt wurde. Sehr spannend hier die wertfreie Rezeption Gehlens am Beispiel des „antifaschistischen“ Legitimationskonstrukts der DDR. Man darf auf eine ebensolche wertfreie Exegese im Zuge der in der Bundesrepublik expandierenden Rigidität des „Antifaschismus“ hoffen. Das Buch erscheint zur richtigen Zeit.

Daniel Bigalke

## Deutschland AG

Horst Siebert: *Jenseits des sozialen Marktes. Eine notwendige Neuorientierung der deutschen Politik*. München: Deutsche Verlagsanstalt 2005. geb, 544 S., 29,90 €

In Sieberts Buch findet sich eine umfassende Darstellung all jener Probleme, die fast allgegenwärtig die derzeitige Debatte beherrschen. Der Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Arbeitsmarkt, die demographische Entwicklung, Umweltschutz und Wirtschaftsstruktur und die problematischen Haushalte werden sachlich und umfassend beschrieben. Man erhält einen Überblick über das komplizierte System von Abhängigkeiten, Transferleistungen und verschachtelten Besitzverhältnissen der in die Krise geratenen Deutschland AG. Siebert sieht drei Zielkonflikte: die Alternative von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Dynamik, den Widerspruch von Kollektivismus und individueller Freiheit und den Gegensatz von Korporatismus und Wettbewerb. Die Malaise läßt sich zusammenfassen: Die Deutschen konsumieren zu viel, arbeiten zu wenig, versäumen es, in die Zukunft zu investieren und haben, auch durch die Verschiebung des demographischen Gleichgewichts, eine implizite Verschuldung der Sozialversicherungen von 270 Prozent des Bruttosozialprodukts aufgebaut. Dabei kalkuliert Siebert bei allen Rechnungen zur Altersversorgung bereits eine Nettozuwanderung von 100.000 bis 200.000 Personen mit ein, hat aber einen klaren Blick für die damit verbundenen Schwierigkeiten. Deutschland solle sich daher in Zukunft auf das „obere Segment der internationalen Arbeitsangebotskurve“ konzentrieren, verbunden mit einem Punktesystem wie es in klassischen Einwanderungsländern Anwendung findet.

Josef Daum

## Staatsschauspieler

Helmut Schmidt: *Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bilanz und Ausblick*. Reinbek: Rowohlt 2005. 224 S., 19,90 €

Altbundeskanzler Helmut Schmidt ist ein Vielschreiber. Es gibt wohl kaum jemanden, der alle seine Bücher nach dem Verlust der Macht 1982 gelesen hat. Wirkliche Memoiren sind nicht darunter. Nun hat der Rowohlt Verlag Reden und Artikel von Schmidt zusammengestellt, in denen er den Prozeß der Wiedervereinigung begleitet hat. Schmidt war immer ein Sozialdemokrat, dem Worte wie Nation und Vaterland leicht über die Lippen gingen. Das wurde ihm von seinen linksliberalen Bewunderern nie übelgenommen, es wurde nur beflissentlich überhört. Das kleine Bändchen zeigt, daß Schmidt schon bald nach der Wende die Möglichkeit einer Konföderation sah und früh Steuererhöhungen zur Finanzierung der Einheit für nötig hielt. Insgesamt liegt der Schwerpunkt auf der Kommentierung des ökonomischen Einigungsprozesses. Schmidt glaubt nicht, daß die Fehler der Einheit korrigiert werden können, hofft aber immer noch, daß der ökonomische Aufholprozeß der neuen Bundesländer durch Sonderregelungen wie die Halbierung der Mehrwertsteuer wieder in Gang gebracht werden kann. Der Vorwurf gegen Kanzler Kohl, den Schmidt in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung äußerte, er würde gegenüber den europäischen Nachbarn zu arrogant auftreten, wirken in Hinblick auf Schmidts eigenen außenpolitischen Politikstil (man frage Jimmy Carter) eher amüsierend als überzeugend. Die Reden und Artikel zeigen, daß Schmidt die Kunst des „Staatsschauspielers“ (Schmidt über das Amt des Bundeskanzlers) nicht verlernt hat.

Josef Daum

# M&N *Wir machen (äußerlich) schöne und denk-anstößige Bücher.*

---



## »Wolfgang Harich zum Gedächtnis«

Herausgegeben, aus dem Italienischen etc. übersetzt und eingeleitet von Stefan Dornuf und Reinhard Pitsch

Zwei Bände mit insgesamt 1040 Seiten,  
Leinen mit Schutzumschlag, Format 12,5 x 20 cm,  
Dünndruck mit Lesebändchen

Band 1 ISBN 3-9807058-0-3	€ 39,--
Band 2 ISBN 3-9807058-1-1	€ 39,--
Beide Bände	€ 74,--

Mit einem Geleitwort von Georg Lukács und Beiträgen von Leo Kofler, Werner Mittenzwei, Manfred Wekwerth, Gisela May, Melvin J. Lasky, Karl-Siegbert Rehberg u.a.

»Der große Reiz der Bände liegt in der Spannweite der Themen...Sogar für Schmittianer fällt Bedeutendes ab: Iring Fetscher präsentiert seinen Briefwechsel mit Alexandre Kojève (1902 - 1968) über Hegel, der wichtige Ausführungen zu Schmitts Lehre vom Nomos und zu dessen grundlegendem Aufsatz 'Nehmen/Teilen/Weiden' (1953) enthält...Vor allem aber dokumentiert die Gedenkschrift, was für eine heutige Linke, die zwar genüßlich mittels moralischer Suggestionen den Überbau kontrolliert, doch keine geistigen Probleme mehr kennt geschweige selber hat, das Anstößigste an Harich war und ist: sein lebenslängliches Interesse an Arnold Gehlen...damit hatte er sich aus der Gemeinschaft linker Gutmenschen katapultiert.«

*Günter Maschke in »Junge Freiheit«*

---



## Gore Vidal »Amerikas Traum vom Fliegen«

Herausgegeben, aus dem Englischen übersetzt und eingeleitet von Stefan Dornuf

208 Seiten, gebunden mit Goldprägung und Schutzumschlag,  
mit 30 Schwarzweiß-Photos und einem Leporello

ISBN 3-9807058-2-X

€ 28,90

Enthält außerdem »Kino-Geschichte(n)«, die Poetik-Vorlesungen Vidals an der Harvard University

»Philip Roth schreibt mit 'Verschwörung gegen Amerika' gegen Gore Vidal ('Amerikas Traum vom Fliegen') an und bleibt auf der Strecke...just Lindbergh war es, den Gore Vidal in einem glänzenden Essay ('Der Adler am Boden') rehabilitierte...[von Vidal ist] der Anteil von Roosevelt [am Zweiten Weltkrieg] in einer Weise herausgestellt worden, die den Autor in Deutschland ohne weitere Verzögerung gesellschaftlich unmöglich gemacht hätte...Vidal, einer der facettenreichsten und notabene amüsantesten Schriftsteller überhaupt«

*Lorenz Jäger in »Frankfurter Allgemeine Zeitung«*

---

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei

Müller & Nerding Verlag, Georgenstraße 126, 80798 München (Schwabing)  
Telefon (089) 271 2770, Fax (089) 273746 10, E-Mail: [muener@t-online.de](mailto:muener@t-online.de)

## Umdenker

Rupert Neudeck: *Die Flüchtlinge kommen. Warum sich unsere Asylpolitik ändern muß.* München: Diederichs und Hugendubel 2005. 252 S., 19.95 €

Es ist bemerkenswert, wenn ein altbundesrepublikanischer Vorzeige-Gutmensch wie Rupert Neudeck, Gründer der Flüchtlingshelferorganisation *Cap Anamur*, plötzlich gegen „Multikulti-Rührseligkeit“ polemisiert und eine Stärkung deutscher Staatsräson fordert. Um nicht als xenophob zu gelten, so Neudeck, verweigere sich die deutsche Politik einer unverblühten Asyldebatte. Deutschland leide an einem Schuldkomplex, der es nötige, immer mehr Menschen aufzunehmen – so werde Einwanderung gewissermaßen zur Sühne. Da die deutschen Sozialsysteme eine uneingeschränkte Zuwanderung schon jetzt nicht mehr verkraften könnten, gelte es diese Haltung endlich zu überwinden und stattdessen durch eine gezielte Zuwanderungspolitik zu ersetzen. Darüber hinaus müßten Wege gefunden werden, den enormen Migrationsdruck auf Deutschland langfristig abzubauen. Dies könne nur eine erneuerte Entwicklungspolitik bewerkstelligen, die ihre Hilfeleistungen auf wenige ausgewählte Länder beziehungsweise Projekte konzentriert und ihre Entwicklungsberater bescheidener bezahlt. Neudecks Buch ist spürbar von einer starken Spannung zwischen den alten Bessere-Welt-Utopien des Autors und den neu rezipierten demographischen Prognosen Herwig Birgs oder der Attestierung einer gescheiterten Integration türkischer Einwanderer von Necla Kelek geprägt. Diese Spannung macht es trotz des insgesamt unnötig redundanten und moralisierenden Sprachgestus zu einer interessanten Lektüre.

Kerstin Schneider

## Leitkulturen

Jürgen Gottschlich, Dilek Zaptcioglu: *Das Kreuz mit den Werten. Über deutsche und türkische Leitkulturen.* Hamburg: edition Körber Stiftung 2005. 266 S., 14.00 €

Die beiden Autoren dieses Bandes sind auch privat ein Paar, ein interessantes dazu. Er, linksliberaler *taz*-Korrespondent, unterstützt den Türkeibeitritt zur EU. Sie, kemalistisch orientierte Journalistin, blendet in einem apologetischen Beitrag über die Modernisierungsgeschichte der Türkei die Armenierproblematik komplett aus. Eine gewisse Skepsis gegenüber den Ergebnissen des sehr gut lektorierten und auch inhaltlich erkennbar an allen Kanten geschliffenen Buches ist also angebracht.

Gestützt auf einige Umfragen, wissenschaftliche Studien und einen Verfassungsvergleich konstatiert man einen Grundwiderspruch zwischen den türkischen, eher „kollektivistischen“ Werten, bei denen Familie, Religion und Vaterland großgeschrieben werden, und den deutschen, eher „individualistischen“ Werten, die vor allem an Selbstverwirklichung orientiert sind. Zurückgeführt wird dieser Widerspruch auf ökonomische Unterschiede. Eine wirtschaftliche Angleichung werde ihn jedoch aufheben. Mag man diese Erwartung auch absurd finden, liest man doch mit Interesse die aufgeführten Beispielepisoden aus dem deutsch-türkischen Wertealltag, etwa über einen erfolgreichen deutschen Unternehmer in der türkischen Provinz oder eine engagierte Bürgerinitiative in Istanbul. Den Abschluß bilden Tagungsberichte vom 11. deutsch-türkischen Symposium im Mai 2005 mit dem Fazit: „viele, was für Ärger hätte sorgen können, blieb unausgesprochen“, was auch auf diesen Sammelband zutrifft.

Christoph Kramer

## Kulturstaat

Alexander Endreß: *Die Kulturpolitik des Bundes. Strukturelle und inhaltliche Neuorientierung zur Jahrtausendwende?* Soziologische Schriften, Bd 78, Berlin: Duncker & Humblot 2005. 268 S., 68.00 €

Anlaß dieser Dissertation war die Einführung des Amtes eines „Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien“ im Jahr 1998. Mit Spannung erwartete man daher die Auswertung der Auswirkungen einer stärkeren Bündelung kulturpolitischer Kompetenzen auf Bundesebene durch die SPD. Endreß gebührt Anerkennung für die Entwirrung und transparente Darstellung der unübersichtlichen Haushaltsdaten. Handwerklich solide, aber ein wenig ermüdend sind seine seitenlangen theoretischen Umkreisungen des Kulturbegriffs, die Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie seine methodischen Vorüberlegungen zur empirischen Analyse von Pressemitteilungen, welche dann – ausgeführt – nicht viel mehr bringen als einen erhärteten Verdacht, „daß die Kulturpolitik des Bundes ein Instrument darstellt, das sich weniger auf die ganzheitliche Kulturlandschaft bezieht, sondern vielmehr der Befriedigung einiger Interessengruppen und der Schaffung von Solidarität mit diesen dient“. Eine deutlichere Bestimmung dieser Interessengruppen sowie eine kritischere Auseinandersetzung mit den kulturpolitischen Aktivitäten von Rot-Grün generell vermißt man. Was hat es für einen „funktionalen“ Hintergrund, daß vor allem die Bereiche „Medien“, „Hauptstadtkultur“ und „Geschichtsbewußtsein“ gefördert wurden, bei gleichzeitiger Kürzung in den meisten anderen Bereichen, besonders bei den „Maßnahmen gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz“?

Wiggo Mann



## Debatten

Eberhard Rathgeb: *Die engagierte Nation. Deutsche Debatten 1945–2005*. München Wien: Hanser 2005. 448 S., 24.90 €

Daß FAZ-Redakteur Eberhard Rathgeb seine Zusammenstellung deutscher Debatten 1945 beginnen läßt, hat einen tiefen Grund als die schlichte zeitliche Begrenzung. Gab es seit je oben, unten, links, rechts und die damit verbundene Auseinandersetzung, ist doch erst die deutsche Nachkriegsdemokratie zum Zeitalter der Augenhöhe und des „Diskurses“ geworden. Rathgeb, der im Feuilleton eher die Rolle eines beinahe unbedarften, sympathischen Plauderers innehat, ist ein hervorragendes Buch gelungen. Vortrefflich sind sowohl die Auswahl der repräsentativen Meinungsführer und ihrer Beiträge (insgesamt 90 Wortmeldungen, von Carlo Schmid *Vaterländischer Verantwortung* über Arnold Gehlens *Die Seele im technischen Zeitalter*, Wolf Jobst Siedlers *Preußens Auszug aus unserer Geschichte* bis hin zum *Methusalem-Komplot* Frank Schirrmachers) als auch die kenntnisreichen und strikt sachlichen thematischen Ergänzungen und Überleitungen des Herausgebers. „Entscheidend für die Auswahl eines Debattenbeitrags war die Überlegung, ob der Text das intellektuelle Profil desjenigen, der sich in die Diskussion einmischte, angemessen früh und in deutlicher Weise darstellte.“ Daß jene früheren „intellektuelle[n] Physiognomien, die markant waren und die Zeitgeschichte geprägt haben“ heute weitgehend fehlen, stellt Rathgeb zu Recht fest. „Denkschulen“, geprägt von Köpfen wie Helmut Schelsky, Hannah Arendt und Karl Rahner, gibt es heute kaum – dafür allerhand Abwägbarkeiten und ein großzügiges Recht auf die je „eigene Meinung“.

Ellen Kositzka

## Gegenkulturen

Joseph Heath und Andrew Potter: *Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur*. Berlin: Rogner & Bernhard 2005. 432 S., 19.90 €

Man mag streiten, ob es ein Kunststück ist oder eine Frechheit, um eine einzige These herum ein Buch, ein recht umfängliches dazu, aufzubauen. Jene These lautet hier: Es habe nie einen Gegensatz zwischen gegenkulturellen Ideen (von den 60ern bis heute) und den ideologischen Erfordernissen des kapitalistischen Systems gegeben. Dies kann man dutzendfach umformulieren („Hippie- und Yuppie-Ideologie sind ein und dasselbe“, „Gegenkultur war von Anfang an unternehmerisch“) und ist doch kein „scharfsinniges und schnelles Buch“ (Rückentext), darüber kann auch das einhellige Lob in *taz*, *FAZ* und *Welt* nicht hinwegtäuschen. Keine Frage, die Autoren gehen durchaus nicht falsch, wenn sie feststellen, daß der Wechsel der Schuh- oder Kaffeemarke rein gar nichts gegen das „System“ bewirke, daß sämtliche attraktiven Gegenströmungen (Stichworte Punkrock, Ökologiebewegung, „alternative“ Moden) sogleich in den Markt integriert wurden. Keine Frage: genau diese Fraglosigkeit ist der Punkt, der das Buch wohl kurzessaytauglich gemacht hätte, es so aber zu einer nervigen Dauer-Dichotomie werden läßt, die zusätzlich an einigen eher formalen Punkten krankt: am aufdringlichen Duz-Gestus, an langen Passagen um Sachverhalte und Termini, die dem deutschen Leser nicht unbedingt eingängig sind (*jocks*, *rednecks*, *wonder-bread*-Gesellschaft). Als Gegen-„No Logo“, jenen antiglobalistischen Bestseller Naomi Kleins, mag das alles gut durchgehen. Aber daß *Nirvana* im Grunde nur *Mainstream* waren, wußten wir auch vorher.

Ellen Kositzka

## Egomane Mao

Jung Chang, Jon Halliday: *Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes*. München: Blessing 2005. geb, 976 S., 34.00 €

Die Schriftstellerin Jung Chang und ihr Ehemann Jon Halliday haben eine spektakuläre Mao-Biographie vorgelegt, vielleicht das wichtigste Buch des Jahres. Die Biographie ist eine umfassende historische Studie, ein detailreiches und zugleich erschreckendes Psychogramm. Mao war ein Mann, dem weder Freunde noch Verwandte, weder seine eigenen Kinder noch sein eigenes Volk etwas bedeuteten. Er befürwortete im Bürgerkrieg, China mit den Japanern zu teilen, nahm ohne Skrupel in Kauf, die eigenen Truppen zu ruinieren, um den Erfolg keinem anderen kommunistischen Führer zu überlassen, später bekundete er die Bereitschaft, in einem Atomkrieg zwei Drittel seiner Bevölkerung zu opfern. Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß für den roten Diktator die Egomane eine stärkere Triebfeder als die Ideologie und der Kommunismus eher ein Vehikel eines unvergleichlich starken Willens zur Macht war. Die Frage, ob Macht oder Ideen die Geschichte vorantreiben, beantwortet die Biographie in Maos Fall eindeutig. Die maoistische Herrschaft ist der Beweis dafür, daß es möglich ist, ein Volk von 600 Millionen Menschen ohne jede Rücksicht auf deren einfachste Grundbedürfnisse nur mit den Mitteln von Terror und Indoktrination zu beherrschen. Trotz der 70 Millionen Opfer seines Regimes hatte sich Mao bisher den Ruf als der große Modernisierer der chinesischen Gesellschaft bewahrt. Nichts könnte falscher sein. Dieses Buch bedeutet nicht mehr und nicht weniger als das definitive Ende einer Ikone der neuen Linken.

Josef Daum

*Bestellen unter:*

Fax/Tel: (034632) 9 09 41  
www.staatspolitik.de

Institut für Staatspolitik  
Rittergut Schnellroda  
06268 Albersroda



Bundeskanzlerin Angela Merkel meint, daß ihre Schlappe keine war. Wir meinen das nicht!

*Politik ohne Überzeugung –  
Merkels Union*  
Wissenschaftliche Reihe, Heft 8  
40 Seiten, 5 €



Daniel Cohn-Bendit meint, der französische Staat trage die Verantwortung. Wir meinen das nicht!

*„Das hier ist Krieg“ – Die Rassenunruhen in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft.*  
Wissenschaftliche Reihe, Heft 9  
40 Seiten, 5 €

## Ende eines Imperiums

John Charmley: *Der Untergang des Britischen Empires. Roosevelt – Churchill und Amerikas Weg zur Weltmacht*. Graz: Ares Verlag 2005. 472 S., geb, 29.90 €

Die Tatsache, daß weltpolitisch wieder mit imperialen Gebilden gerechnet werden muß, hat in den letzten Jahren zur Veröffentlichung zahlreicher Bücher geführt, die sich dem Aufstieg und Fall von Imperien widmen, darunter solche britischer Historiker wie Niall Ferguson, die aus der Geschichte des britischen Weltreiches Lehren für die Gegenwart ableiten möchten. John Charmley nun, der bereits eine stark kritische Churchill-Biographie verfaßt hat, schildert die entscheidende Phase des gleichzeitigen britischen Niedergangs und US-amerikanischen Aufstiegs zur Weltmacht. Er schreibt brillant, pointiert, ja sogar boshaft und erfrischend weit von allen üblichen Interpretationen und zeigt, wie stark die britische Politik von Illusionen über die Möglichkeit einer imperialen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt war und wie wenig idealistisch es in der angelsächsischen *special relationship* tatsächlich zuzuging. Die maßgeblichen englischen Politiker dachten, sie könnten die klassische Politik des Gleichgewichts der Mächte fortführen, hatten aber die Rechnung ohne die USA gemacht, die von tiefem Mißtrauen gegen den britischen Imperialismus erfüllt waren. Churchills Erwartung, den heroischen Widerstand der Engländer gegen Hitler auf die immensen Schulden bei den Amerikanern angerechnet zu bekommen, zeigt exemplarisch die realpolitische Naivität eigentlich hartgesottener Politiker.

Till Kinzel

## Diesseits von Hitler

Gregor Schöllgen: *Jenseits von Hitler. Die Deutschen in der Weltpolitik von Bismarck bis heute*. Berlin: Propyläen 2005. 400 S., geb, 24.90 €

Ungeachtet ihres Anspruchs auf eine Perspektive „Jenseits von Hitler“ erweist sich Schöllgens Schilderung insgesamt als konventionelle Verteidigung sowohl des hergebrachten bundesrepublikanischen Geschichtsbilds als auch der daraus abgeleiteten außenpolitischen Leitsätze. Darin nimmt Hitler die traditionelle Zentralstellung als Negativschablone ein, eingeschränkt durch Verweise des Autors auf Traditionslinien Bismarcks und Wilhelms II., die Hitlers Aufkommen begünstigt hätten. Als Fazit bescheinigt der Autor den Bundesdeutschen, aufgrund der Absage an diese Traditionen erfolgreich ihre Chancen „nach Hitler“ genutzt zu haben. Von der Adenauerschen Westbindung bis hin zur Brandtschen Ostpolitik rechtfertigt er alle wesentlichen Entscheidungen der Bonner Regierungen. Er hält (richtig) fest, das angebliche Ziel einer Wiedervereinigung sei zur Lebenslüge der Bundesrepublik verkommen, stellt jedoch nicht die Frage, ob hier ein Versäumnis der politischen Kaste vorgelegen haben könnte. Eine Brandtsche Entspannungspolitik, die für das Linsengericht vorwiegend atmosphärischer Verbesserungen den Preis der Legalisierung des Völkermords an den Ostdeutschen bei gleichzeitiger Verfestigung der deutschen Teilung zahlte, schätzt er ungebrochen als „Anerkennung der Realität“. So bleibt das Buch trotz origineller Ansätze die Apologie einer vergangenen Periode deutscher Politiktradition, die sich mit den Anforderungen der nicht erwarteten Vereinigung (Kapitel „Überraschung“) offenkundig überfordert zeigt.

Stefan Scheil

## Diktaturvergleich

Richard Overy: *Die Diktatoren – Hitlers Deutschland, Stalins Rußland*. Stuttgart: DVA 2005. 1023 S., 48.00 €

Der Klappentext stellt frech die Behauptung auf, Overys Arbeit sei der „erste systematische Vergleich“ beider Diktaturen. Dazu paßt, daß der Autor die gesamte Literatur über die Totalitarismustheorie oder über den kausalen Nexus beider Systeme mit Ignoranz behandelt. Weder Ernst Nolte noch Hannah Arendt werden erwähnt. Overy will keine Doppelbiographie beider Diktatoren liefern, wie sie Allan Bullock vor Jahren vorgelegt hat. Neue Details über das Leben von Hitler und Stalin verspricht er nicht. Er will eine „empirische Grundlage“ legen, um die Frage zu beantworten, wo Ähnlichkeiten beider Systeme liegen und wie persönliche Diktatur funktioniert.

Dies ist trotz einer mehr als tausend Seiten langen Darstellung nicht gelungen. Sie kommt in weiten Teilen nicht über die Schilderung altbekannter Sachverhalte hinaus, transportiert gelegentlich oft gehörte Legenden wie die, Hitler habe im Hoßbach-Protokoll die Eroberung von Lebensraum im Osten angekündigt. Overys Präferenz gilt dem Stalinismus. Er schiebt einleitend ein „Plädoyer für die Berücksichtigung der sozialen Ambitionen der Sowjetunion“ ein. Die Mordopferzahlen des Sowjetsystems werden kräftig heruntergerechnet. Auch spielt der Autor den stalinistischen Rassismus herunter, was zu kuriosen Formulierungen wie jener führt, die sowjetische „Xenophobie war sicher nicht viel vernünftiger als der biologische Rassismus der Nazis, doch ihr Grundmotiv war ein politisches“. Mit dieser Publikation hat sich Richard Overy keinen Gefallen getan.

Stefan Scheil

## Spurensuche

Birgit Rabisch: *Die Schwarze Rosa. Eine Frau in der Weimarer Republik*. Springe: zu Klampen 2005. 191 S., 19.80 €

Birgit Rabisch schildert den Weg ihrer Großmutter in die Politik der radikalen Geheimbünde und ihren enttäuschten Rückzug. Ihre Vorgehensweise bezeichnet sie selbst als „Faction, eine Melange aus Fakten und Fiktionen“, die mitunter aber auf Kosten der historischen Genauigkeit geht: aus dem Zentrumspolitiker Erzberger wird flugs der „Jude Erzberger“; der parteilose Reichskanzler Cuno wird der DNVP zugerechnet und selbst Stresemann mutiert unversehens zu einem „Mann der Deutschnationalen“. Ein einfacher Blick ins Geschichtsbuch hätte die Autorin vor solch ärgerlichen Fehlern bewahrt. Der Leser folgt der Weberstochter Rosa vor Kriegsausbruch nach Posen, wo sich die Eltern als Kolonisten niederlassen; er empfindet die schwere Enttäuschung über die Versailler Friedensbedingungen, die der Familie Klapproth ihre frischgewonnene Heimat wieder nehmen. Durch ihren Bruder lernt die in der Liebe desillusionierte Rosa den Oberleutnant Schulz kennen, den Organisator der Schwarzen Reichswehr und künftigen Stellvertreter Gregor Strassers. Ihr eigener Bruder steht dem „Kommando zur besonderen Verwendung“ vor, das in Paul Schulz' Auftrag „Verräter“ liquidiert. Aus Enttäuschung über die Besudelung der scheinbar so reinen Sache verläßt Rosa ihren geliebten Oberleutnant, wird durch die Femeprozesse 1927/28 von ihrer eigenen Geschichte, die ihre Enkelin erzählt, aber wieder eingeholt. Die Darstellung gerät stellenweise allzu distanzlos und die Spurensuche verläuft im Sand.

Wiggo Mann

## Feindbild

Thomas Wittek: *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*. München: Oldenbourg 2005. 437 S., 49.80 €

Die amtliche englische Propaganda und die Presse beschworen zwischen 1914 und 1918 das Feindbild vom aufgedunsenen preußischen „Hunnen“ mit Säbel, der die Welt erobern will und dabei eifrig massakriert, schändet, verstümmelt und plündert. So nützlich dies im Krieg sein mochte, so schwierig gestalteten sich die politischen Folgen nach dem Sieg. Wie groß die Probleme waren, untersucht Thomas Wittek anhand der Spuren, die dieses Deutschlandbild in den britischen Massenmedien, der Presse also, hinterlassen hat. Er entnimmt seine Belege dann aber nur recht wenigen englischen Zeitungen, wobei ein Schwergewicht mit Millionenauflage wie der *Daily Mirror* leider unberücksichtigt bleibt. Insgesamt herrschte Uneinigkeit: Stimmen, die an dem gewohnten Feindbild festhielten, wechselten sich mit anderen ab, in denen die eigene Kriegspropaganda teilweise sachlich widerlegt wurde. Politische Ereignisse wie der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet konnten solche Positionen verschieben. Das Presseecho übte andererseits gelegentlich direkten Einfluß auf die englische Politik aus, etwa auf die Auswahl von Wahlkampfthemen. Alles in allem überwog nach Wittek schließlich das schlechte Gewissen wegen des Versailler Vertrags. So schlecht war es denn aber doch nicht, als daß man Deutschland vor Hitler irgendwelche Konzessionen gemacht hätte, möchte man entgegnen. Deutlich jedenfalls wird, wie groß der Anteil der Presse an der Politikunfähigkeit im Zwischenkriegsengland gewesen ist.

Stefan Scheil

## Reichsfeinde

Martin Wrede: *Das Reich und seine Feinde, Politische Feindbilder in der Reichspatriotischen Publizistik zwischen Westfälischem Frieden und Siebenjährigem Krieg*. Mainz: Philipp von Zabern 2004. geb. 669 S., 55.50 €

Nach der Definition des „Zedler“, der großen Enzyklopädie des 18. Jahrhunderts, galt als Reichsfeind, wer sich gegen das „gesamte Reich auflehnt“, aber auch „auswärtige Potentaten, welche das Reich mit Krieg überziehen“. Martin Wrede beschäftigt sich in seiner Dissertation vorwiegend mit diesen Potentaten. Er zeigt auf, wie die zeitgenössisch als Hauptfeinde wahrgenommenen Nachbarn Frankreich, Schweden und die Türkei jeweils auf ihre Weise dazu beigetragen haben, über den von ihnen ausgehenden Eroberungsdruck dem geschwächten deutschen Staatsverband neuen Zusammenhalt zu geben. Besonders der Türkenzug zeigte nachhaltige Wirkung auf ein neues Selbstbewußtsein im Reich, nachdem die Türken geschlagen waren. Als hintergründiges Hauptthema des Buchs erweist sich aber das Verhältnis zwischen Reich und Nation. Das deutsche Nationalgefühl stand im 17. und 18. Jahrhundert als ebenso aktive wie sperrige Größe zur Mobilisierung bereit, was der Darstellung eine spürbare Aktualität verleiht. „Deutsche Freiheit“ wurde gegen französische Skrupellosigkeit, osmanische Tyrannei und schwedische Eroberungslust publizistisch ins Feld geführt. Andererseits verwahrte sich der Wiener Hof eigens gegen den von der französischen Kriegspartei erhobenen Vorwurf, ein „National-Vorurtheil“ schüren zu wollen. Wrede schließt mit dem berechtigten, aber verhaltenen Fazit, es sei „mehr als ein Zufall“, daß die Nation das Reich überlebte.

Stefan Scheil



## Special Effects

Peter S. Wells: *Die Schlacht im Teutoburger Wald*. Düsseldorf: Winckler 2005. 260 S., 19.90 €

Peter Wells Monographie beginnt gleich in der Einleitung mit einem peinlichen Fehler, wenn er schreibt, die römische Niederlage im Jahre 9 n. Chr. in den norddeutschen Urwäldern habe die Beendigung der römischen Expansion nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika und Asien zur Folge gehabt. Tatsächlich wurden später noch Britannien und Dakien erobert. Leider zieht der Autor die historischen Schriften von Velleius Paterculus, Cassius Dio, Florus und Tacitus sehr einseitig zu Rate. Er verkürzt die Schlacht auf wenige Stunden, verwirft Dios Schilderung der drei Tage andauernden Kämpfe und übergeht das bei Tacitus und Cassius Dio erwähnte Marschlager kommentarlos. Weiter behauptet Wells, die Ursache für das Desaster im *saltus Teutoburgensis* liege nicht in der Person des Varus, sondern in der Fehleinschätzung des Augustus über den befriedeten Charakter Germaniens begründet. Selbst wenn eine Mitverantwortung des *princeps* zu konstatieren ist: Varus' Vertrauen zum römischen Mitbürger germanischer Abstammung und Arminius' Verrat und taktisches Geschick waren entscheidend.

Ermüdend wirken die ständigen Wiederholungen schon einmal erzählter historischer Ereignisse in fast jedem neuen Kapitel. Die beigegebenen Karten und Skizzen verwirren eher als zu helfen. Dafür ergeht sich der Autor seitenweise in blutigen Einzelheiten der Schlacht Mann gegen Mann. Offenbar meint Wells, mit diesen *special effects* die Leser bei Laune halten zu müssen, denn ein Erkenntnisgewinn ist damit nicht verbunden.

Olaf Haselhorst

## Linker Revisionismus

Adam Jones (Hrsg.): *Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen*. Berlin: Parthas 2005. 534 S., 38.00 €

Jones hat eine Zusammenstellung von Aufsätzen und Dokumenten von sehr unterschiedlicher Qualität herausgegeben. Gemeinsam haben sie alle, daß sie sich in irgendeiner Weise mit der dunklen Seite des Westens befassen. Der Begriff des Westens bleibt jedoch verschwommen und die Auswahl der Fallbeispiele macht den Begriff nicht klarer. Was hat zum Beispiel die Amerikanisierung indianischer Kinder mit der Ermordung von Patrice Lumumba zu tun? Oder die Niederschlagung des Herero-Aufstandes mit den Wirtschaftssanktionen gegen den Irak? In sich schlüssig wäre das Konzept gewesen, wenn sich der Sammelband auf die Zeit des Kalten Krieges, als der „Westen“ politisch klar einzugrenzen war, beschränkt hätte.

Insgesamt verdient das Buch vielleicht weniger Aufmerksamkeit wegen seines Inhaltes als wegen der Tradition, in der es steht. Die in diesem Kontext sehr lesenswerte Einführung von John Adams gibt darüber Aufschluß. Er beschreibt die Geschichte dieses linksstehenden amerikanischen Revisionismus, der sich durch seine alternativen Deutungen zur amerikanischen Geschichte durchaus bleibende wissenschaftliche Verdienste erworben hat.

Die Lektüre des Buches lehrt einiges über die ganz anders geartete Diskurslage der Linken in den Vereinigten Staaten im Vergleich zu Deutschland. Am Ende haftet dieser Strömung, deren Hauptziel es ist, das ans Tageslicht zu bringen, was andere unter den Teppich gekehrt haben, aufgrund ihrer politischen Machtlosigkeit etwas Tragisches an.

Josef Daum

## Schattenwirtschaften

Carolyn Nordstrom: *Leben mit dem Krieg. Menschen, Gewalt und Geschäfte jenseits der Front*. Frankfurt am Main: Campus 2005. 280 S., 24.90 €

Der Begriff der „Neuen Kriege“ ist nicht erst seit dem 11. September zu einer festen Größe geworden. Darunter versteht man die zahlreichen Dauerkonflikte in der Dritten Welt, die in Form des Terrorismus auch auf den Westen übergreifen drohen. Die amerikanische Anthropologin Carolyn Nordstrom hat viele dieser Konfliktgebiete in Afrika und Sri Lanka besucht und vermittelt dem Leser beeindruckende Impressionen von „jenseits der Front“. Das Thema des Buches ist jene geheimnisvolle Schattenökonomie, über die es keine Statistik gibt, die aber die Kriege erst am Laufen und die Weltwirtschaft am Leben hält. Sie zeigt, wie sehr in diesem Bereich die Grenzen zwischen Legalem und Illegalem, Moral und Verbrechen verschwimmen. Sie berichtet von Generälen, die im Vieraugengespräch ihre Hilflosigkeit bekennen und von südafrikanischen Gangs, die in den Gefängnissen eine eigene Rechtstradition etabliert haben, von Hilfsflugzeugen, die tagsüber Hungerhilfe und nachts Waffen und Munition in die Krisenregionen transportieren. Nordstrom riskiert einen Blick in jene Ordnung jenseits des Staates, die von mächtigen Netzwerken beherrscht wird, einschließlich inoffizieller Banken- und Versicherungssysteme, und von denen einige mächtiger sind als manche Staaten. Nordstrom zieht die irritierende Schlußfolgerung, daß vielleicht gerade in den gewalttätigen Peripherien der Weltwirtschaft jene Machtkonfigurationen geschaffen werden, die bald auch unsere Zukunft bestimmen.

Josef Daum

## Platonische Gesetzgebung

Harald Seubert: *Polis und Nomos. Untersuchungen zu Platons Rechtslehre*. Philosophische Schriften, Bd 57, Berlin: Duncker & Humblot 2005. 733 S., kt, 112.00 €

Harald Seubert legt mit seiner Habilitationsschrift über Platons Rechtslehre ein gewichtiges, tief eindringendes Werk vor. Die platonische Rechtslehre, wie sie vor allem in dem Spätwerk der *Nomoi* ausführlich entfaltet wird, ist zweifellos für das Verständnis der politischen Philosophie Platons fundamental; der Begriff des Gesetzes steht, wie Seubert überzeugend herausarbeitet, in engem Zusammenhang mit den Grundfragen der Philosophie Platons, der Frage nach dem Guten, dem Frommen und dem Göttlichen. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, den Argumentationsgang der umfangreichen und anspruchsvollen Studie im einzelnen nachzuzeichnen, da sich Seubert in textnahen Analysen durch zahlreiche Dialoge Platons bewegt.

Kritische Einwände in Einzelpunkten können bei einer Studie wie der Seuberts nicht ausbleiben, doch schmälern sie keinesfalls deren forschersche Leistung. Seuberts Studie widmet sich den vielfältigen Gestalten der Gerechtigkeit, die in den Dialogen Platons verhandelt werden, und er verfolgt dazu die Problemaufrisse und Diskussionen erfreulicherweise sowohl in bekannten wie auch weniger bekannten Dialogen.

So spricht er auch den *Minos*, den *Menexenos*, den *Alkibiades*. Seuberts Buch zeigt, daß das Gesetz an das Göttliche gebunden sein muß und daß die wahren Philosophen die Rechtlichkeit im Staate fördern, so daß „mehr Friede und des Bösen weniger“ in ihm entsteht.

Till Kinzel

## Montesquieu in Deutschland

Edgar Maß und Paul-Ludwig Weihnacht (Hrsg.): *Montesquieu-Traditionen in Deutschland. Beiträge zur Erforschung eines Klassikers*, Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd 139, Berlin: Duncker & Humblot 2005. 289 S., kt, 79.80 €

Das Schlagwort „Gewaltenteilung“ verstellt oftmals ein genaues Verständnis Montesquieus, der sich, Locke folgend, zur Erklärung der Politik zunächst den Menschen ansah. Seine empirischen Studien führten ihn zu dem Grundgedanken, daß sich die Gesetze aus den Lebensbedingungen eines Volkes ableiten müssen. Der vorliegende, von einem Romanisten (Maß) und einem Politikwissenschaftler (Weihnacht) herausgegebene Band möchte anhand der deutschen Montesquieu-Rezeption im 20. Jahrhundert die Möglichkeiten dieses Denkers aufzeigen. Von den 22 Texten, die alle schon einmal gedruckt wurden, sind lediglich sechs Beiträge vor 1945 erschienen.

Das Kaiserreich behandelt Montesquieu als Verfechter der Monarchie (Hasbach) und als Künstler (Klemperer). In der Weimarer Republik traten dann die Fragen des wechselhaften politischen Alltags in die geistige Arena: Abwehr politischen Absolutismus (Schmitt) und Rehabilitierung der Aufklärung als Bedingung der Freiheit des Einzelnen (Cassirer).

Im NS-Staat wird Montesquieu als naturalistischer Vordenker der Soziologie (Ipsen) und als Verteidiger der Eigentümlichkeiten verschiedener Völker (Meinecke) gedeutet. Nach 1945 wird es unübersichtlich. Leider begründen die Herausgeber ihre Auswahl nicht und nutzen die Einleitung lediglich dazu, die versammelten Texte zusammenzufassen.

Erik Lehnert

## Philosophischer Sonderweg

Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): *Handbuch Deutscher Idealismus*. Stuttgart, Weimar: Metzler 2005. 430 S., geb, 39.95 €

Von Ernst Tugendhat stammt die Erkenntnis, daß das englischsprachige Ausland selbst bei der Erforschung des Deutschen Idealismus maßgebend. Das vorliegende Handbuch bietet die Möglichkeit, dieses Diktum zu überprüfen und den deutschen Sonderweg am Beispiel der Philosophie zu betrachten. Der Deutsche Idealismus bildet eine gegen die englische sensualistisch-empiristische Philosophie gerichtete geistige Einheit. Daß man seit einiger Zeit dazu übergegangen ist, auch Kant dazuzuzählen, ist insofern konsequent, als auch bei ihm eine starke antiempiristische Tendenz vorliegt. Allerdings lassen sich die unter diesem Terminus sonst verhandelten Fichte-Schelling-Hegel klarer vom Rest abgrenzen. Kant legte größeren Wert auf die intersubjektive Überprüfbarkeit seiner Aussagen. Seit der Entdeckung des „Ältesten Systemprogramms“ ist auch Hölderlins Rolle stärker beachtet worden. All das wird in dem Handbuch, das den Zugriff nicht über die Personen, sondern die durchgehenden Themen versucht, beachtet und solide behandelt (von einigen leidigen Marxisten einmal abgesehen). Dadurch bekommt die philosophiegeschichtliche Einzigartigkeit dieser Epoche deutliche Konturen. Die Darstellung der Rezeption des Deutschen Idealismus in ganz Europa ist ein Pluspunkt dieses Handbuchs. Leider fehlt eine solche für Deutschland, in der vielleicht deutlicher geworden wäre, was Ernest Renan meinte, wenn er davon sprach, daß das Erscheinen des Deutschen Idealismus nur mit dem des Christentums zu vergleichen sei.

Erik Lehnert

## Sinnliche Metaphysik

Nicolás Gómez Dávila: *Notas. Unzeitgemäße Gedanken*. Mit einem Essay von Martin Mosebach und einem Nachwort von Franco Volpi. Berlin: Matthes & Seitz 2005. geb., 441 S., 34.90 €

Das Erscheinen dieser gelungenen Übersetzung des ersten Buches von Gómez Dávila ist ein Ereignis. Die vielfältigen Notizen, Betrachtungen, Anmerkungen und Aphorismen, die sich hier finden, verweisen unverkennbar schon auf das „unübertroffene Hauptwerk der Glossen“, das der Karolinger Verlag in mehreren Bänden publiziert hat. Ein Werk dieser Art läßt sich nicht zusammenfassen, sondern lädt zu einer individuellen Blütenlese ein – Sach- und Personenregister erleichtern das Suchen nach Fundstellen. Die später meist nur angedeutete existentielle Dimension seines Denkens tritt hier beim vergleichsweise jungen Autor deutlicher ans Tageslicht, gehe es nun um das Verständnis der Philosophie als Lebensweise, um die drängende Macht des Eros, das Verhältnis von Geist und Lust, die Verankerung der Metaphysik im Leben selbst oder die Notwendigkeit des Schreibens. Zwar ist auch die religiöse Fundierung des erklärten Reaktionärs in den *Notas* klar erkennbar, doch bringt er sie, wie Volpi richtig betont, noch nicht mit jener polemischen und verstörenden Intransigenz des Spätwerkes zum Ausdruck. Nörgeleien derart, Don Nicolás habe sich nicht ausreichend von Nietzsche inspirieren lassen und sich zu stark an den französischen Autoren des frühen 20. Jahrhunderts orientiert (*NZZ* vom 18. Oktober 2005), werden diejenigen kaltlassen, die erkannt haben, daß das kulturkritische Potential des „Einwohners am Rand der bewohnten Erde“ (Mosebach) noch längst nicht ausgeschöpft ist.

Till Kinzel

## Melancholie

Christoph Dieckmann: *Rückwärts immer. Deutsches Erinnern*. Erzählungen und Reportagen. Berlin: Ch. Links 2005. geb., 271 S., 17.90 €

Dieckmann zählt zu den wenigen „Ostlern“, die es ins große Westfeuilleton geschafft haben. Seine einprägsamen Essays und Reportagen zu kollektiven Identitäten, abgelascht vom Munde des „kleinen Mannes“, füllen mittlerweile mehrere Bände. Dieckmann lesen ist ein wenig wie Gerhard Gundermann hören. Der Literat aus dem Pfarrhaus wie der frühverstorbenen baggerfahrende Liedermacher, beide mittelfünfziger Jahrgang, stellen eine Art Sprachrohr der überlebten Ostzone dar. Sie lieben dies Volk, begegnen ihm zumindest in Güte – ohne ihm nostalgisch zu verfallen. Poesie, Wärme und Melancholie hier wie dort, die Sätze fallen so leise wie zielsicher. Das ist Authentizität. In vorliegender Aufsatzsammlung trifft der Halberstädter Dieckmann auf Leute, die zurückschauen, habituell: eine Suche nach Halt im Gestern: „Unsere Republik lebt wie kaum eine Leiche zuvor.“ Und der Autor selbst tut es ihnen gleich. Die Hälfte des Buches widmet er seiner eigenen Erinnerung: „Was vermerkt der Mensch, wenn er sich selbst als Späterer entgegentritt?“ Vor manchen Sätzen verweilt man: „Du glaubtest früher auch, daß sich Geschichte nicht wiederholt. So zu denken ist nötig; es hält die Zukunft offen und den Willen frei. Aber je älter du wirst, desto stärker empfindest du die Gegenwart als Variante der Vergangenheit.“ Wie leben wir, fragt Dieckmann eine Geliebte: vorwärts, im Kreis? Rückwärts immer, bescheidet der Frager selbst; eine Antwort, denn: „Wir denken, was wir kennen. Wir kennen, was wir waren. Wir waren, was wir glauben.“

Ellen Kositzka

## Rot-Grün

Torsten Mann: *Rot-grüne Lebenslügen. Wie die 68er Deutschland an die Wand gefahren haben*. Rottenburg: Jochen Kopp Verlag 2005. 221 S., geb., 16.90 €

Diese Neuerscheinung, nicht zu verwechseln mit dem Titel *Linke Lebenslügen* von Klaus Rainer Röhl, beschreibt in fünf umfangreichen Kapiteln (einschließlich Einleitung/Nachwort) vor allem Ziele, die nach Meinung des Verfassers letztlich als Resultat der psychologischen Kriegsführung des kommunistischen Ostblocks gegen die freie Welt verstanden werden müssen. Denn immer „hatten die Einflußagenten Moskaus ihre roten Finger im Spiel und so erklärt sich, warum die Forderungen der APO-Aktivistens stets identisch waren mit den Zielen der sowjetischen Westpolitik“. Dazu paßt ein Zitat des chinesischen Strategen und Philosophen Sun Tzu aus dem 4. Jh. v. Chr.: „Die größte Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist“. Dabei spielte die von Marx und Freud bestimmte Kritische Theorie der Frankfurter Schule mit ihren „Jüngern“ (K-Gruppen, RAF, Grüne...) eine ungute Rolle. Soweit diese Personen einer Schröder-Regierung angehörten, werden sie auf über 140 Seiten hinreichend geschildert. Das gilt besonders für ihre meist ideologisch motivierten (Un-)Taten. So erfährt man beispielsweise, daß die Wieder-Entwicklungsministerin sogar die Landreform in Namibia unterstützt – eine Nachahmung der marxistischen Enteignungspraxis in Simbabwe, das dadurch zum Armenhaus geworden ist. Das Buch dürfte allen Anhängern linker Ismen unangenehm aufstoßen. Damit hat es einen wichtigen Zweck erfüllt.

Herbert Gröger